



ISINOVA

Beiträge zur Sozialinnovation

Heftnummer 28

René John und Philip Boos

Regionalregime erfolgreicher ag-
glomerationsferner Regionen

Bedingungen der Bestimmung möglicher Zukünfte

ISSN 1610-7152

Diese Veröffentlichung entstand im Zuge des vom BMBF geförderten Projekts „Horizonte Erweitern – Perspektiven Ändern“ (FKZ: 01IO1706), welche das Ziel verfolgte, ländliche Regionen als Innovationsräume zu verstehen und sie auf räumlicher, zeitlicher und sozialer Ebene zu beschreiben. Dabei wurden Momente des Scheiterns sowie Potenziale für eine endogene Regionalentwicklung sichtbar gemacht.

Impressum

Beiträge zur Sozialinnovation (ISSN 1610-7152)

Herausgegeben vom Institut für Sozialinnovation e.V.

Kalkseestraße 19 • 12587 Berlin

Tel./Fax: +49 700-ISINOVA-1 (+49 700-4746682-1)

Email: info@isinova.org

www.isinova.org

Redaktion: Institut für Sozialinnovation

Verlag: Eigenverlag

Jahr: 2021

© Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die Verwertung, der Nachdruck, die Vervielfältigung durch Kopie, sind nur mit Zustimmung des Herausgebers gestattet. Namentlich gekennzeichnete Beiträge und Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Zitation: [Autor][Jahr]: [Titel]. Beiträge zur Sozialinnovation Nr. [...]. Berlin: Institut für Sozialinnovation. [Downloadpfad, Datum]

Inhaltsverzeichnis

I	Der Lokus des Wandels	5
II	Regionalregime	9
III	Empirische Zugänge und Methoden	16
	Auswahl der Regionen und regionalen Expertinnen und Experten	19
	Erhebung und Analyse	21
	Gesichtspunkte und Fragen für den Vergleich.....	22
IV	Regionalregime im Vergleich.....	26
a)	Regionalbildung – Potenziale der Region.....	26
	Bestimmung regionaler Ressourcen	28
	Bestimmung regionaler Identität.....	33
	Fazit	39
b)	Zukunftsweisende Optionen – Innovativität der Regionen.....	41
	Übergeordnete Wirkungsmechanismen als Ausgangsbedingungen für Reflexion.....	43
	Wissen – Bestimmung von Mitteln für die Bewältigung regionaler Herausforderungen	50
	Fazit	54
c)	Aushandlung über Optionen – Governance der Region	57
	Differenzierung und Kombination regionaler Handlungsfelder über Themen – Von Konflikten zu Synergien	60
	Verhandlungen regionaler Akteure und zukünftige Handlungsoptionen.....	67
	Fazit	82
V	Regionalregime erfolgreicher agglomerationsferner Regionen	84
	Literatur	90

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Regionalregime	16
Abbildung 2: Prinzip Vergleichsgesichtspunkt.....	23
 Tabelle 1: Operationalisierung der Vergleichsgeschichtspunkte.....	 24

I Der Lokus des Wandels

Die Dynamik der Gesellschaft geht von Städten aus, lautet die allgemeine Ansicht, die nicht nur im Alltag ihre praktische Bestätigung findet, sondern in vielen Untersuchungen belegt wird. Denn Innovation ermöglichender Wissensaustausch bedarf der hohen Dichte an Kommunikationsmöglichkeiten (Revil-la Diez 2002; Siedentop et al. 2011: 20, Falck u.a. 2013). Das gilt nicht erst seit der Moderne, doch hat sie den Städten eine ungleich größere Bedeutung als zuvor verschafft. Die Urbanisierung ist ein anhaltender globaler Trend (UN 2019), dessen Folgen sich heute in der Entvölkerung ganzer Landstriche abzeichnet. Beginnend mit der Modernisierung der Lebensverhältnisse war die Urbanisierung in West- und Mitteleuropa sowie Nordamerika ab Mitte des 19. Jahrhunderts von der Industrialisierung in und um städtische Zentren getrieben. Die Industrialisierung trieb dann die weitere Urbanisierung voran, die zunächst die Grenzen vieler Städte immer weiter ausdehnte. Die urbane Lebensweise trat aufgrund der wissenschaftlich begründeten und industriell geschaffenen Mobilitäts- und Kommunikationsmöglichkeiten über die Grenzen der Städte hinaus. Dieses Muster hat sich inzwischen auch in Asien und Afrika durchgesetzt. Die Urbanität wurde zur eigentlichen modernen Lebensweise, selbst für diejenigen, die entfernt von Städten leben. Zugleich verwischen nicht nur die sozialen Grenzen der Städte, sondern auch die sachlichen im Raum. Mit administrativen Grenzen sind diese räumlichen Gebilde nicht mehr zu fassen. Denn sie haben sich längst über Orte hinaus durch eine zunehmende Verflechtung zu Regionen ausge dehnt. Die Metropolenregionen, in denen überkommene Siedlungsnamen noch kommunale Verwaltungseinheiten bezeichnen, und mit ihnen die als „Global Cities“ bezeichneten Megastädte sind Orte des Wandels mit globaler Wirkung.

Städte und Dörfer verkörpern den Gegensatz zwischen Zentrum und Peripherie in dem Sinne, dass die Chancen zur Teilnahme an Gesellschaft in den Zentren besser sind als in der Peripherie. Im Zentrum finden sich an einzelnen Orten zunächst mehr Menschen als an den verstreuten Orten in der Peripherie. Damit erhöhen sich die Gelegenheiten zur Kommunikation und zum Austausch unter Akteuren. Da Zentren insbesondere den Austausch von Waren und Wissen ungleich leichter machen, sind dort auch die Möglichkeiten der Themenvielfalt größer als in der Peripherie. In Zentren mündet diese Themenvielfalt in Spezialisierungen, die Arbeitsteilung

hervorbringt, die wiederum die Spezialisierungen ermöglicht. Zentren bündeln zahlreiche solcher speziellen Funktionen, von denen die Peripherie im Zuge politischer und wirtschaftlicher, aber auch anderweitiger Zusammenhänge, wie Bildung oder Unterhaltung immer stärker abhängt, aber eben auch abgehängt wird. Der an zentralen Orten vielfältig mögliche Wissensaustausch verstärkt zusätzlich die Ungleichheit gegenüber den Orten in der Peripherie, die als städtische Randgebiete immer mehr zur agglomerationsfernen Region werden. Das wird nicht zuletzt an den Forschungsaktivitäten deutlich, die von Organisationen betrieben werden, die überwiegend in den Zentren von Städten angesiedelt sind. Selbst solche Forschungs- und Bildungsorganisationen in agglomerationsfernen Räumen kooperieren eher mit solchen in städtischen Räumen (Lang et al., 2020: 82 ff.). Davon leitet sich die Annahme ab, dass Impulse für Forschung und Entwicklung aus den Agglomerationsräumen herrühren. Tatsächlich sind zwar auch in agglomerationsfernen Peripherien solche Aktivitäten zu verzeichnen, doch sind diese insgesamt weniger umfangreich und dynamisch.

Die Regionen jenseits der Metropolen fallen gegenüber diesen Zentren zurück: Die an Bevölkerung und Funktionen weniger dichten Regionen mit ihren städtischen und dörflichen Siedlungen markieren eine anscheinend unbedeutende Peripherie. Jedoch ist diese Peripherie wiederum eng mit den Metropolregionen verknüpft (Adam, Göttsche-Stellmann 2002: 518 ff.). Indem sich eine Vielzahl an Funktionen mit globaler Leistungsreichweite in Metropolregionen konzentrieren, rücken sie diese als Zentren nahe an das Ideal der vollkommenen Funktions- und Leistungsagglomeration. Dann haben diese Zentren auch einen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen. Zur Peripherie werden hingegen jene Regionen, die sich fern dieses Ideals befinden. Agglomerationsferne ist darum nicht gleichbedeutend mit Ländlichkeit. Angesichts des Funktionsverlusts von Klein- und auch Mittelstädten zeigt sich, dass auch die Zentrum-Peripherie-Differenz nicht mit der überholten Stadt-Land-Dichotomie gleichzusetzen ist. Doch auch die Unterscheidung von Zentrum und Peripherie ist keine, die sich einfach physisch-räumlich über Distanzen abbilden lässt. Agglomerationsferne bezeichnet ein relatives Defizit an immer erst zu bestimmenden Funktionen gegenüber dem Agglomerationsideal etwa bei sozialen oder heute auch digitalen Formen der Zentralität (Boos, John, Martens 2018). Dann erst lassen sich die strukturellen Differenzen erkennen, die durch die Kompaktformel

„Metropolitanregionen“ verdeckt werden. Vielmehr bildet sich die Peripherie auch in der Nähe oder als regionale Zonen in den Zentren aus, worauf schon die Diskussion um die Konzentration hochpreisiger Konsumgegenden in Nachbarschaft hochkonzentrierter Armut der Servicearbeiter in den Global Cities hinwies (Sassen 1991: 250 ff., Sassen 1995: 172). Aus der Perspektive einer regionalisierten Weltgesellschaft lassen sich deshalb zentrale und periphere Regionen hinsichtlich ihrer relativen Nähe oder Ferne zur Agglomeration im Sinne eines Ideals verdichteter und gebündelter Zentrumsfunktionen unterscheiden. Die Nähe kann einerseits räumlich-geographisch bestimmt werden, andererseits durch den funktionalen Vernetzungsgrad der Peripherie mit dem Zentrum etwa vermittelt durch Backoffices, Logistikzentren oder Verkehrsknoten. Solche ausgelagerten Funktionen aber weisen auf die gegenseitige Abhängigkeit von Peripherie und Zentrum hin.

Agglomerationsferne Regionen sind nicht allein als von exogenen Impulsen abhängige Einheiten zu beobachten. Indem sie in bestimmten Hinsichten funktional unterversorgt sind und geringere Leistungen erbringen, können sie auch Orte für Gelegenheiten zukünftiger Entwicklungen sein, deren Bedingungen erst noch empirisch zu bestimmen sind. Das heißt, dass Innovativität kein Merkmal ist, das allein für Agglomerationen zu reklamieren wäre. Es kann auch für agglomerationsferne Regionen gelten. Jedoch bedeutet Innovativität dann nicht allein die ökonomische Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse via Forschungs- und Entwicklungstätigkeit. Innovativität bedeutet vor allem eine in jeder Hinsicht angestrebte Zukunftsfähigkeit durch die Bestimmung, Sicherung und Umsetzung regionaler Handlungsoptionen. Fraglich ist in empirischer Hinsicht, worauf sich die Innovativität unter welchen Bedingungen richtet, wie die intersektorale Verknüpfung verschiedener Bereiche sowie der multilaterale Transfer von Wissen für die Bestimmung zukunftsfähiger Handlungsoptionen aus und in regionale Praxis gelingen kann.

Generell wird die regionale Ferne zu Agglomerationsräumen im aktuellen Forschungsprojekt aus drei Perspektiven betrachtet. Erstens einer räumlich-geographischen bei der es um physische Zentralität geht. Zweitens einer zeitlichen bei der die Agilität und Geschwindigkeit der Entwicklung von Zukunftsoptionen vordergründig ist. Und drittens einer sozialen bei der die Nähe und Ferne zu umliegenden oder themenverwandten Akteuren und Netzwerken betrachtet wird. Trotz ihrer

multidimensionalen Ferne bieten agglomerationsferne Regionen einen Möglichkeitsraum für Variation, den die funktionale Determiniertheit zentraler Regionen nicht zulässt. Agglomerationsferne Regionen können somit auch als Nischen für Variationen aufgefasst werden, die aus der funktionalen Unterdeterminiertheit ihrer Stärken vielfältige Handlungsoptionen freilegen können. Insofern stellt sich die Frage, wie es agglomerationsfernen Regionen in Peripherien gelingen kann Handlungsoptionen zu bestimmen und diese durch endogene Entwicklungsimpulse umzusetzen?

Für eine Annäherung an diese Fragen wird eine vergleichende Untersuchung zweier agglomerationsferner Regionen vorgestellt, die im Rahmen des Forschungsprojektes „Horizonte erweitern – Perspektiven ändern“ erarbeitet wurde¹. Ausgangspunkt dieser Untersuchung ist die Diskussion um die Selbststeuerung, die zunächst von Städten ausging, aber längst auf Regionen übertragen werden kann. Die Selbststeuerung erstreckt sich nicht allein auf den Aspekt der Governance. Sie muss auch die regionale Verfasstheit, das heißt räumlich veranlassten gesellschaftlichen Bedeutungszuschreibungen und die daraufhin bestimmten Handlungsoptionen als Voraussetzungen für die Gegenstände der Governance erfassen. Impulse aus der Region selbst und solche in die Region werden über drei Prozesse, nämlich die Herstellung der Region, die Identifikation von Innovativität und der Governance reguliert. Diese drei aufeinander verweisenden Prozesse werden als Regionalregime aufgefasst. Zu klären gilt, welche Bedingungen ein solches Regime im Sinne komplexer Regulation von Impulsen erfüllen muss, damit eine auf Innovation orientierte, zukunftsichernden Steuerung endogener Entwicklung agglomerationsferner Regionen gelingen kann. Daraufhin ist schließlich der Beitrag solcher Regionen für den gesellschaftlichen Wandel einzuschätzen.

Zunächst wird im Folgenden die Diskussion zu Regimen regionaler Einheiten dahingehend beleuchtet, deren Leistung bei der Regulation jenseits einer ausschließlich

1 Die Untersuchung war Inhalt des Teilprojektes „Herausforderungen und Erfolgskriterien zur Freisetzung von Entwicklungspotenzialen agglomerationsferner Regionen“ im vom Bundesministerium für Bildung und Forschung von 2017 bis 2020 geförderten Verbundprojekt, welches gemeinsam mit dem Fraunhofer Center for Responsible Research and Innovation beim IAO, dem Leibniz-Institut für Länderkunde, der HU Berlin – Kooperationswissenschaften – Ökonomik ländlicher Genossenschaften sowie dem Fraunhofer Institut für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalyse durchgeführt wurde.

administrativen Perspektive hervorzuheben und Hinweise auf empirisch beobachtbare Elemente zu erhalten. Weiterhin werden die Elemente des Regionalregimes, Region, Innovativität und Governance kursorisch für die Untersuchung bestimmt. Daran anschließend wird das methodische Vorgehen bei der Untersuchung vorgestellt, nämlich die Bestimmung erfolgreicher agglomerationsferner Regionen, die angewandten empirischen Instrumente der Untersuchung, sowie das Vorgehen bei der Vergleichsanalyse zur Ableitung verallgemeinerbarer Erkenntnisse. Die folgende Falldarstellung nimmt diese Vergleichsperspektive entlang der drei Regimeelemente Region, Innovativität und Governance auf. Auf diese Weise sollen schließlich die innovativen Beiträge und Potenzen agglomerationsferner Regionen zum gesellschaftlichen Wandel und deren Bedingungen in ihrem Regionalregime sichtbar werden.

II Regionalregime

Das Regime ist die für die Untersuchung gewählte Perspektive auf die Steuerungsprozesse agglomerationsferner Regionen. Der Begriff Regime fand Mitte der 1980er Jahre in den Diskussionen raumbezogener Steuerung als Reaktion auf die Erfahrungen der aktuellen Stadtentwicklungspolitik Anwendung. Die Planung von Städten, aber mehr noch der damit initiierte soziale Wandel erschien immer weniger von administrativen Entscheidungen vorgegeben zu sein. Immer weniger erfolgversprechend erschien die Umsetzung politisch gewollter Kataloge an funktionalen Anforderungen und sozialen Vorgaben. Denn räumliche Entitäten wie Regionen sind keine fixen Behälter, sondern soziale Gebilde, die immer wieder neu bestimmt werden, sie sind „aktive Handlungsräume mit spezifischen Potentialen und Qualitäten“ (Krätke u.a. 1997: 399). Vor allem die Auseinandersetzung um die Verfügung und Gestaltung städtischer Räume machte das immer deutlicher. Mit dem Aufstieg der Dienstleistungsindustrie veränderten sich die wirtschaftlichen Strukturen von Städten in den westlichen Industriestaaten. Damit gerieten auch nachhaltige Veränderungen in der Bevölkerung in Gang. Von der Deindustrialisierung verlassene und andere verelendete Gebiete wurden durch junge, meist mittellose Stadtbewohner erobert, woraufhin bald eine Gentrifizierung einsetzte (Häußermann, Siebel 1987). Die Aufwertung solcher Stadtgebiete und die damit ausgelösten Dynamiken in der Stadtbevölkerung waren kaum geplant, sondern wurden eher nachträglich von der

administrativen Politik genutzt (Häußermann, Siebel 1993). Daran angelehnte Impulse zur Aufwertung erschienen schon damals eher surreal – wie etwa Moors Plaza d'Italia in New Orleans von 1978. Nicht nur die Aufwertung zuvor als prekär geltender städtischer Gebiete bediente sich – wie dann folgend auch die repräsentative Architektur – im Rückgriff auf das Vorgefundene einer sogenannten postmodernen Ästhetik – die Planung selbst wurde in diesem Sinne postmodern: Sie wettete auf mögliche Effekte durch teure Impulse (Harvey 1990). Die Entwicklung machte jedoch deutlich, was städtische Entwicklungspolitik eigentlich schon immer war: eine vielstimmige Suche nach Möglichkeiten für ein gutes Leben mit sehr verschiedenen Perspektiven darauf.

Das Primat administrativer Planung wurde damit abgelöst. Zuvor erlebte diese ab den 1950er Jahren eine Erfolgsdekade, während der es ihr gelang, ihre sozial-technische Rationalität als vermeintlich unhintergehbare Richtlinie zu präsentieren und durchzusetzen (siehe als prominentes Beispiel Robert Moses von Caro 1975). Dies war jedoch nur vor dem Hintergrund einer gesamten wohlfahrtstaatlichen Politik möglich, die mit keynesianistischen Werkzeugen nicht nur die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre überwand, sondern auch in den drei Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg die Aufbaujahre und den Kalten Krieg erfolgreich bewältigte. Doch ab Mitte der 1970er Jahre neigte sich diese Politik einem Ende zu (Bartlett 1985). Nicht zufällig ereigneten sich das Ende dieser nachfragesteuernden Politik und das Ende des Primats administrativer Stadt- und Regionalplanung zusammen. Die immer in ihrer Reichweite nationalstaatlich, regional oder kommunal limitierten Politiken stießen deutlich an die Grenzen ihrer Steuerungsmöglichkeiten – sei es bei der Beherrschung der Kosten des Sozialstaates, oder sei es bei der Beherrschung der Entwicklungsdynamiken und Kämpfe um Raum in den Städten oder ihrem Umland. Die Politik musste nun nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern immer mehr in allen gesellschaftlichen Bereichen dafür Sorge tragen, dass attraktive Angebote Nachfragen binden können.

Mit Bezug auf das Scheitern des ersten großen administrativen Raumplanungsprojekts im wiedervereinigten Deutschland, der Fusion Berlins mit Brandenburg zu einem Bundesland, nennt Kleger (1996) drei Herausforderungen, die eine andere Perspektive auf die räumliche Planung erfordern, die auch knapp drei Jahrzehnte

später noch aktuell sind: die globalisierte Wirtschaft, die kulturelle Pluralisierung und die institutionelle Fragmentierung. Zum einen geriet die Finanzierung der Städte dabei zunehmend in die Abhängigkeit wirtschaftlicher Entscheidungen, die sie nicht länger mit ihrem begrenzten Zugriff kontrollieren konnten. Wurden die sogenannten Global Cities funktional spezifisch in das Netz globaler Wirtschaft eingewoben, worauf hin sich wiederum ökonomisch motivierte Raumstrukturen im Umland dieser Städte herausbildeten, wurden andere und die sie umgebenden Regionen anscheinend abgekoppelt. Insgesamt befinden sich Regionen nun wie Wirtschaftsunternehmen in einem Wettbewerb um Produktions- und Dienstleistungsstandorte, Konzernzentralen und Dependancen miteinander, der nationalstaatlich kaum zu regulieren ist, weil er international geführt wird. Der Planung geht es dann vor allem um den Anschluss daran im Zuge der Ausbildung eigener Wirtschaftsregionen, worum sich etwa die Diskussion der europäischen Regionalpolitik der 1990er Jahre wie die blaue und andere Bananen mühten (Kunzmann, Wegener 1991, SkLB 1993), die eine europäische Raumplanung anstieß (Faludi 2015) die letztlich zur Territorialen Agenda (EU 2011) und der Auszeichnung von Metropolregionen führte. Zum anderen trat die Wertepluralisierung lokaler Interessengruppen offen zutage. Die Wertepluralisierung entspricht der in den 1980er Jahren populär gewordenen These zunehmender Individualisierung. Dabei wurde dieser moderne Imperativ einerseits jetzt erst aufgrund des Wohlstandes in westlichen Industrieländern möglich. Andererseits wurde der Wertepluralismus nun auch sichtbar im Kontrast der verschiedenen Milieus und Interessengruppen, die sich nicht zuletzt im Zuge der Gentrifizierung auf der Suche nach Kulturnischen in der Stadt segregierten, vermischten und verdrängten. Zum weiteren führen diese Tendenzen zur Ausweitung des städtischen und zur immer stärkeren Verknüpfung mit dem Umland, woraus sich die Notwendigkeit der Kooperation verschiedener administrativer Verwaltungen ergibt. Jedoch können diese nicht mehr länger ohne aktive Einbeziehung der privaten Interessen unterschiedlicher Gruppen ihre Agenda erfolgreich durchsetzen. Für Klegler (1996) folgt daraus die Notwendigkeit der Installation urbaner Regime, die der grenzüberschreitenden Verknüpfung gerecht werden. Mit diesen soll die regionale Handlungsfähigkeit gewahrt bleiben, indem für politische Agenten entsprechende Ressourcen in öffentlich-privaten Netzwerken aktiviert werden.

Diese neue multilaterale städtische Entwicklungspolitik erfasste Stone (1989) mittels Regimeanalyse. Diese macht deutlich, dass Entwicklungspolitik nicht mehr von einzelnen Schlüsselfaktoren abhängt, sondern von einer Vielfalt an Ursachen getrieben ist. Sie hängt zur Bearbeitung der Herausforderungen von Ressourcen ab, die ihr nicht ohne weiteres zugänglich sind, weshalb sie zu deren Aktivierung Koalitionen unterschiedlicher Akteure unter Maßgabe konkreter Zwecke in Gang setzen muss. Die Regimeanalyse beleuchtet die informellen Arrangements öffentlicher Einrichtungen und privater Interessen, mit denen politische Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden. Die Arrangements sind dabei nicht stabil. Die als Regime verkörperte politische Ordnung reproduziert sich viel mehr entsprechend der jeweiligen Probleme (Hankins 2015: 153). Schon für die Bestimmung der Ausrichtung städtischer Politik müssen Koalitionen unter Berücksichtigung der Interessen jener gebildet werden, die über die benötigten Ressourcen verfügen. Auf diese Weise sollen für eine Mehrheit, aber längst nicht mehr für alle, bessere Bedingungen hinsichtlich der konkreten Problemlage geschaffen werden. Deutlich wird dann, dass es bei dieser Entwicklungspolitik nicht um die Durchsetzung von Richtlinien und die Verhinderung nichtkonformer Entwicklungen geht, sondern um die Ermöglichung zur Bewältigung konkreter Probleme. Macht ist dann nicht „power over“, sondern „power to“ (Stone 2015: 115).

Mittels Regimeanalyse lässt sich das Zusammenspiel von Interessen und institutionellen Arrangements beobachten, wodurch das Politikregime, welches diese Arrangements herstellt, hervortritt (May, Jochim 2013). Politikregime müssen dabei immer über legitime Autorität verfügen, mit denen sie relevante Ziele festlegen und passende Bedingungen schaffen, um Schlüsselakteure aktivieren und für die Lösungen mit ihren Ressourcen einbinden zu können. Starke Politikregime befördern die Legitimität und damit die Autorität der getroffenen Entscheidungen, wodurch sich die politische Ordnung stabilisieren lässt (ebd.: 432 f.). Die urbane Politik läuft dabei auf drei Debattenebenen zwischen Administration und privaten Interessen ab, nämlich der gemeinsamen Bestimmung von Problemen, den Richtlinien für möglich Lösungen und den konkreten Maßnahmen der Bewältigung (Kaufmann, Sidney 2020).

Kleger (1996: 35 ff.) nennt unter Bezug auf Stoker und Mossberger (1994) drei Typen urbaner Regime. Er unterscheidet dementsprechend organische,

instrumentelle und symbolische Regime, die sich in ihren Zielrichtungen und Ausrichtungen unterscheiden. Ersteres sei auf Erhalt, zweites auf ökonomische Ziele gerichtete Maßnahmen und letzteres auf die Umdeutung oder Neuerfindung von Ideen und Images ausgerichtet. Die Regime unterscheiden sich weiterhin in ihrer Organisation. So orientiere sich das organische Regime an unabhängigen, kleinräumlichen Einheiten, deren Beziehungen zu anderen Regionen fragmentiert sind. Die Eliten sind eher kooperativ eingestellt. Auf Traditionsbezüge gründende Routinen passen sich einer administrativen Planungshoheit an. Das instrumentelle Regime geht von einer funktional spezialisierten Raumeinheit im Gefüge anderer Raumeinheiten aus. Die Entwicklung wird durch konfliktreiche Partnerschaften bestimmt. Das Engagement dafür wird durch spezifische Motivationen gesichert, wobei unter der Maßgabe der Marktsteuerung die Positionen verhandelt werden. Das symbolische Regime begreift die räumliche Einheit als ebenfalls in einem Netz weiterer räumlicher Einheiten eingebunden, wobei zwischen regionalem Eigensinn und funktionaler Zurichtung durch interessenübergreifend abgestimmte Übereinkünfte vermittelt wird. Die Beziehungen zu anderen Raumeinheiten werden dabei durch eine moderierende Planung geordnet. Das symbolische Regime verknüpft in dieser Gegenüberstellung schon Bestands- und Veränderungsabsichten. Jedoch geschieht Veränderung nie nur in einer beschränkten Hinsicht, selbst wenn diese angestrebt wird. Die Regimevorstellungen, auf die Kleger sich beruft, sind vor allem zu stark auf die Kompetenzen und Deutungshoheit der Eliten fokussiert. Treiber der Entwicklung räumlicher Einheiten sind allerdings nicht nur solche Gruppen, die über sachliche Ressourcen verfügen, was vor allem auch an Stones ursprünglicher Regimeanalyse kritisiert wurde. Es kommt darauf an, dass man eher problemorientiert relevante Akteure identifiziert, die auch ohne über eigene sachliche Ressourcen zu verfügen, den Zugang oder die Verwendung dieser etwa durch Protest und Gegeninitiativen behindern können (Jones-Correa, Wong 2015). Dann wird sichtbar, dass der Wandel aufgrund administrativer Steuerungsabsichten, Eliteninteressen und aufgrund der aktuellen Problemlage sich organisierender Gruppen getrieben wird. Im politischen Prozess wird dann das schon zurückgewiesene Primat staatlicher Politik nicht durch Elitenpolitik ersetzt. Politischen Prozessen wird unter der Perspektive der Governance keine Hierarchie zugewiesen, sondern diese als ein Ergebnis des Prozesses selbst aufgefasst, wenn im Sinne „flacher Ontologien“ alle relevanten

Akteure im gemeinsamen Ringen um legitime Durchsetzung von Interessen als gleichartig beobachtet werden (Hankins 2015). Die Akteure verfügen jeweils über relevantes Wissen, das kooperativ aufeinander bezogen wird, um eine Transformation zur Verwirklichung von Handlungsoptionen zu vollziehen (Priddat 2001).

Kein Wandel verändert ein System total, sondern Wandel benötigt hinreichende Stabilität. Nur bestimmte Aspekte verändern sich, wobei deren weitere Wirkungen von der Passfähigkeit zu den vorhandenen Strukturen abhängt. Die Radikalität solcher Innovationen lässt sich auch für soziale Systeme im Anschluss an Dolata (2009) als Eingriffstiefe beschreiben (Jöstingmeier, John 2018). Die Frage nach dem Typ des urbanen oder regionalen Regimes ist eine empirische. Allerdings kann man realistisch davon ausgehen, dass unter Bezug auf die flache Ontologie von Themen, Interessen und Gründen sowie Bedeutung relevanter Akteure in Regionalregimen, deren politische Konstellationen sowohl von beharrenden, spezifisch veränderungsorientierten wie auch dazwischen vermittelnden Zielsetzungen bestimmt sind. So ist schon die Ausbildung räumlicher Entitäten kein abgeschlossener Prozess. Räumliche Entitäten müssen sich trotz und wegen administrativer Festlegungen als Regionen immer wieder reproduzieren. Das ist schon allein deswegen wichtig, weil die Reichweite von Leistungserbringung und -abfrage durch administrative Grenzen spätestens seit der globalen Verflechtung von Regionen, welche durch Informationstechnologien weiter beschleunigt wird, nicht hinreichend koordiniert werden kann. Regionen sind darum gemeinsame Konstruktionen von unter bestimmten Perspektiven als relevant und legitim anerkannten Akteuren, das heißt vor allem privaten und administrativen Organisationen, aber auch Interessensgruppen bis hin zu einzelnen Bürgern. Sie fallen durch Bedeutungszuschreibung des Raums als konkrete Region aus (Kuhm 2000). Diesen Regionalvorstellungen kann keine Kohärenz unterstellt werden. Ausgehend von der wahrscheinlicheren Divergenz müssen sie hinreichend koordiniert werden, damit überhaupt klar wird, worüber man sich in welchem Rahmen gemeinsam verständigen will. Schon längst haben auch kleine Unternehmungen ein globales Publikum, suchen Personal über regionale Grenzen hinaus und beziehen Rohstoffe weltweit, werden lokal wirksame Vorschriften auf kontinentaler oder globaler Ebene verabschiedet. Regionalregime, die über die Politikform Governance koordiniert werden, sind Reaktionen auf diese Beschleunigung der Veränderungen anderer sozialer Systeme, der die staatlich-administrative,

das heißt regional immer beschränkte Politik allein nicht folgen kann (Federwisch 2014: 145). Diese Veränderungen werden durch die divergenten Interessen und Ideen verschiedener Gruppen, welche sich gleichermaßen einer regionalen Entität zuschreiben, auf diese zugerechnet unter der Maßgabe, eigene Handlungschancen unter diesen Bedingungen zu bestimmen. Dabei geht es nicht allein um ökonomische Interessen, wie der veränderungsaffine instrumentelle Regimetyp nahelegt. Vielmehr geht es um den Aspekt der Ideen und Interessen im Regionalregime, der auf dessen Innovativität zielt. Ausgangspunkt für diese Innovativität im Sinne der Bestimmung von Handlungsoptionen kann nur der wahrgenommene Zustand der jeweils eigenen räumlichen Verfasstheit in der Bezugsregion sein. Bevor also innovative Ideen formuliert werden können, muss Klarheit über die Anlässe gegeben sein. Dafür ist eine hinreichende Verständigung über das gemeinsam Verfügbare im Gegensatz zum Unverfügbaren nötig, das heißt, die Selbstbestimmung im Zuge von Abgrenzung. Auf diese Weise kann eine verbindliche Vorstellung über die Region als Projektionsfläche der Transformation von Problemlagen durch innovative Lösungsideen hergestellt werden. Elemente, die das symbolische Regime beschreiben, kommen hierbei zum Tragen. Die so bestimmten und begründeten innovativen Ideen werden durch die regionale Governance verhandelt und entschieden, die an die Vorstellung vom organischen Regime anschließt. Geht man davon aus, dass die Einrichtung der Politik als Governance im Grunde auf der Einsicht beruht, dass staatlich-administrative Politik beschränkt ist, und sich darum auf kooperatives Handeln einstellt (Rüb 2020: 520), ist auch in regionaler Governance davon auszugehen. Deshalb ist die Konkurrenz um Ideen und deren Umsetzung nicht schon suspendiert, aber doch durch den „inszenierten Kooperatismus“ (Voelzkow 1998: 225) deutlich gedämpft. Die bei Kleger unterschiedenen drei Regimetypen erscheinen eher als Aspekte eines Regionalregimes, nämlich der Region als vermittelnde räumliche Projektion, Innovativität als interessenbezogener Bestimmung von Handlungsoptionen und Governance als kooperative Aushandlung über deren kollektive Geltung und Möglichkeiten der Umsetzung.

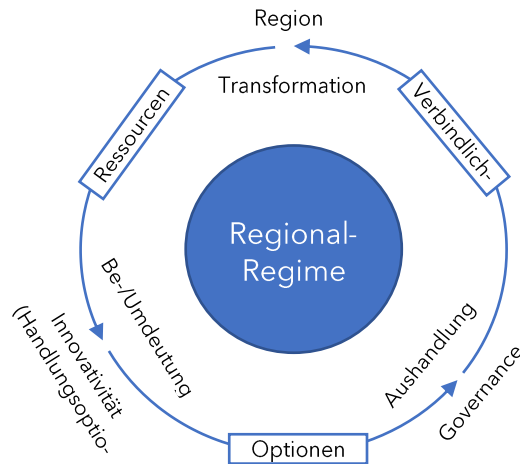


Abbildung 1: Regionalregime

Damit sind für die Analyse der Erfolgsbedingungen drei empirische Perspektiven auf die Regime der zu vergleichenden Regionen gewonnen. Der Begriff des Regimes unterstreicht dabei, dass es nicht mehr um die Durchsetzung staatlich-administrativer Agenden bei der Entwicklung von Regionen geht. Vermittelt durch die Einsicht der Grenzen dieser Agenden, geht es im Regime um die Regulation der Koordinationsmöglichkeiten der regionalen Gegenstände, der aus diesen Anlässen hervortretenden Ideen und Interessen sowie den Entscheidungen darüber, welche als anvisierte Zukunft gelten soll. Die bei Kleger (1998: 105) aufgeführten „Merkmalsdimensionen“ sind auch für die nachfolgenden Analysen empirische Anhaltspunkte: Diese sind Akteure und deren Interessen, sowie deren Motivation und Verhalten hinsichtlich Regionalkonstruktion, Innovativität als Optionenbestimmung und Governancebeteiligung. Dabei interessieren deren Beschreibungen der Regionen als Ausgangslage und Ziel im Vergleich mit anderen Regionen und die Art des konkreten Vollzuges der regionalen Governance im Sinne von Verhandlungssystemen.

III Empirische Zugänge und Methoden

Agglomerationsferne Regionen erbringen Leistungen für die moderne Gesellschaft. Sie sind nicht nur das Gegenteil von Metropolen, sondern machen die Leistungen in den Metropolen erst möglich. Dabei stellen die strukturellen Gegebenheiten agglomerationsferner Regionen, welche sich gegenüber dem Agglomerationsideal als Defizite ausnehmen, nicht nur Nachteile dar. Sie bieten auch Ressourcen, die frei von Verwertungszugriffen sind, sie bieten auch weitmaschige Netzwerke, die offen für neue Ideen sind: Sie bieten Gelegenheiten für Experimente aus denen

Innovationen erwachsen können. Wie gelingt es agglomerationsfernen Regionen auf Grundlage ihrer Gegebenheiten innovative Handlungsoptionen zu bestimmen und wie werden diese zu endogenen Entwicklungsimpulse, mit denen die Regionen aus sich heraus innovativ und attraktiv werden? Welche Rolle spielen dabei wissenschaftliche Einrichtungen?

Die empirische Untersuchung geht davon aus, dass das Regionalregime die Bedingung für die Innovativität der Region ist. Es ist die Grundlage dafür, dass Handlungsoptionen endogen bestimmt und umgesetzt werden können oder aber, diese bleiben aus und der Fortbestand der Region wird exogen bestimmt. Hinsichtlich der drei Elemente, nämlich der Region als gemeinsamer Bezugsrahmen, der Innovativität als identifizierte Handlungsoptionen und der Umsetzung via Governance können Annahmen gemacht werden, die für oder wider eine erfolgreiche agglomerationsferne Region sprechen.

Die Region muss hinreichend als gemeinsamer Bezugsrahmen bestimmt werden, sodass diverses Engagement sich anhand eines gemeinsamen Gegenstandes koppelt. Dafür sind zum einen die Ausbildung regionaler Identitäten im Sinne temporär gültiger Wir-Bezüge anzunehmen. Zum anderen ist davon auszugehen, dass strukturelle Gegebenheiten der so bestimmten Region als Ressourcen thematisierbar sind. In sachlicher Hinsicht sind solche Gegebenheiten etwa als Landschaftselemente oder Bodenschätze zu verstehen, in sozialer Hinsicht sind dies Personengruppen, mit bestimmtem Wissen, besonderen Fähigkeiten und Interessen, in zeitlicher Hinsicht betreffen solche Gegebenheiten beispielsweise geteilte Vergangenheitsbezüge, die in regionalen Erzählungen und Traditionen oder auch an bestimmten Orten aufgehoben werden.

Innovativität ist noch nicht die tatsächliche strukturell weitreichende Veränderung als welche Innovationen wirken, sondern die Bestimmung von Optionen für zukünftiges Handeln. Die Bestimmung solcher Möglichkeiten ist die Grundlage von Erfolg, aber noch nicht der Erfolg selbst. Sind solche Möglichkeiten jedoch nicht vorhanden, weist dies auf eine Situation des Scheiterns hin (Junge 2004). Dies gilt auch für soziale Entitäten, wie sie Regionen darstellen. Die Entwicklung agglomerationsferner Regionen hängt darum von solchen Handlungsoptionen ab. Fraglich ist, ob die Handlungsoptionen auf Grundlage des Regionalbezuges selbst bestimmt wurden

oder aber primär an außerregionale Gegebenheiten gebunden sind, wie etwa Förderprogramme. Letztere können zwar die regionalen Strukturen stabilisieren, aber kaum weiterentwickeln. Zwar bilden solche Regionen eine professionelle Antragskultur aus, können sich aber aus der Abhängigkeit solche exogenen Impulse nicht lösen (Diller u.a. 2019). Realistische Handlungsoptionen müssen darum auf der Kenntnis der eigenen, regionalen Ressourcen und der regionalen Kontextbedingungen, etwa sachlich als geographische Lage, sozial in der administrativen Stellung und zeitlich in Erfahrungen des Scheiterns oder des Erfolgs, gründen. Im Sinne von Entrepreneuren gilt es von Seiten der regionalen Akteure jeweils opportune Handlungsoptionen für die zukünftige Gestaltung der Region zu bestimmen und sich gegenseitig vorzustellen (Drucker 1986: 139 ff.).

Die regionale Innovativität, das heißt, die auf Grundlage regionaler Strukturen und weiterer Gegebenheiten bestimmten Handlungsoptionen stellen selbst zunächst bloß Potenziale dar. Damit sie ihre Wirkung entfalten können, gilt es, diese umzusetzen. Zur Umsetzung von Optionen müssen im Sinne Stones (1989) ausreichend passende Ressourcen gesammelt werden. Doch sind Ressourcen prinzipiell begrenzt: sachlich sind weder Platz, Einrichtungen oder Landschaftselemente im Überfluss vorhanden, passende Akteure können sich nie für alle Optionen engagieren, da Zeit knapp ist aufgrund von Dauern und Fristen. Vor allem aber treten Optionen mehrfach auf, weshalb die Ressourcenknappheit sich weiter verschärft. Darum müssen die Optionen im regionalen Governanceprozess nicht nur hinsichtlich der antizipierten regionalen Zukunft, sondern auch hinsichtlich der begrenzten Ressourcen miteinander ins Verhältnis gesetzt werden. Dann kann darüber entschieden werden, wobei die Entscheidungen für die regionalen Akteure legitim, verbindlich und verpflichtend sein müssen.

Anlass für regionale Governance sind zunächst eine Vielzahl konkurrierender Optionen, was gleichbedeutend mit einer hohen Innovativität der Region ist. Dafür ist eine Diversität aktiver Akteure in der Region Voraussetzung, die Zugang zu regionalen Netzwerken haben, die über die unmittelbaren Interessen hinausreichen. Des Weiteren – wiederum an Stone (1989) anschließend – müssen staatlich-administrative Einrichtungen sich für diese Optionen interessieren und politische Verfahren vorhalten, mit denen die Entscheidungen über die Optionen mit entsprechender

Verbindlichkeit ausgestattet werden können. Die Kommunikation über die Optionen über deren Verhältnismäßigkeit muss idealer Weise symmetrisch ablaufen, die Entscheidungsfindung über Dringlichkeit und Verbindlichkeit verläuft aufgrund der nun wichtig werdenden Machtkonstellationen komplementär².

Empirisch wird nun anhand zweier agglomerationsferner Regionen untersucht, wie deren Regime funktionieren, sodass sie glaubhaft als erfolgreich angesehen werden können. Müssen die oben aufgeführten Bedingungen dafür erfüllt werden und auf welche Weise geschieht das?

Auswahl der Regionen und regionalen Expertinnen und Experten

Die Auswahl der Untersuchungsregionen erfolgte über ein mehrstufiges Auswahlverfahren. Zunächst wurden Kriterien bestimmt, mit denen Regionen als agglomerationsfern und erfolgreich bestimmt werden konnten (ausführlich siehe Boos, John, Martens 2018). Diese Kriterien beziehen sich auf die drei Elemente des Regionalregimes. Demnach sind agglomerationsferne Regionen solche, die dieses Ideal nur teilweise erfüllen. Sie zeichnen sich durch geringe Bevölkerungsdichte und Defizite bei den Daseinsgrundfunktionen aus. Als erfolgreich werden solche Regionen angesehen, wenn sie in der Lage sind vielfältige Optionen darzustellen, indem sie unter Rückgriff auf regionale Handlungsfelder und Ressourcen sowie Strategien der Wissensgenerierung Lösungen für Momente des Scheiterns aufweisen, die Teil eines umfassenden Zukunftskonzeptes sind. Dabei weisen die Regionen positive Narrationen zur Regionalidentität auf, mit denen im hohen Maß Engagement für eine Beteiligung an politischen Auseinandersetzungen zu mobilisieren und zu binden ist.

Für die Selbstdarstellungen der Regionen wurden Entwicklungskonzepte lokaler Aktionsgruppen (LAGs) analysiert, die sich auf das LEADER-Förderprogramm (Liaison Entre Actions de Développement de l'Économie Rurale) beziehen. Damit beschreiben sich die Regionen auf Landkreisebene ausführlich selbst, um Fördermittel einzuwerben und Projekte regionaler Entwicklung umzusetzen. Die Entwicklungskonzepte stellen Potenziale und Herausforderungen der endogenen Regionalentwicklung heraus, sodass die Auswahlkriterien zur Bestimmung erfolgreicher agglomerationsferner Regionen hierauf angewandt werden können. Dafür wurden die

2 Komplementäre und symmetrische Modi der Kommunikation beziehen sich auf das fünfte metakommunikative Axiom von Watzlawick u.a. (1990 [1969]: 70)

regionalen Entwicklungskonzepte der 321 LEADER-Regionen (DVS, 2020) wegen der weiterhin maßgeblichen innerdeutschen Entwicklungsunterschiede den alten und neuen Bundesländern zugeordnet und auf Regionen mit weniger als 150 Einwohner pro km² eingegrenzt³. Weiterhin wurden nur Regionen berücksichtigt, welche über Forschungseinrichtungen verfügten, sodass deren Rolle beim Wissens- und Technologietransfer in agglomerationsfernen Räumen untersucht werden konnte. Die so identifizierten 60 (45 westliche und 15 östliche) agglomerationsfernen potenziellen Untersuchungsregionen wurden anhand der auf Erfolg weisenden Kriterien auf je fünf östliche und westliche Regionen eingeschränkt. Für diese Regionen wurden auf Grundlage der LEADER-Entwicklungskonzepte sowie der Daten des Engagement-Atlas (Generali 2015) und des Zukunftsatlas (Prognos 2016) Kurzprofile erstellt. Diese wurden durch ein Punktesystem bewertet und auf dem dreidimensionalen Kategoriensystem hinsichtlich festgestellter räumlicher Strukturen, Innovativität und Governance-Strukturen angeordnet, sodass einerseits Erfolgspotenzial und andererseits Ferne zum Agglomerationsideal der verbliebenen Regionen entscheidungsrelevant sichtbar gemacht werden konnten. Auf dieser Weise wurden als Untersuchungsregionen die Landkreise Dithmarschen in Westdeutschland und Wartburg in Ostdeutschland bestimmt.

In den Regionen wurden jeweils zehn Expertinnen und Experten aus fünf Handlungsfeldern identifiziert, um mit ihnen individuelle Interviews vor Ort durchzuführen. Die Handlungsfelder waren Kultur/Tourismus, Politik/Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft/Bildung und Soziales. Dafür wurde je Region eine weitere Dokumentenanalyse durchgeführt. Der erste Zugang erfolgt über Personen aus der Verwaltung und im Anschluss über Personen aus den Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Diese wurden ab April 2018 per E-Mail kontaktiert und mittels eines Telefontermins für ein Interview verbindlich gewonnen. Im Schneeballverfahren wurden von diesen Personen weitere Personen als Informanten benannt. Weiterhin wurden Personen angesprochen, die aufgrund einer Analyse der regionalen Tageszeitungen als relevant erkannt wurden.

3 Das heißt, es wurden „ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen“ und „dünn besiedelte ländliche Kreise“ nach BBSR (2017) ausgewählt.

Erhebung und Analyse

Für die während der Untersuchung gesammelten drei empirischen Datentypen wurden jeweils Auswertungsschlüssel erstellt. Die Analyse der regionalen Zeitungen, Südthüringer Zeitung und Thüringische Landeszeitung sowie Dithmarscher Landeszeitung und Beiträge aus dem Schleswig-Holsteiner Zeitungsverlag, richtete sich über einen Zeitraum von drei Monaten (Dezember 2018 bis Februar 2019) auf die Themenkreise Kultur/Tourismus, Politik/Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft/Bildung und Soziales. Damit wurde untersucht, wie und welche Bilder der Regionen in den Zeitungen erstellt werden, über welche Veränderungen und Verständigungen berichtet wird und wie diese Nachrichten zu einer Vorstellung über regionale Identität beiträgt. Bei Reisen in die Regionen wurden Veranstaltungen, die „Kohltage“ in Dithmarschen und der „Tag der Wartburgregion“, besucht und fotografisch dokumentiert. Hier interessierte wiederum, wie regionale Identität über die präsentierten Themen und handelnden Personen hergestellt wird.

Mit jeweils zehn Personen wurden in beiden Regionen telefonisch sowie vor Ort Experteninterviews geführt. Die Personen sollten relevante Akteure in fünf Bereichen, nämlich Wissenschaft/Bildung, Soziales, Wirtschaft, Politik/Verwaltung und Tourismus sein. Die Interviews, welche aufgenommen und transkribiert wurden, folgten einem Leitfaden, der auch als Gerüst für die inhaltsanalytische Auswertung diente. Dabei wurden die per Zeitungsanalyse identifizierten Themen zusätzlich einbezogen. Der Leitfaden gliederte sich in einen kurzen Vorstellungsteil, gefolgt von der Einschätzung der Lage der Region als ersten Themenkomplex. Daran anschließend wurden im zweiten Themenkomplex nach Veränderungen der Region in der Vergangenheit und nach aktuellen Veränderungsbedarfen gefragt. Im dritten Themenkomplex sollte die eigene Rolle in der Region eingeschätzt und weitere relevante Akteure benannt werden. Dabei sollte auch über Konflikte berichtet werden. Abschließend wurde im vierten Themenkomplex nach der Vision zukünftiger Entwicklung in der Region gefragt. Die Interviews dauerten in der Regel etwa eine Stunde.

Während die Medienanalysen und teilnehmenden Beobachtungen eine Annäherung an die regionalen Verhältnisse darstellten, waren die, methodisch im Zentrum der empirischen Erhebung stehenden Interviews an einer differenzierten Sicht auf die Region der jeweiligen regionalen Akteure aus den verschiedenen Bereichen

interessiert. Dabei ließen sich die als Themenkomplexe formulierten drei Elemente gut eruieren: Die physisch-materielle Ausgangslage und die eigene Verortung in der Region wurden geschildert. Erfahrungen mit regionalem Wandel, die auch Momente des Scheiterns und deren Überwindung beleuchteten, wurden berichtet. Die eigene Stellung im regionalen Governance-Gefüge als Akteurin oder Akteur bei Aushandlungsprozessen wurde in Bezug auf andere relevante Akteure erläutert. Aus diesen empirischen Daten wurden im ersten Schritt jeweils eine Analyse der Region mit dem Ziel der Rekonstruktion ihrer Regime erstellt.

Gesichtspunkte und Fragen für den Vergleich

Die Regionalanalysen wurden im Anschluss vergleichend aufeinander bezogen, um Erfolgselemente eines auf endogener Entwicklung angelegten Regimes agglomerationsferner Regionen zu identifizieren. Die Erfolgselemente sollen verallgemeinerbare Möglichkeiten für eine endogene Entwicklung agglomerationsferner Regionen aufzeigen. Verglichen werden dabei Aussagen über die Vorstellungen zur Region, der regionalen Innovativität zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit und der regionalen Governance-Struktur. Diese Aussagen beziehen sich auf Problemlagen und Lösungen im Sinne von Mittel-Zweck- oder Ursache-Wirkungs-Relationen. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Relationen zwischen Positionen der Interviewpartner, den Aussagen untersuchter Massenmedien und den Ergebnissen der teilnehmenden Beobachtungen sich nicht nur inter-regional, sondern auch intra-regional unterscheiden. Damit kommt neben den verschiedenen Relevanzstrukturen und resultierenden Intentionen vor allem zum Ausdruck, dass Wirkungen immer mehrere Ursachen, und Ursachen immer mehrere Wirkungen haben können.

Über die Vergleichsgesichtspunkte lassen sich multiple Relationen durch Verknüpfungen aufeinander beziehen (John 2010). Vergleichsgesichtspunkte sind theoretisch aus dem Untersuchungskonzept abgeleitete und hinsichtlich ihrer Relevanz empirisch überprüfte Fragestellungen. Auf diese Weise lassen sich Äquivalente sowohl für Ursachen, Ausgangslagen oder Probleme als auch für Wirkungen, Folgen oder Lösungen finden. Über die so organisierten Relationen werden Gemeinsamkeiten deutlich, ohne dass bestehende Unterschiede eingegeben würden. Äquivalente Ausgangslagen, die auf dieselbe Frage des Vergleichsgesichtspunktes führen, können unterschiedliche Folgen haben. Ebenso können äquivalente Lösungen,

die die gestellte Frage des Vergleichsgesichtspunktes auf ähnliche Weise beantworten, auf unterschiedliche Problemformulierungen beruhen. Insofern lassen sich Vergleiche aus der Lösungs- beziehungsweise Wirkungsperspektive oder aber der Problem- oder Ursachenperspektive organisieren. Entscheidend ist in beiden Fällen der Bezug zum gewählten Vergleichsgesichtspunkt.



Abbildung 2: Prinzip Vergleichsgesichtspunkt

Der Vergleich und die ihn organisierenden Vergleichsgesichtspunkte werden von der Frage nach der Funktionsweise des Regionalregimes in den beiden untersuchten Regionen angetrieben. Das Regionalregime mit seinen drei Aspekten Regionalbildung, Innovativität und Governance gibt also die Perspektiven für die Vergleichsgesichtspunkte vor. Innovativität weist dabei auf das Potenzial der Region hin, welches durch erhaltene oder gewonnene Optionen markiert wird. Governance zielt auf die Akteure und Strukturen der Selbstregierung. Regionalbildung deutet auf die Möglichkeit einer stabilen Bestimmung eines spezifischen Raumausschnitts. Beim Regionalregime werden ausgehend von den regional gegebenen Bedingungen Optionen für den zukünftigen Bestand der Region bestimmt, die durch die regionale Governance umgesetzt werden und woraus sich erneut regionale Bedingungen ergeben. Im Prozess des Regionalregimes folgen auf Be- und Umdeutungen, mit denen Innovativität als Möglichkeit regionaler Zukunft bestimmt werden, Aushandlungsprozesse über Deutungen, sodass Mehrheiten dafür gesichert werden oder sie aber abgelehnt werden. In jedem Fall schließt sich auf der strukturellen Ebene der Region eine Transformation an, die auch bei Fortführung des bisher regional Gegebenen stattfindet. Denn selbst der Erhalt des Bisherigen ist schon eine Erneuerung mindestens auf semantischer Ebene im Sinne der Legitimation.

Für den Gewinn von Vergleichsgesichtspunkten zur Analyse der beiden Regionalregime mit dem Zweck allgemeine Faktoren der regional-endogenen, nachhaltigen Zukunftsbestimmung zu identifizieren, werden folgende Fragen und Anhaltspunkte

aufgestellt. Auf diese wird das vorliegende empirische Material bezogen. Die folgende Tabelle soll verdeutlichen wie eine Analyse von den Aspekten des Regionalregimes aus beschrieben werden kann, indem die Säulen (Region, Innovativität, Governance) betrachtet werden. Es ist aber ebenso möglich die Prozesshaftigkeit in den Fokus zu stellen, indem die Zeilen anhand des empirischen Materials beschrieben werden.

Problembezüge	Region	→	Innovativität	→	Governance	→
<i>Region: Was ist Thema?</i>	Benutzung	Ressourcen	Be-/Umdeutung	Optionen	Bestätigung, Neu- und Umwidmung	Verbindlichkeit
<i>Reg. Identität: Wer sind wir?</i>	Anker		Zugehörigkeit		Regionalisierung	
<i>Transformation: Friktionen oder Optionen?</i>	Bestand und Tradition		Misserfolge und Störungen		Erhalt vs. Wandel	
<i>Wissen: Welche Alternativen?</i>	Expertise		Wissens- und Lernbedarfe		Aneignung	
<i>Kopplungen: Was womit?</i>	Themendominanz vs. -vielfalt		Kopplungsmöglichkeiten und Folgen		Ver- und Entkopplung	
<i>Koalitionen: Wer mit wem?</i>	Diverse vs. Einzelakteure		Divergenz und Konvergenz von Interessen (Problemsicht, Zielbestimmung)		Arenen (Plattformen, Foren)	

Tabelle 1: Operationalisierung der Vergleichsgeschichtspunkte

Die auf Fragen führenden Problembezüge leiten die Vergleiche der Befunde zu den thematischen Aussagen in den Regionen an. Dabei nehmen diese die drei Elemente des Regionalregime auf. Die Stichworte zu diesen Fragen unter den Rubriken geben Möglichkeiten der dazugehörigen Thematisierungen an. Die Übergänge von einer Rubrik zur anderen verdeutlicht, welche Bedeutung das vorherige für das folgende Element im Regionalregime hat. Auf die Dinge der Region richtet sich die Frage, was Thema ist. Nur solche Dinge sind relevant, die im jeweiligen Regionaldiskurs thematisiert und in diesem Sinne benutzt werden. Diese Dinge, etwa Orte, Landschaften, Bodenschätze oder Ereignisse sind in ihrer (realen und symbolischen) Benutzung zugleich Verankerungen einer Zurechnung zum imaginierten Regionalkollektiv, sodass unter Verweis auf diese Dinge, einerseits die eigene Zurechnung legitimiert werden kann, andererseits das Regionalkollektiv als überindividuelle soziale Entität ausgezeichnet wird (siehe John 2008). Die Region als räumlich markierte

Begrenzung muss wie das Regionalkollektiv immer wieder diskursiv hergestellt werden, was durch Traditionsbezüge und Bestandsverweise stabilisiert wird, die jedoch durch Veränderungsimpulse gestört werden können. Der Bezug auf Tradition und die Dinge der Region erfolgt durch Expertise, wobei diese divers und auf verschiedene Akteursgruppen verteilt sein, oder aber von einem Thema und einer bestimmten Expertengruppe dominiert werden kann.

Die Region ist in ihrer sachlichen, sozialen und zeitlichen Verfasstheit eine Quelle an Ressourcen, die jenseits ihrer tradierten Benutzung immer wieder auch aktuell bedeutet und umgedeutet werden. Bei diesen Be- und Umdeutungen wird auch immer die Frage der Zugehörigkeit virulent, etwa wenn es in den zugehörigen Narrationen um den Bezug auf historische Ereignisse, Bauten und Landschaften oder Expertisen geht. Die Frage, mit welchen dieser überkommenen Eigenschaften sich die Region und das Regionalkollektiv vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen beschreiben lässt, stellt sich gerade dann, wenn diese in Momenten des Scheiterns nicht mehr zu passen scheinen, überholt wirken oder veraltet sind. Daraus ergeben sich Erkenntnisse über neue Bedarfe oder alternative Verwendungen der vorhandenen Ressourcen. Diese alternative Verwendung versetzt die Ressourcen durch Kopplungen mit oder Loslösung von diesen in andere Kontexte. Diese Bestimmungen von Optionen fallen umso umfangreicher aus, je vielfältiger die daran beteiligten Akteure mit ihren eigenen Perspektiven auf Problemdefinitionen und Lösungsvorschlägen umgehen. Davon hängt die Innovativität der Region als ihr Potenzial selbstbestimmter regionaler Entwicklung ab.

Die Vermittlung dieser diversen regionalen Stimmen erfordert geeignete Formate in regionalen Arenen mit denen Konflikte durch konkurrierende Optionen verhandelt werden. Hier können die Akteure über die Umdeutungen sowie thematischen Kopplungs- und sozialen Vernetzungsmöglichkeiten debattieren. Diese Debatten führen zu kollektiven Aneignungen einer Option als Zukunftsperspektive, die Teil der Regionalkonstruktion und regionalen Identität wird. Daraufhin werden Entscheidungen über Wandel und Erhalt im Sinne von Bestätigung des Status quo, Neu- oder Umwidmungen möglich, mit denen ausreichend passende sachliche und soziale Ressourcen zur Umsetzung mobilisiert und gesichert werden können.

Mit diesen anhand der Fragen thematisch fokussierten Vergleichsgesichtspunkten werden die Befunde zu den Regionen im Folgenden dargestellt, um diejenige Gestaltung der Elemente der Regionalregime ableiten zu können, die erfolgversprechend bei der endogenen Entwicklung agglomerationsferner Regionen sein können.

IV Regionalregime im Vergleich

a) Regionalbildung – Potenziale der Region

Regionen stellen keine naturgegebenen Einheiten im Raum dar, sondern werden sozial konstruiert (Schlottmann 2013). Für diese Konstruktion werden verschiedene Aspekte herangezogen, die sich sachlich, sozial und zeitlich auf Raumausschnitte beziehen. Das heißt, Räume sind als Regionen sozial angeeignet, indem sie entlang von gewählten Merkmalen abgegrenzt (so schon Simmel 1908) und mit Bedeutung aufgeladen werden (Kuhm 2000).

Regionaldebatten beziehen sich auf bestimmte Raumausschnitte, indem sie vorgefundenen Eigenschaften als Ressourcen thematisieren. In den Vergleichsregionen mit ihren unterschiedlichen Eigenschaften werden räumliche Gegebenheiten, soziale Merkmale und historische Ereignisse genutzt, um die Regionen zu beschreiben und Ankerpunkte für die kollektive Regionalidentität zu markieren. Ausgangspunkt der Analyse ist, dass die ressourcenbezogene, identitätsrelevante Regionalbildung Voraussetzung für die Bestimmung von Zukunftsoptionen ist. Indem Ressourcen im gewählten Raumbezug als relevant bestimmt werden, werden sie damit gegenwärtig als Optionen zukünftiger Handlungen sichtbar. Sie stellen darum die maßgebliche Grundlage endogenen Wandels dar. Die Wahrnehmung dieser Zukunftsoptionen als Intention für Handlungen transformiert die Regionen, wodurch sich durch den zugleich laufenden Wandel der Gesellschaft weitere Handlungsoptionen ergeben oder verschließen können. Davon hängt die Wertung der regionalen Entwicklung im ersten Fall als erfolgreich oder im zweiten Fall als scheiternd ab.

Die Regionalkonstruktion kann nicht als eine homogene Bestimmung von Raumausschnitten verstanden werden. Vielmehr muss die Region als verbindliche Entität immer wieder hergestellt werden, wobei sich die verschiedenen Regionalkonstruktionen konventionell an politischen Regionalkonstruktionen im Sinne administrativer

Einheiten orientierten. Gleichwohl sind ähnliche, aber nicht kongruente Regionalkonstruktionen für das Entscheiden und Handeln verschiedener Akteure instruktiv. Man muss darum davon ausgehen, dass die politische Regionalkonstruktion eine hinreichend orientierende, aber nicht determinierende Wirkung auf die unterschiedlichen Vorstellungen über eine Region hat.

Bei der Untersuchung des Funktionierens des Regionalregimes in den beiden Untersuchungsregionen Dithmarschen und Wartburgregion sind die unterschiedlichen Konstruktionen der verschiedenen Akteure von Interesse. Konvergenz und Divergenz dieser Vorstellungen geben über die unterschiedlichen Möglichkeiten, der als relevant bestimmten Ressourcen Auskunft. Durch eine wahrscheinliche Divergenz der Vorstellungen erhöht sich einerseits deren Anzahl. Doch indem sich die Möglichkeiten vervielfältigen, wächst der Druck für das Handeln gemeinsam Entscheidungen zu treffen, das heißt, die Bestimmung der Region und ihrer Potenziale in einen politischen Prozess zu überführen.

Die Bestimmung regionaler Möglichkeiten wird im Folgenden über zwei Vergleichsgesichtspunkte beschrieben: Regionale Ressourcen und Identität. Die Region als Raumausschnitt erscheint in der Kommunikation als Bezugnahme auf Artefakte wie Landschaften oder bauliche Strukturen, als historische Ereignisse und als an Personen gebundene Eigenschaften, nämlich deren Charaktere und Expertisen. Insofern sich die Akteure mit diesen Elementen auf die gleiche gemeinte Region beziehen, werden diese als deren Eigenschaften aufgefasst. Bei der Selbstbeschreibung mittels einer Regionalidentität wird auf diese Elemente im Sinne von Grenzmarkern zurückgegriffen (siehe dazu Cohen 1984, John 2008). Auf die Vergleichsgesichtspunkte machen relevante Themenfelder der jeweiligen Region deutlich. Mit den Themenfeldern werden aus verschiedenen Akteursperspektiven mittels von Ressourcen bestimmte Handlungsmöglichkeiten gebündelt. Unter einem Thema werden diese als regionale Zukünfte verhandelt. Diese Ressourcenbestimmungen als Voraussetzung für die Bestimmung regionaler Zukünfte sollen in diesem Kapitel einander gegenübergestellt und verglichen werden.

In diesem Zuge wird immer auch die Region als Rahmen der Handlungsorientierung reproduziert. Hier soll geklärt werden, wie dies hinreichend verbindlich gelingt. Dazu verfolgt die Vergleichsanalyse zwei Fragestellungen: Welche räumlich-materiellen

Charakteristika werden zur Regionalbildung aufgegriffen und wie ähneln oder unterscheiden sich diese in Bezug auf die Vergleichsregionen? Welche identitätsstiftenden Diskurse sind für die Ausformung der beiden Vergleichsregionen prävalent?

Bestimmung regionaler Ressourcen

Geographische Lage

Entlang der im östlichen Bundesland Thüringen gelegenen Wartburgregion verlief bis zum Ende der DDR ein Teil der innerdeutschen Grenze zur Bundesrepublik. Seitdem liegt sie zentral in Deutschland und grenzt an die westlichen Bundesländer Hessen und Bayern. Trotz dieser Zentralität wirkt sich die jahrzehntelange politische und wirtschaftliche Randlage der Vergangenheit weiterhin auf die Region aus. Im Prozess der deutschen Wiedervereinigung wurde aus der Region im Zuge von De-Industrialisierung und neuen Wirtschaftsstrukturen eine verlängerte Werkbank westdeutscher Unternehmen, was die Region wirtschaftlich von diesen abhängig machte. Obwohl diese Funktion durch Produktionsbetriebe großer Unternehmen in Eisenach, dem städtischen Zentrum der Wartburgregion, zurückgedrängt wurde, kann weiterhin von ihr als Peripherie gesprochen werden. Die Peripherisierung führt dazu, dass ein Großteil der Bevölkerung berufsbedingt aus der Wartburgregion in die benachbarten Bundesländer Hessen, und Bayern pendelt. Dabei wird die Autobahnanbindung zu den Städten Meiningen, Fulda und Erfurt oft als vorteilhafte Mobilitätsinfrastruktur hervorgehoben. Es gibt zwar in der Region eine im thüringischen Vergleich niedrige Arbeitslosenquote, die bei vielen Stakeholdern der Wartburgregion als Erfolgsindikator gilt, dennoch sank 2019 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und „blieb damit das neunte Jahr in Folge deutlich hinter der in Deutschland zurück“ (TLS, 2020). Die Pendler weisen im Grunde auf die Attraktivität der Region hin: Sie ziehen nämlich nicht zu ihren Arbeitsorten, sondern kehren regelmäßig nach Hause zurück. Gleichwohl fehlen sie als Fachkräfte dem regionalen Arbeitsmarkt (Fuchs, Weyh 2016). Als Reaktion auf den arbeitsbedingten Pendelverkehr wirbt das regionale Wirtschaftsförderungsnetzwerk um echte Rückkehrer mit den vorhandenen Beschäftigungsmöglichkeiten und der Lebensqualität in der Wartburgregion.

Die Region Dithmarschen liegt in Küstenlage an der Nordsee. Obwohl sie zur Metropolregion Hamburg gehört ergibt sich ihre periphere Lage aus fehlender oder weniger gut ausgebauter Mobilitätsinfrastruktur. Beispiele hierfür sind

unzureichende Anschlussstellen für den Personenverkehr wie der unvollständige Ausbau der Autobahn A23, die vom Süden kommend lediglich bis ins Zentrum der Region reicht oder die zwischen Itzehoe und Westerland fehlende Elektrifizierung der regional bedeutenden Eisenbahnstrecke „Marschbahn“. Gleichzeitig ist es gerade das sich daraus ergebende Randständige, was die Region zu ihrem Vorteil zu nutzen weiß und wodurch sich Handlungsmöglichkeiten ergeben. Peripherie wird positiv als Ruhe und Abgeschiedenheit für Erholung und Freiheit gedeutet, was auch touristisch relevant ist. Ferner ist die sich aus der Lage ergebende räumliche Weite und Unverbautheit für die Produktion erneuerbarer Energien (Windenergie oder Photovoltaik) vorteilhaft. Zusammen mit regionaler Forschung und Entwicklung zu erneuerbaren Energien und Speichertechnologien erschließen sich Handlungsoptionen für die Region, die thematisch verknüpft werden können. So kommt der Region auch durch den zukünftigen Energietransport aus Dänemark Richtung Süden mit der Hochspannungstrasse „Südlink“ eine wichtige Mittlerfunktion zu. Weitere Handlungsoptionen ergeben sich durch die Nutzung des Nord-Ostsee-Kanals, bei dem es sich als weltweit am meisten befahrene künstliche Seeschiffahrtstraße um einen wertvollen Transportweg handelt.

Strukturwandel und Flächenumnutzung

Durch den Strukturwandel werden auch räumliche Veränderungen in den Regionen angestoßen, die Folgen für die Bedeutungs- und Funktionszuweisungen von Ressourcen haben. Zum einen werden ungenutzten Flächen neuen Verwendungen zugeführt, zum anderen werden vorhandene Flächennutzungen verändert. Die Bedeutung von Flächen erschließt sich den regionalen Akteuren nicht gleichermaßen, insbesondere, wenn es nicht um wirtschaftliche Verwertung geht. Räumlichen Ressourcen werde neben ihrem unmittelbaren Nutzen auch symbolische Funktionen zugewiesen. Beispielsweise kann sich der Wert einer Landschaft oder eines Ortes aufgrund historischer Ereignisse ergeben etwa in Form einer Gedenkstätte oder als Raum für Biodiversität. Leerstehende oder ungenutzt scheinende Areale werden durch Umwidmungen für den Neubau von Wohnraum oder die Herstellung gewerblicher Nutzflächen bedeutend. Der Denkmalschutz belegt Strukturen und Räume mit einer besonderen Bedeutung, die Auswirkung auf deren Nutzung hat. Herausforderungen bestehen also oft in der Zuweisung von Funktionen für

bestimmte Flächen in einer Region. Beide Untersuchungsregionen verfügen über solche Flächen, die für alternative Nutzungsoptionen offen sind.

In Dithmarschen spielen die landwirtschaftliche Prägung und die Nähe zur Küste für die Flächennutzung eine wichtige Rolle. Die natürlichen Bedingungen wie ein maritimes Klima, eine fruchtbare Bodenbeschaffenheit und weiträumige Freiflächen begünstigen die landwirtschaftliche Nutzung und die Spezialisierung auf die Produktion erneuerbarer Energien. Diese Bedingungen wirkten sich auch auf die ökologische Umstellung der Landwirtschaft und Bestrebungen eines stärkeren Naturschutzes aus. Um den verschiedenen Veränderungstrends von wirtschaftlicher Globalisierung bis zum demographischen Wandel zu begegnen und daraufhin Handlungsmöglichkeiten neu zu bestimmen, wurden in der Region synergetische Prozesse in den Bereichen Energieproduktion, Tourismus, Landwirtschaft und Gesundheitswirtschaft angestoßen. Jeder dieser Bereiche birgt alternative Nutzungspotenziale der räumlich-materiellen Ausstattung und des historischen Erbes der Region. Indem sich unterschiedliche Ziele überschneiden, ergeben sich die Synergiepotenziale auch hinsichtlich der Nutzung der räumlich markierten Ressourcen. So profitieren die nachhaltige Produktion von Windenergie, die ökologische Landwirtschaft und der sanfte Tourismus gemeinsam auf unterschiedlicher Art von der Nähe zur Küste. Daran schließen weitere vorhandene regionale Strukturen in Dithmarschen an, wenn die Windenergieproduktion durch umfassendes Wissen in regionalen Forschungseinrichtungen und Betrieben unterstützt wird, die von der Entwicklung von Speichertechnologien bis zu synthetischen Kraftstoffen reicht. Fruchtbare Marschböden ermöglichen eine ökologisch ausgerichtete Landwirtschaft, die der Erschließung von Erholungs- und Kurlandschaften für die touristische Nutzung nicht entgegensteht.

Landwirtschaft spielt in der Wartburgregion durch die Mittelgebirgslage eine eher untergeordnete Rolle. Im Gegensatz zu Dithmarschen hatte die Wartburgregion nach dem Fall der Mauer mit einem wirtschaftlichen Strukturwandel zu kämpfen, was eine teilweise Neubelegung regionaler Flächen mit sich brachte. Die brachliegenden regionalen Industriestandorte, vor allem des ehemaligen Kali-Bergbaus, werden heute teilweise in ähnlicher Art umgenutzt wie jene im Ruhrgebiet. So dienen diese heute zum Teil als Kulturveranstaltungsorte, wo beispielsweise untertage ein

Konzertsaal und eine Kegelbahn entstanden sind. Neben neu gewonnenen Nutzungsmöglichkeiten wurde dadurch ein Beitrag zur Erhöhung kultureller Teilhabe in der Region geleistet. Die Aktivierung ungenutzter Flächen macht auch die verschiedenen Teilgebiete der Wartburgregionen sichtbar, wodurch deren Diversität als gute Gründe für Tourismus und Zuzug darstellbar werden.

In beiden Untersuchungsregionen werden ehemalige Militärf Flächen umgenutzt, die besonders nach der Aussetzung der Wehrpflicht im Juli 2011 ihre Funktion umfangreich verloren. In Dithmarschen wurden geschlossene Standorte der Bundeswehr zu Gewerbeflächen, Büros, Lagerhallen und Sporteinrichtungen. Auf diese Weise entstand der „DithmarsenPark“ in Albersdorf. In der Wartburgregion wurde der nunmehr funktionslose innerdeutsche Grenzstreifen als Wanderweg und Mahnmal umgenutzt. Dadurch erlangte eine historische Struktur eine neue Bedeutung und konnte gleichzeitig ihren historischen Bedeutungswert bewahren.

Landschaft als Ressource

Im Gegensatz zu stark versiegelten urbanen Gebieten befinden sich in agglomerationsfernen Räumen vermehrt naturnahe Flächen. Während naturnahe Raumelemente in beiden Untersuchungsregionen insgesamt wichtige Potenziale darstellen, unterscheiden sie sich hinsichtlich der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Ressource.

Eine Herausforderung im Zusammenhang mit Naturnähe eröffnet sich für beide Regionen in der Ambivalenz zwischen Nutzung und Schutz dieser Ressource. Naturschutz verhindert oftmals intensiven Tourismus, da sich dieser auf Dauer schädigend auswirken kann. Um wertvolle Areale auch für den Tourismus aufrecht zu erhalten, müssen bestimmte Naturschutzauflagen erfüllt werden. In beiden Regionen gibt es daher Bestrebungen Ambivalenzen zwischen Naturschutz und Tourismus zu erkennen und in dienlicher Art und Weise zu verknüpfen. Als eindruckliche Naturcharakteristik und gleichzeitiger Standortfaktor gilt für Dithmarschen die Küstenlage mit dem Zugang zum als UNSECO Weltnaturerbe deklarierten Wattenmeer. Auch die Wartburgregion bietet eine abwechslungsreiche Naturlandschaft. Dies zeigt sich an der prominenten Einteilung der Region entlang der vier Naturräume Thüringer Wald, Rhön, Hainich und Werratal. Die Wartburgregion wird aufgrund dieser vielfältigen Naturräume auch als „Grünes Herz“ bezeichnet. In den Augen der regionalen

Akteure bietet insbesondere die Rhön großes touristisches Potenzial, welches nun erschlossen werden soll.

Eine weitere Herausforderung ergibt sich für beide Untersuchungsregionen aus der deutschlandweit ausgerufenen Energiewende. Während Windkraft, Photovoltaik, Forschung und Entwicklung von synthetischen Kraftstoffen und Wasserstoff-Speichertechnologien in Dithmarschen große Potenziale darstellen, kommt es hier wie auch in der Wartburgregion zu Widerständen gegen die Folgen. So wird in der Wartburgregion gegen den Bau der Energietrasse Südlink protestiert. In Dithmarschen sind die Windkraftanlagen nicht unumstritten, da diese den Naturschutz und die touristische Nutzung beeinträchtigen. Wie Areale genutzt werden und welche Konflikte sich daraus ergeben ist abhängig von den Bestimmungen der jeweiligen Akteure. Teilhabekonflikte entstehen etwa dann, wenn Wind oder Sonnenstrahlung als öffentliches Gut durch bestimmte Akteure mit entsprechenden Mittel privat ausgebeutet werden, selbst dann, wenn die Region von der Erzeugung erneuerbarer Energien im Weiteren indirekt profitiert.

Neben der Energiewirtschaft spielt die Landwirtschaft in Dithmarschen traditionell eine wichtige Rolle. Die Region ist eines der größten Anbauggebiete für Rüben und Kohl in Europa. Die Marktsituation der Landwirtschaft führt zu enormen Konzentrationsbewegungen, wobei nur noch wenige der ursprünglichen Betriebe die gesamte landwirtschaftliche Fläche verwaltet und bearbeitet. Leistungsfähigere Maschinen bewältigen mehr Fläche in kürzerer Zeit und führen zu einem stark verringerten Bedarf an Arbeitskräften. Die zugleich sinkenden Einnahmen und die Konkurrenz auf dem globalisierten Lebensmittelmarkt für die Produkte drängen zu immer weiterer Rationalisierung. Die Subventionen der Landwirtschaft helfen dabei nur, den Status quo zu halten. Für eine davon unabhängige langfristige Verbesserung der Landwirtschaft in der Region wird darum ein Ausbau des biologischen Landbaus angestrebt. Damit ist die Hoffnung verbunden, dass sich weitere Handlungsoptionen eröffnen. Dazu schließen sich die Bio-Landwirte in Erzeugergemeinschaften zusammen, wodurch sie einerseits Produktionsmittel effizienter nutzen und insgesamt als stärkerer Akteur auf dem Markt beim Einkauf von Produktionsmitteln und beim Verkauf ihrer Produktion agieren können. Zugleich produzieren die landwirtschaftlichen Betriebe mit Biogasanlagen oder Windrädern zusätzlich

erneuerbare Energie. Diese gemeinschaftlich organisierte Nutzung der naturräumlichen Ressourcen eröffnet den landwirtschaftlichen Akteuren Zukunftsoptionen in der Auseinandersetzung mit den globalen und europäischen Veränderungen in der Landwirtschaft. In der Wartburgregion spielt die Landwirtschaft aufgrund der schlechten Anbaubedingungen kaum eine Rolle. Stattdessen hat sich eine handwerkliche Tradition etabliert.

In beiden Regionen wird der Peripherisierung mit Entwicklungsstrategien in den Bereichen Tourismus, Energie und Landwirtschaft begegnet. Diese ermöglichen gerade im koordinierten Zusammenspiel bei der Benennung und Bearbeitung von Zielkonflikten Optionen für die regionale Entwicklung.

Bestimmung regionaler Identität

Mit der Bedeutung der materiellen Ressourcen einer Region stellen die jeweiligen regionalen Akteure Bezugspunkte für die kollektive Selbstbeschreibung her. Solche Selbstbeschreibungen, die in der Sozialgeographie ab den 1980er Jahren als regionale Identität und später darüber hinaus diskutiert wurden, können wie jeder Kollektivbezug als ein Rahmen für die Bindung von Engagement wirken. Der Kollektivbezug ist eine Rahmung in dem Sinne, als hier durch die Benennung und Bedeutung der Ressourcen in der Region, Grenzmarken hergestellt werden, mit denen die Zugehörigkeit entlang des Wissens um diese Grenzmarken entschieden werden kann (Barth 1969, Cohen 1984, John 2008). Regionale Identität kann also nicht als tatsächliche Fixierung einer Essenz der jeweiligen Gemeinschaft verstanden werden, wenngleich das Selbstverständnis genau den kontingenten Charakter dieser Sozialkonstruktion ausblendet. Die Grenzmarkierungen, die als die oben sogenannten Regionalanker besonders offensichtlich sind, werden aber nicht nur räumlich-sachlich bestimmt, sondern auch zeitlich als historische Ereignisse. Auf diese Weise werden die unvermeidbar divergierenden Regionalvorstellungen unter besonderem Bezug auf die administrative Grenzziehung hinreichend in Kongruenz gebracht, sodass sich das Engagement der Akteure auf gemeinsame Gegenstände und Absichten richtet.

Regionalgeschichte zur Setzung regionaler Themen

Beide Regionen haben unterschiedliche historische Vergangenheiten und nutzen diese zum Teil problematisierend für die regionalen Selbstbeschreibungen. In der

Wartburgregion ist vor allem der Fall der Mauer 1989, die Wende und deutsche Wiedervereinigung prominentes Thema. Die DDR-Vergangenheit spielt für viele Menschen in der Wartburgregion vor diesem Hintergrund ebenso eine wichtige Rolle, da diese für die dort Interviewten Teil ihrer Biografie ist. In den Interviews mit den regionalen Akteuren wurde deutlich, dass die Bewohner der Wartburgregion damit eine Marginalisierung gegenüber dem ehemaligen Westen Deutschlands verbinden, was mit einer Skepsis gegenüber politischen Entscheidungsträgern einhergeht. Die so fortbestehende Abgrenzung zwischen dem ehemaligen Osten und dem ehemaligen Westen Deutschlands wird als eine anhaltende Herausforderung dargestellt, die es zu bewältigen gilt. Doch statt einer aktiven Umdeutung herrscht Politikverdrossenheit vor, was auf eine negativ konnotierte Verfestigung dieser Differenzierung gegenüber dem Westen deutet.

Bei der Konstruktion der Regionalidentität von Dithmarschen wird die Schlacht bei Hemmingstedt im Jahr 1500 als prägendes Ereignis hervorgehoben. In dieser schlug das Dithmarscher Bauernvolk die Truppen des damaligen dänischen Königs Johann I. zurück und bewahrte dadurch seine politische Unabhängigkeit. Gleichzeitig konnte die Bevölkerung sich kollektiv als Region in räumlicher Hinsicht abgrenzen. Die Dithmarscher Regionalidentität wird über diese Tradition maßgeblich definiert, bei der wie auch für die Wartburgregion das Thema Abgrenzung eine Rolle spielt. Während der Bezug auf das historische Ereignis einen Erfolg hervorhebt, droht die Region diesem historischen Bezug verhaftet zu bleiben und sich damit Zukunftsoptionen zu verbauen. Bezüge zu einer widerständigen Bauernrepublik sind vor allem mit Abwehrreaktionen verbunden und sind darum nur schlecht mit der Identität einer zukunftsgerichteten, technologisch sowie energetisch fortschrittlichen Region vereinbar. Hier zeigt sich eine Ambivalenz im zeitlichen Bezug bei der Bildung regionaler Identität zwischen Vergangenheit und Zukunft. Schon von daher ist nicht von einer regionalen Identität für alle auszugehen, sondern von verschiedenen Auffassungen darüber, wen die Regionalgemeinschaft umfasst und wodurch sie sich auszeichnet. Insofern ist auch die Auseinandersetzung um Regionale Identität in beiden Fällen eine Herausforderung und ein Impuls für die Entwicklung der Region.

Beide Regionen haben mit Herausforderungen der Abgrenzung zu tun. Die Wartburgregion reagiert auf anhaltende wirtschaftliche Folgen der vergangenen innerdeutschen Grenzziehung, auch über den Fall der Mauer als zeitliches Ereignis hinaus, mit dem Gefühl der Inferiorität gegenüber den westdeutschen Nachbarländern. Zugleich profitiert die Region vom starken Berufspendlerstrom in diese, durch die höhere Kaufkraft der Bevölkerung und höheres Steueraufkommen. In Dithmarschen werden Ereignisse wie die Schlacht bei Hemmingstedt nach über 500 Jahren durch Zukunftsgewandtheit mit erfolgreichen Handlungsbereichen gekontert: moderne und erneuerbare Energieproduktion oder neu ausgerichtete, nachhaltige und biologisch verträgliche Landwirtschaft.

Auffällig sind bei den Herausforderungen beider Regionen die auftretenden Erzählungen in Bezug auf die Wirtschaftsstruktur. Diese Erzählungen lassen auf eine regionalspezifische Vorstellung über Wirtschaft und die Kultur der Arbeit schließen. In der Wartburgregion spielen mittelständische Handwerksbetriebe und die Automobilindustrie eine wichtige Rolle. Der Abbau von Kalisalzen wurde mittlerweile zwar stark eingeschränkt, hat aber für die regionale Identität immer noch eine große Bedeutung. Die Region konstruiert eine produktionsorientierte Identität, die sich auf mittelständische Unternehmen, die Automobilindustrie sowie den nicht mehr vorhandenen Bergbau gründet. In Dithmarschen wird hingegen auf einen innovativen Umgang mit den Industriezweigen Landwirtschaft und Energieproduktion gesetzt. Die Herausforderung besteht darin diesen innovativen Umgang mit der Identität einer widerständigen Bauernrepublik zu vereinen, beziehungsweise sich mehr und mehr von letzterer zu trennen. Somit lässt sich für beide untersuchten Regionen ein ambivalentes Verhältnis zu Geschichte und Tradition feststellen. Traditionsbestände wirken sich einerseits als starke Bindungselemente aus, die zugleich Optionalitäten für zukunftsfähige Entwicklungen zu verstellen drohen. Gleichzeitig bilden sich andere Bezüge heraus, die eher unvermittelt neben dieser Tradition ihre Geltung für das Selbstverständnis des Regionalkollektivs behaupten. Hier lässt sich für beide Regionen Konfliktpotenzial vermuten, das sich als hemmend aber auch als produktiv erweisen kann.

Regionalanker zur Legimitation der Regionalidentität

Regionale Identität braucht immer auch konkrete, erlebbare Gegenstände, die als sogenannte Regionalanker fungieren. Mit solchen Ankern in Form von Landschaften,

Bauwerken, aber auch lebendigen Traditionen in Form von Ereignissen oder Narrationen kann sich das Selbstverständnis eines Regionalkollektivs Ausdruck verleihen und über so ausgebildete Traditionen Engagement für den Umgang mit Herausforderungen binden. Anker markieren die Region als sachliche Entität und können die diversen Intentionen ihrer Akteure auf sich hin fokussieren, sodass das gemeinsame Bestimmen von verbindlichen Handlungsoptionen möglich wird.

Beide Regionen verfügen über Anker, die als bedeutend für die Region angesehen werden. Manche Artefakte oder Ereignisse stehen auch stellvertretend für die jeweilige Region. Schon der Name Wartburgregion lässt darauf schließen, dass die Wartburg eine besondere Bedeutung für die Region hat. Als Bauwerk und Ereignisträger ist sie schon lange ein beliebtes und überregional bekanntes Ausflugsziel. Aber nicht nur die Wartburg als Bauwerk, sondern auch die im Landkreis und der Stadt Eisenach stark ausgeprägte kulturelle Infrastruktur kann als Anker bezeichnet werden. Einen weiteren Regionalanker stellt der zu einem Wanderweg und Mahnmal umgebaute ehemalige Grenzstreifen als Landschaft dar. Er erinnert symbolisch an die DDR-Vergangenheit, die viele Biografien der Bewohnerinnen und Bewohner der Wartburgregion prägte. Ebenso verfügt Dithmarschen über Regionalanker. Die Nordsee prägt beispielsweise mit ihren Marschlandschaften die Region und das Leben der Bewohnerinnen und Bewohner seit jeher. Das geht sogar so weit, dass die Bevölkerung mit dem Nordseeklima gleichgesetzt und als rau bezeichnet wird. Der Kohlanbau ist ein weiteres regionales Merkmal Dithmarschens. Das zeigte sich bei einem Besuch des „KOHLosseums“ in Wesselburen aus Anlass der seit vielen Jahren im Herbst über eine Woche an verschiedenen Orten in der Region stattfindenden Kohltage. Diese sind ein Beispiel für Aufmerksamkeitsattraktoren und latente Mobilisierung durch Festivalinszenierungen (Häußermann, Siebel 1993). Bei den Kohltagen wird ein Aspekt des regionalen Selbstverständnisses für das imaginierte Regionalkollektiv vor allem aber für Andere präsentiert. Das Programm der Kohltage richtet sich nicht zuletzt an Touristen, die als Reisegruppen auch im KOHLosseum an Vorträgen und Kohlessen teilnahmen. Insofern dieses Fest langjährig durchgeführt wird, und auf tatsächliche regionale Produktionspraktiken verweist, verfügt es auch über eine Aura des Authentischen und dient der Selbstversicherung.

Persönlichkeiten werden neben bauhistorischen Monumenten und Landschaften ebenfalls als Anker genutzt. Martin Luther stammt zwar nicht aus der Wartburgregion, doch hat er hier eine wichtige Etappe seines Lebens verbracht, als er auf der Wartburg als Junker Jörg das Neue Testament aus dem Altgriechischen ins Deutsche übersetzte. In Dithmarschen spielen zwei Dichter, Klaus Groth und Friedrich Hebbel, eine ähnliche Ankerrolle: Klaus Groth wurde ein Wanderweg und Friedrich Hebbel ein Museum in Dithmarschen gewidmet.

Auch Institutionen nehmen den Status eines Regionalankers ein. So profitiert die Musikschule in der Wartburgregion von deren kulturellen Erbe, was wiederum die Ausbildung an dieser Schule bereichert. Die Institution wird explizit von der Regionalverwaltung gefördert und besitzt überdurchschnittlich viele Musiklehrer, um die kulturelle Bedeutung von, und die Teilhabe an musikalischer Tradition aufrecht zu erhalten. Hinzu kommen weitere kulturelle Institutionen wie Musikvereine, Chöre, Kirmesvereine, Theater- und Tanzgruppen. In Dithmarschen spielt die Fachhochschule Westküste (FHW) als Institution eine wichtige Rolle. Sie kann zwar nicht auf eine lange Tradition zurückblicken, wird jedoch von fast allen Akteuren in Dithmarschen als wichtiger Bezugspunkt in Forschung und Praxis und der Verbindung beider Bereiche angesehen. Ihr kommen sowohl politische als auch wirtschaftliche Funktionen zu.

Wichtige regionale Bezugsanker sind auch Strukturen, die das zivilgesellschaftliche Engagement ermöglichen und fördern. In der Wartburgregion werden dafür die auf Ortsebene agierenden freiwilligen Feuerwehren, aber auch die regionalen Wandervereine oder die Kirche als Institutionen genannt. Daneben werden selbstorganisierte Aktionen als Anker aufgezählt, die auf das Engagement der Bevölkerung zurückzuführen sind und eine lange Tradition vorweisen können. Zugleich beherrscht eine ambivalente Selbsteinschätzung die Erzählung über das regionale Kollektiv in der Wartburgregion. Einerseits stellt diese Erzählung angesichts einer im Vergleich mit dem Bundesland Thüringen hohen Erwerbsquote den eigenen Erfolg heraus, andererseits gründet dieser Erfolg auf den arbeitsbedingten Pendelverkehr in die angrenzenden westdeutschen Bundesländern, weshalb man sich diesen gegenüber als abgehängt begreift. Die Arbeitspendler, die in der Region als Wohnort bleiben, sind latent Fremde im Sinne Simmels (1958 [1908]: 509), die zwar nicht einmal,

sondern immer wieder kommen, aber so dabei potenziell das Andere in die Gemeinschaft eintragen. Die Temporalisierung der Anwesenheiten am Arbeits- und Wohnort geht mit einer tendenziellen Be- und Entfremdung einher, was Zugehörigkeitsakklationen und daraufhin auch auf Gemeinschaft bezogenes Engagement erschwert.

In Dithmarschen spielen die Netzwerkaktivitäten wirtschaftlicher, politischer und sozialer Akteure eine ähnliche Rolle, das Engagement anhand aktueller Themen regional zu binden. Diese Themen sind neben der Energieproduktion, der Landwirtschaft, dem Tourismus, der Gesundheitswirtschaft und dem demographischen Wandel auch die Abgrenzung zu Dänemark. Bei letzterem setzt sich das historische Narrativ der widerständigen Bauernrepublik fort. Mit dieser Widerständigkeit wird heute auf die von vielen in der Region geteilte Einschätzung der Benachteiligungen und fehlenden Unterstützung bei regionalen Herausforderungen durch die Landespolitik reagiert. Demgegenüber betont die Thematisierung der Region als Heimat die soziale Vertrautheit, woran sich entsprechende Erwartungen an Handlungen wie etwa Handschlaggeschäfte knüpfen.

Intraregionale Grenzziehungen

Identität bezeichnet keine Wesenheit, sondern ist ein Mittel zur Differenzdarstellung. Regionen grenzen sich auf diese Weise für alle sichtbar von anderen ab. Jedoch zeigen die untersuchten Regionen auch Binnendifferenzen auf, die die identitäre Einheit der Region prekär erscheinen lassen. Als auffälligste Marker für diese Einteilung dienen naturräumliche Gegebenheiten. In der Wartburgregion dient etwa der heutige Fernwanderweg Rennsteig, der historisch schon eine Grenzmarkierung darstellte, zur Unterscheidung von Mentalitäten. Diese Mentalitäten begründen sich in den Erzählungen vor allem durch die parallel zum Rennsteig verlaufende Konfessionsgrenze, die historisch wiederum aus den oben erwähnten politischen Grenzen zwischen Thüringen und Franken resultierte. Ferner werden die vier Naturräume Thüringer Wald, Rhön, Hainich und Werratal als Teilregionen hervorgehoben. In der Wartburgregion wird vielfach zwischen der ländlichsten Teilregion, der Rhön, sowie den Städten Bad Salzungen und Eisenach unterschieden. Dies führt zu unterschiedlichen Bedeutungszuschreibungen. Diese sind für das Ringen um ein Selbstverständnis der Wartburgregion von virulenter Bedeutung wie der Besuch des Ersten Regionaltages zeigte. Neben der auf solchen Festen üblichen Ausstellung

regionaler Attraktionen, stellte der betont unpräventöse Auftritt des Landrates den Höhepunkt dar, der nachdrücklich an die Einheit der Region unter Einbeziehung des damals noch kreisfreien städtischen Zentrums Eisenach appellierte. Das dadurch im Vergleich mit den Kohltagen anders geartete, nämlich politisch aufgeladene Fest weist auf die geringe Selbstverständlichkeit als eine Region hin.

In Dithmarschen wird weniger scharf zwischen einzelnen Teilen, also der Küstenregion und dem Landesinneren, differenziert. Während die Küste mit der Nordsee das Landschaftsbild prägt, gilt die Meereswirtschaft wie etwa der Fischfang in der Region als zu vernachlässigen. Trotz Küstenlage bezeichnen sich die Dithmarscher als Bauernvolk. Die Siedlungsstruktur stellt einen weiteren Aspekt innerer Abgrenzung dar, was sich vor allem in der besseren Qualität der Mobilitätsinfrastruktur in den Städten zeigt. Doch ist die Selbstverständlichkeit individueller Motorisierung ein ausgleichender Moment dieser Differenz. Für beide Regionen gilt allerdings, dass Urbanität mit Modernität verbunden wird, weil in diesen Zentren bessere kommunikative Möglichkeiten wie Zugänge zu Personen und Netzwerken gegeben sind.

Fazit

Die Region als ein imaginiertes Gebilde, mit dem Gesellschaft auf den Raum zugreift, wird mit Aspekten der Landschaft, Bauwerken, historischen Persönlichkeiten und Erzählungen hergestellt. Auf diese Weise wird die Region beschrieben, aber auch räumlich manifestiert. Der Verweis auf diese Manifestierung legitimiert dann wiederum die bedeutende Beschreibung der Region.

Insgesamt treten im Vergleich der räumlichen Perspektiven beider Regionen zwei Zusammenhänge hervor. Zum einen ist dies der Zusammenhang zwischen den räumlich-materiellen Regionalankern in Form von Ereignissen, Personen, Institutionen oder landschaftlichen Charakteristika und den dadurch produzierten Identitäten. Zum anderen ist es ein Zusammenhang zwischen der regionalen Vergangenheit und Zukunft, beziehungsweise wie sich aus den jeweiligen Vergangenheiten zukünftige Ausrichtungen regionaler Prozesse ableiten und planen lassen.

Für beide Regionen ist das Periphere und dessen ambivalente Ausprägung der Ausgangspunkt für das Selbstverständnis. Das Periphere wird als Herausforderung problematisiert und gleichzeitig als Antriebskraft für etwas Neues und Zukünftiges genutzt. Während peripheres in Entwicklungszusammenhängen eher negativ

besetzt ist, wird Peripherie in Dithmarschen als Standortvorteil für Naherholung, Unberührtheit der Natur sowie energetische Unabhängigkeit thematisiert. Auch in der Wartburgregion stellen die voneinander abgegrenzten und peripheren Einzelbereiche eine naturnahe Vielfalt und mit der Bezeichnung „Grünes Herz“ eine vielfältige und integrierte Erholungslandschaft dar. Peripherie erfährt in beiden Regionen also positive Deutungen.

Identitätsstiftende Diskurse sind für eine räumliche Ausformung der beiden Vergleichsregionen prävalent. In Dithmarschen werden diesbezüglich zunächst historische Bezüge zu Widerständigkeit aufgegriffen. Dabei wird der Versuch sichtbar, sich als eigenständige Region von der Umgebung zu distanzieren und dabei die regionale Geschichte als etwas Bekanntes und Vertrautes aufrecht zu erhalten. Durch die Aufrechterhaltung eines spezifischen Geschichtsbezugs ist die Abgrenzung gegenüber anderen Regionen erst möglich. Dieses vergangenheitsbezogene Bild bezeichnet aber nur eine Seite des Selbstverständnisses. Einflussreiche Akteure der Region sind im Gegensatz auch oft bemüht, sich durch die Adaption und Neuausrichtung vorhandener Ressourcen (schützenswerte Küstenlandschaft, Produktion erneuerbarer Energien und landwirtschaftlich nachhaltig nutzbare Fläche) vom überholten Bild einer Bauernrepublik zu lösen. Das Ziel ist es, die Region an zukünftige Entwicklung anzuschließen und mit diesen Entwicklungschancen die Region zu stärken.

In der Wartburgregion stellt vor allem die DDR-Vergangenheit und die Wiedervereinigung eine starke Basis der Regionalidentität dar. Der arbeitsbedingte Pendelverkehr in die benachbarten westlichen Bundesländer ist dabei einerseits Indiz für die gefühlte Inferiorität, betont andererseits aber auch die Beständigkeit in der Wartburgregion. Gemeinsam mit diesem regionalen Beharren verknüpft sich die Belebung historischer Traditionsbestände und das Aufleben mittelständischen Handwerks, womit dem tendenziell negativen und regressiven Selbstbild ein zukunftsorientiertes gegenübergestellt wird, das in der Lage ist, Engagement für die regionale Entwicklung zu binden. Gleichzeitig führen aber auch intraregionale Trennungen entlang naturräumlicher, kultureller und siedlungsstruktureller Marker zur Binnendifferenz der Region. Diese innere Differenzierung kann als Perspektivenvielfältigung Grundlage vielfältiger endogener Optionen sein. Aber sie geht auf

jeden Fall mit diversifizierenden Debatten einher, was vor allem die regionale Governance in tragfähige Kompromisse auflösen muss. Als Herausforderung aber drängt sich die intraregionale Differenzierung – wie der Besuch des Regionaltags in der Wartburgregion zeigte – immer wieder auf die Tagesordnung. s

Beide Regionen überwinden also mit jeweiligen wirtschaftlichen und sozialen Trajektorien räumliche (und zeitliche) Abhängigkeiten, die sie in ihrer Entwicklung zurückhalten und ausbremsen. Gleichzeitig stellen gerade diese Abhängigkeiten Ausgangslagen und auch Mittel dar, um vorhandene Ressourcen in aktuelle Entwicklungsdiskurse einzubringen. Die Analyse des Materials weist in diesem Sinne immer wieder auf zukunftsgerichtete, optionenöffnende Regionalerzählungen: Die Regionalbevölkerungen bedienen sich der Regionalgeschichte und naturräumlicher Gegebenheiten und verbinden diese beiden Aspekte erfolgreich zu dem was eine Region bis dato ist und zukünftig sein will. Mit der Adaption verfügbarer Ressourcen wird an überregionale Entwicklungsdiskurse außerhalb der Region angeschlossen um dadurch langfristige und räumlich nachhaltige strukturelle Veränderungen und positive Entwicklungen, sowie Wohlstand und Mitbestimmung innerhalb der Region zu erreichen.

b) Zukunftsweisende Optionen – Innovativität der Regionen

Auf die räumliche Perspektive aufbauend ist die Nutzung verfügbarer Ressourcen und Identitätsbestimmungen im Regionalregime zentral für die Bestimmung der Möglichkeiten der regionalen Entwicklung und deren Umsetzung. Indem sich die Region als Kollektiv bestimmt und einem Raumausschnitt füreinander und in Abgrenzung gegenüber weiteren Regionen zuschreibt, reproduziert sie sich. Diese Reproduktion wird von permanent auftretenden und als relevant erkannten Informationen gestört. Solche Informationen drängen darauf, sie als Entscheidungsoptionen zu behandeln. Es geht dabei für den Zweck des Strukturerhalts nicht zwangsläufig um Veränderungen. Im Moment der Bestimmung von Optionen, stehen auch bis dahin schon realisierte Strukturen als Optionen zur Wahl. Neben der Bestimmung weiterer, noch nicht gewählter Optionen, entscheiden sich regionale Akteure darum auch häufig mit guten Gründen für bekannte, stabilitätsbewährte Elemente als Mittel für den Strukturerhalt.

Die Bestimmung der Optionen regionaler Entwicklung wird durch die Innovationsperspektive erfasst. Hier wird beobachtet, wie aufgrund endogener sachlicher, zeitlicher und sozialer Bezüge Optionalitäten durch die regionalen Akteure geschaffen werden. Optionalitäten markieren Handlungsspielräume für zukünftige Entwicklung. Insofern sind Optionen eine Voraussetzung für Erfolg. Allein der Verlust von Optionen markiert den Moment des Scheiterns (Junge 2004). Solange eine Vielzahl solcher Optionen bestimmt werden können, kann von einem großen Handlungsspielraum und wahrscheinlichem Erfolg ausgegangen werden. Indem auf diese Weise zukünftige Entwicklungen entscheidungsrelevant projiziert werden können, wird Zukunft selbst bestimmbar. Damit werden die Voraussetzungen von Innovationen im Sinne alternativer Strukturreproduktion adressiert, sodass hier Innovationen als Perspektive der Selbstbeobachtung, als Chancen regionaler Entwicklung durch die Akteure sichtbar gemacht werden. Aus regionaler Perspektive werden dabei globale Entwicklungen beobachtet und auf ihre Relevanz hin geprüft.

Soja (2009) beschreibt das als „new regionalism“, bei dem endogenes und exogenes Wissen aufeinander bezogen werden. Dabei gelingt es längerfristig die regionale Entwicklung in Bezug auf globale Einflüsse zu bestimmen. Auf diese Weise werden die endogenen sozial-räumlichen Prozesse aktiv gestaltet. Wissensbestände bewähren sich dabei in der Region, bleiben also auf die ein oder andere Weise hängen, und weisen in diesem Sinne „stickiness“ auf. Der Bezug auf die regionalen Charakteristika ist die Grundlage für die Bestimmung regional-relevanter Themen in Verbindung mit den kultur- und wirtschaftspolitischen Strömungen auf überregionaler und globaler Ebene. Im Anschluss an Soja wird im Folgenden zwei Fragekomplexen nachgegangen: Erstens geht es darum, welche globalen Wirkungsmechanismen regional als relevant bis problematisch aufgefasst, als Optionen begriffen und entsprechend ausformuliert werden. Dieser Abschnitt führt aus, wie Akteure regionale Zustände in übergeordnete Entwicklungsparadigmen einordnen. Er fragt weiterhin danach, welche globalen Wirkungsmechanismen regional als relevant oder gar problematisch gespiegelt, als Optionen aufgegriffen und zugespitzt werden. Zweitens geht es darum zu klären, welche Wissensbestände und welche Wissensbedarfe aus exogenen Quellen auf regionaler Ebene zur Bearbeitung der jeweiligen Herausforderungen bestehen und auf welche Weise Transfer-, Erhaltungs- und Umsetzungsprozesse (also Aneignung und Weitergabe durch Lehr- und

Lernprozesse) erfolgen. Damit schließt sich in diesem Abschnitt die Beschreibung konkreter regionaler Herausforderungen an, die sich aus den zuvor beschriebenen Wirkungsmechanismen ergeben beziehungsweise auf diese reagieren. Den Herausforderungen soll mit endogenem Wissen und Wissenstransfer auf regionaler Ebene begegnet werden, um für die jeweilige Region aus den Störungsmomenten zukunftsrelevante Handlungsoptionen zu generieren und so zu Möglichkeiten erfolgreicher Regionalentwicklung interpretieren. Der zweite Abschnitt geht also den Fragen nach, welche Wissensbedarfe und welche Wissensbestände zur Bearbeitung der regionalen Herausforderungen regional bestehen, auf welche Weise Transfer-, Erhaltungs- und Umsetzungsprozesse erfolgen und wie Wissen durch Lehr- und Lernprozesse bestimmt, angeeignet und weitergegeben wird.

Übergeordnete Wirkungsmechanismen als Ausgangsbedingungen für Reflexion

Wirtschaftlicher Strukturwandel

Die Wartburgregion und Dithmarschen weisen historisch unterschiedliche Entwicklungen auf, die auch aktuell und längerfristig prägend sind. Weniger die eigentliche regionale Lage als vielmehr die deutsche Teilung nach Ende des zweiten Weltkriegs und die Wiedervereinigung seit dem Fall der Mauer sind Ursachen der größten Unterschiede zwischen beiden Regionen. Über vier Jahrzehnte wirkten sich die politischen Verhältnisse der DDR auf alle Lebensbereiche in der Wartburgregion aus. Während die politischen Umstrukturierungen für die Wartburgregion einschneidender und spürbarer waren als für Dithmarschen, sind dennoch beide Regionen 30 Jahre nach der Wiedervereinigung gleichermaßen von Herausforderungen wie dem demographischen Wandel, oder dem Klimawandel betroffen. Im Vergleich zu anderen Regionen sind die Wartburgregion und Dithmarschen aber besser in der Lage, aus sich selbst heraus, also durch die Identifizierung, Bereitstellung und Nutzung endogener Ressourcen, Prozesse in Gang zu setzen, um insgesamt erfolgreich auf diese Herausforderungen zu reagieren.

In beiden Regionen haben Themen mit wirtschaftlicher Reichweite und praktischen Anschlussmöglichkeiten eine große Bedeutung. Diese werden mit Bezug auf Kompetenzen und Kapazitäten regionalspezifisch diskutiert und erhalten dadurch eine spezifische Ausformung. Dabei ist es wichtig, die regionalen Potenziale als Teil globaler Veränderungen oder als Reaktion auf diese abzubilden und in Wert zu setzen. So betten sich in Dithmarschen die Umformungen zu einer Energiewenderegion

oder einer Beispielregion für biologische Landwirtschaft auf den Klimawandel reagierend in globale Nachhaltigkeitsdiskurse ein. Handlungsvorstellungen zielen dabei auf erfolgreiche Ernährungssicherung und bedarfsorientierte, sowie umweltverträgliche Alternativen zur konventionellen Massentierhaltung ab. Nachhaltigkeitsbestrebungen beziehen sich dabei auch auf die Bewirtschaftung des Bodens.

In der Wartburgregion lässt sich anhand der zunehmenden Gründung von Forschungs- und Entwicklungsabteilungen in Firmen und deren thematische Angliederung an wirtschaftlich starke Unternehmen eine Reaktion auf eine globale Transformation zur Wissensgesellschaft erkennen. In dieser stellen Wissen und Datenbestände die neuen Rohstoffe der Zukunft dar. Hierfür besteht in der Wartburgregion ein Bedarf, seit diese sich vom seit der Wiedervereinigung eingenommenen Status der verlängerten Werkbank westdeutscher Unternehmen emanzipiert haben. Bei dieser Transformation korrespondiert die Einsicht in die Notwendigkeit für solche Strukturen mit den durch die wendebedingte De-Industrialisierung entstandenen Freiräume, die Platz für Nischen bieten. Durch die Implementierung und Integration von Forschungs- und Entwicklungsabteilungen in der Wartburgregion besteht die Möglichkeit Unternehmen dynamisch und flexibel zu gestalten. Um diesen Wandel zu realisieren, müssten die im Westen Deutschlands verorteten Unternehmensleitungen den Wissenstransfer für Betriebe in der Wartburgregion ermöglichen und unterstützen, wie einige Akteure anmerken. Gute Voraussetzungen für den Wandel bieten der allmählich abebbender Fachkräftemangel und eine wiedergewonnene Selbstsicherheit in der Region. Erhofft wird, dass auf diese Weise relevante Forschungs- und Entwicklungsabteilungen in der Wartburgregion als Impulsgeber zukünftiger Entwicklung geschaffen werden können.

Digitalisierung

In einer zunehmend vernetzten Welt wird das Thema Digitalisierung besonders für weniger zentralisierte Regionen relevant. Digitalisierung wird von regionalen Akteuren oft als Mittel verstanden, um räumlich-physischer Peripherie mit digitaler Zentralität entgegenzuwirken oder auszugleichen. An Beispielen wie Heimarbeit oder Telemedizin wird diese standortungebundene Zentralität deutlich. Digitalisierung der gesundheitlichen Versorgung im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel eröffnet den untersuchten Regionen Entwicklungschancen. Diese Chancen ergeben sich durch Angebote wie Videosprechstunden, wenn regelmäßige

Gespräche oder gesundheitliche Fachexpertise gefragt sind. Im Großen und Ganzen geht es darum durch technische Entwicklung zwei Auswirkungen des demographischen Wandels entgegenzuwirken: Zum einen wird die Bevölkerung zunehmend älter, was verstärkt Gesundheitsdienstleistungen und Versorgungsmöglichkeiten erfordert. Zum anderen werden auch praktizierende Ärztinnen und Ärzte älter, und es wird notwendig ein Personaldefizit auszugleichen, das in naher Zukunft durch Pensionierungswellen droht. Ein Anwendungsbeispiel für die Digitalisierung im Gesundheitsbereich ist ein Pilotprojekt zu sogenannten Telerucksäcken. Diese ermöglichen Hausbesuche und Basisuntersuchungen durch medizinisches Assistenzpersonal. Besteht die Notwendigkeit, können behandelnde Ärzte dann mit live-Videoschaltungen beratend hinzugezogen werden.

Um dem Raumbedarf für Wissens- und Technologieeinrichtungen mit leistungsfähiger Infrastruktur kostengünstig und effizient zu begegnen, bieten sich in beiden Regionen ehemalige Militärstandorte wie Kasernen an, die vor allem seit der Abschaffung der Wehrpflicht im Jahr 2011 kaum genutzt werden. In Dithmarschen ist dieser Leerstand und damit auch das Nachnutzungspotenzial wie oben erwähnt besonders groß. Die neuen Technologie- und Wissensstandorte benötigen einen Anschluss an leistungsfähige Datenübertragungsnetzwerke, um attraktive Niederlassungsoptionen für Akteure der Datenindustrie zu bieten. Im Zuge der Digitalisierung können auch vorhandene Dienstleistungen wie der öffentliche Personennahverkehr profitieren, indem dessen Attraktivität durch einfach zu erreichende neue Tarifangebote erhöht wird und damit zu einer Umgestaltung des Mobilitätsalltags beiträgt. In beiden Regionen rechnen Verwaltungseinrichtungen, Unternehmen aber auch Privatpersonen durch flächendeckende Digitalisierung von Kommunikations-, Mobilitäts- und Versorgungsnetzen mit positiven Entwicklungschancen.

Die Digitalisierung der Regionen stellt vor allem für junge Fachkräfte, die an einem Zuzug oder einer Rückkehr in die heimische Region interessiert sind, einen wichtigen Anreiz dar. Zurückkehrende Menschen sind in den Regionen für die Einwohnerstabilität aber auch durch das Einbringen von Wissen und Kompetenzen relevant. Während die regionale Digitalisierung Potenziale verkörpert, bestehen ihr gegenüber auch Vorbehalte. So wird in Dithmarschen der Bewahrung überschaubarer Strukturen und regionaler Vertrautheit ein großer Wert beigemessen. Diese

gewohnten Vertrauensstrukturen wie Handschlaggeschäfte, kurze (Geschäfts-)Wege oder andere Aspekte räumlicher, sozialer und historischer Nähe werden aus Sicht der Bevölkerung aufgrund zunehmender Digitalisierung gefährdet. In der Wartburgregion ist die Digitalisierung kein derart umstrittener Impuls: Insbesondere das traditionelle Handwerk des Instrumentenbaus kann durch eine internationale Marktausstrahlung seinen Kundenkreis erweitern. Die Digitalisierung fordert wegen dieses Potenzials die rasche Lösung der regionalen Defizite, um eine relevante Position im (inter-)nationalen Wettbewerb einnehmen und behaupten zu können.

Energiewende

Die vorhandenen räumlichen Ressourcen in Dithmarschen stellen eine Grundlage für die Erzeugung erneuerbarer Energie dar. Mit Windkraft- und Photovoltaikanlagen wird hier Strom erzeugt, der in Zukunft über Energietrassen wie den zum Teil umstrittenen „Südlink“ abgeführt werden soll. Das Großprojekt gilt etwa in der Wartburgregion als Ärgernis, da durch den Bau der Hochspannungsleitungen Eingriffe in die Naturgebiete befürchtet werden. Aus diesem Grund wird die Verlegung der Trasse nach Hessen gefordert. Aus Sicht der Region Dithmarschen bedeutet der Bau der Hochspannungsleitungen hingegen eine große Chance, an der Energiewende sowohl finanziell als auch hinsichtlich Nachhaltigkeit zu profitieren.

Dennoch gibt es auch in Dithmarschen seit längerem Protest gegen die Energieproduktion, und zwar gegen Windräder. Der Protest richtet sich vornehmlich gegen die Bevorteilung einer geringen Anzahl vermögender Investoren und Besitzer der Windräder bei gleichzeitig empfundener Benachteiligung eines größeren Bevölkerungsanteils. Ähnlich wie bei den Widerständen gegen die Durchführung des Großprojekts „Südlink“ in der Wartburgregion, treffen bei der Windkraft allgemeine Erwägungen, wie die Abkehr von fossilen Energieträgern, auf individuelle Belange.

Neben der Erzeugung erneuerbarer Energien stellt auch die potenzielle Umnutzung über Jahrzehnte vorhandener Energieinfrastrukturen wie der Raffinerie in Heide eine große Chance für die Region Dithmarschen dar. Neue Bereiche der Forschung und Entwicklung mit Fokus auf Energiespeichertechnologien oder der Herstellung synthetischer Kraftstoffe erweitern die regionale Wertschöpfungskette bezüglich Produktion, Nutzung und Transport erneuerbarer Energien.

Demographischer Wandel

Beide Vergleichsregionen sind von den Folgen des demographischen Wandels, das heißt Überalterung und Abwanderung, betroffen. Diese Tendenzen haben Leerstände und Fachkräftemangel zur Folge, gegen die gerade agglomerationsferne Regionen nur wenig resilient sind. Dennoch reagieren beide untersuchten Regionen aktiv auf diese Tendenzen, sodass sich einige Erfolge vorweisen lassen.

In der Wartburgregion wird der überproportionale Wegfall von Frauenerwerbstätigkeit nach der Wende als ein Auslöser für geschlechtsspezifische Abwanderung aus der Region genannt. Dieser Umstand führte auch zu fallenden Geburtenraten. Diejenigen, die blieben, begannen wegen der Arbeit in angrenzende (westliche) Bundesländer Bayern und Hessen zu pendeln. Auch in Dithmarschen erfolgt berufsbedingtes Pendeln über die regionalen Grenzen hinweg in die nahen Agglomerationen wie beispielsweise Hamburg. Das heißt einerseits, es gibt Gründe wie die Verfügbarkeit von Arbeit oder die bessere Bezahlung für das Verlassen der Region. Andererseits gibt es auch gute Gründe den Wohnsitz nicht zu verlegen, sondern in der Region zu bleiben. Hierfür werden in der Wartburgregion eine wiedergewonnene Selbstsicherheit der Bevölkerung aufgrund neuer Zuversicht in die Entwicklungschancen der eigenen Region genannt. In Dithmarschen wird als Bleibegrund, der landschaftliche Charakter, insbesondere die Küstennähe genannt, wodurch sich ein hoher Erholungsfaktor für die Wohnregion ergibt. Dafür wird das tägliche Pendeln zur Arbeit in Kauf genommen.

Dagegen ist die 1993 gegründete und seit 2000 in der Stadt Heide ansässige Fachhochschule Westküste (FHW) eine Strategie, mit der die Region Dithmarschen aktiv für mehr Zuzug von Menschen im erwerbsfähigen Alter sorgen will. Die inzwischen bundesweit bekannte Wissens Einrichtung weist starke Bildungs- und Forschungsaktivitäten im Tourismusmanagement auf, weshalb sie gerade in diesem Bereich stark vernetzt ist. Durch die FHW werden junge Menschen und Forschende mit Wissen und Expertise in die Region gezogen. Gelingt es der Region, diesen jungen und gut ausgebildeten Menschen durch attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten und Lebensbedingungen Zukunftsaussichten zu bieten, kann dem demographischen Wandel entgegengewirkt und die Region gestärkt werden – so die Absicht. Währenddessen verliert Dithmarschen einen Großteil der regionalen Arbeitskräfte als berufstätige Pendler an Agglomerationen wie Hamburg. Vorteilhaft ist, dass die FHW für

weitere regional verankerte Dienstleistungs- und Industriebereiche ausbildet, etwa mit Studiengängen zum Wirtschaftsingenieur und zu nachhaltigkeitsorientierter Technik. Aber auch Einrichtungen wie das Westküstenklinikum (WKK) in Dithmarschen spielen für den Umgang mit dem demographischen Wandel eine wichtige Rolle: Hier wird im Gesundheitsbereich ausgebildet und gleichzeitig werden Dienstleistungen in der Gesundheitswirtschaft und der Versorgung angeboten.

In beiden Regionen wurde neben Zuzügen auch von Rückwanderungen in die Region berichtet. Hierfür gibt es unterschiedliche Gründe. Während sich in der Wartburgregion lange eine Tendenz der Abwanderung vor allem von jungen Menschen aus Mangel an Beschäftigungsangeboten zeigte, scheint sich dies in den letzten Jahren umzukehren. Menschen sehen zunehmend Zukunftschancen in der Region, indem sie eine Ausbildung vor Ort absolvieren oder nach einer Ausbildung außerhalb wieder in die Wartburgregion zurückzukehren. In der Region Dithmarschen ist die steigende Verfügbarkeit von Ausbildungseinrichtungen und Wissensinstitutionen noch deutlicher zu erkennen, die zur Rückkehr ermutigt.

In Zusammenhang mit Zuzug oder Rückkehr spielt in Dithmarschen das Thema Familie eine wichtige Rolle. Das Familiäre ist in diesem Fall in zweifacher Hinsicht zu verstehen: Zum einen geht es tatsächlich um familienbiographische Ereignisse wie Familiengründung und Nachwuchs, für die die Region ein attraktives Umfeld bietet etwa durch günstiges Bauland oder als attraktive Landschaften. Dithmarschen stellt für viele Zurückkehrende aber auch ein vertrautes und sicheres und in diesem Sinn familiäres Umfeld dar. Die Rückkehrer entscheiden sich daher bewusst und oft auch ohne konkrete Karrierechancen wieder in die Region zu ziehen, da sich hier Vertrautheit mit Chancen für die zukünftige Lebens und Familienplanung verbinden.

Ambivalenz zwischen Tradition und Zukunftsvisionen

Aufgrund langanhaltender politischer, industrieller und wirtschaftlicher Entwicklungstrends haben sich in beiden Untersuchungsregionen Pfadabhängigkeiten ausgebildet. Mit Bezug auf die Raumperspektive oben finden sich in beiden Regionen neben den historischen Bezügen politischer, industrieller oder wirtschaftlicher Themen, jeweils auch räumliche Komponenten dieser Themen wieder. So wirkt die innerdeutsche Trennung auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung in vielen Bereichen und den jeweiligen Schlüsselinstitutionen noch nach, was anhand

kulturhistorischer und materieller Anker deutlich wird. Nach der Wiedervereinigung stand Deutschland vor der Aufgabe, die verschiedenen Strukturen in fast allen gesellschaftlichen Bereichen bei der politischen Administration, rechtlichen Regelung, und wirtschaftlichen Abläufen unter den Bedingungen der immer engeren globalen Verknüpfung in eine gemeinsame Struktur zu transformieren.

In dieser Situation waren sichere Bezüge auf vorhandene kulturelle und landschaftliche Ressourcen wie Tradition und Natur in Dithmarschen und der Wartburgregion die Grundlage für touristische Nutzungskonzepte. Nicht nur wurden die bekannten Wahrzeichen erneut als Besichtigungsziele inszeniert, sondern die eigene Geschichte nach dem touristischen Wert im Sinne einer Umnutzung überprüft und begreifbar gemacht. Beispiele dafür sind in der Wartburgregion die Umnutzung des ehemaligen Grenzstreifens in Form einer Mahn-, Gedenk- und Begegnungsstätte sowie als Fernwanderweg innerhalb des „Grünen Bandes“. Für die Wartburgregion wurden außerdem verschiedene, teilweise konkurrierende Traditionsbezüge entwickelt, nämlich Musikregion, Region der Reformation oder Region der Romantik, die ebenfalls als touristische Themen aufbereitet wurden. In Dithmarschen stellen die oben genannten historischen Bezüge zur widerständigen Bauernrepublik und zur Schlacht bei Hemmingstedt im Jahr 1500 einen wichtigen Rahmen für die regionale Identität der Bevölkerung dar, der als touristisch nutzbar erkannt wurde. Doch zeigt sich in Bezug auf die aktuellen Bestrebungen der Region, sich als zukunftsgerichtete Energiewenderegion oder auch nachhaltige biologisch-landwirtschaftliche Erzeugerregion darzustellen, ein Widerspruch zwischen Traditions- und Zukunftsorientierung. Während touristische Führungen entlang der ehemaligen Frontlinien um Hemmingstedt angeboten werden, rücken global-politische Veränderungsprozesse und Szenarien durch die Digitalisierung und globale Vernetzung näher an die Region heran. Besonders bei der jüngeren Bevölkerung sind diese deutlich präsenter als die historischen Erzählungen. Der Widerspruch zwischen Traditionsbewusstsein und Zukunftsvisionen macht deutlich, wie differierende Einstellungen zur geschichtlichen Entwicklung und Kontinuität auch Optionen in Form regional verhandelter Themen bergen, mit denen die Regionen potenziell zu stärken sind. Am Beispiel der Neuausrichtung der Landwirtschaft in Dithmarschen lässt sich ein Versuch ablesen, die Ambivalenzen zwischen Tradition und Zukunft zusammenzubringen und regionale Potenziale, wie eben eine historisch begründete Stärke im primären

Sektor neu zu kontextualisieren und nutzbar zu machen. Auch global kann das Thema bezüglich Ernährungssicherung und Export mit angrenzenden Themen wie umweltgerechter und nachhaltiger Lebensmittelproduktion verknüpft werden.

Wissen – Bestimmung von Mitteln für die Bewältigung regionaler Herausforderungen

Neue politische und organisationale Ausgangsbedingungen

Die jüngere Geschichte der Wartburgregion als ehemaliger Teil der DDR markiert den wichtigsten Unterschied zur Vergleichsregion Dithmarschen. Wende und Wiedervereinigung sind Ausgangspunkte der Schilderungen über die wirtschaftsstrukturellen Defizite und den sich daraus ergebenden Wissensbedarfen in der Wartburgregion. Diese werden als Bedingung für den Fortbestand sowie die Neugründung von Unternehmen erkannt. Durch die Wiedervereinigung und die anschließende Transformation mussten irrelevant gewordene berufsbezogene Wissensbestände ersetzt werden. Um unter Marktbedingungen im Konkurrenzkampf zu bestehen, waren die regionalen Unternehmen und die Wirtschaftspolitik insbesondere auf Managementwissen angewiesen, da das fachliche Wissen insbesondere in den handwerklichen Kleinunternehmen seine Relevanz behielt. So konnten bestimmte Fertigkeiten auch nach dem Ende eines wirtschaftspolitischen Systems weiter ausgeübt, beziehungsweise als Grundlage für neue Tätigkeiten genutzt werden. Die mit der Wiedervereinigung in der Wartburgregion eingeführten politischen und administrativen Strukturen erwiesen sich als Möglichkeiten, notwendiges neues Wissen anzueignen und auszuprobieren. So konnte endogenes, tradiertes Wissen zu bisherigen Verfahrensweisen in neuen Kontexten erprobt und dadurch neue Handlungsoptionen erzeugt werden.

Oft kann eine aktive Bürgerschaft Initialfunken setzen, um neuartige Ideen aus der Nische heraus zu entwickeln und in die Öffentlichkeit einzubringen. Dafür sind jedoch bestimmt wirtschaftliche, politische und soziale Rahmenbedingungen notwendig. Im Energiesektor war etwa die Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes eine solche Rahmenbedingung (Roessler & Hassler, 2019), die es auch der Region Dithmarschen ermöglichte, die Produktion erneuerbarer Energien voranzutreiben. Für die Landwirtschaft stellt das Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft eine wichtige politische und rechtliche Rahmenbedingung, sowie realistische Optionen nachhaltiger Bewirtschaftung dar.

Während Optionen also durch endogene Impulse bestimmt werden, bedürfen sie auch überregionaler, rechtlicher, politischer, finanzieller und sozialer Rahmenbedingungen, um als Innovationen, nämlich strukturell folgenreiche Änderungen verwirklicht zu werden. Nur wenn sie sich zu vorhandenen relevanten Strukturen als passfähig erweisen, können sie sich über einen längeren Zeitraum durchsetzen.

Dazu wurden in der Wartburgregion wie auch in Dithmarschen alternative Unternehmensformen ausprobiert. Zum Erhalt unternehmerischer Unabhängigkeit und Optionsvielfalt unter Bedingungen globalisierter Konkurrenzdynamiken, wurden in beiden Regionen im letzten Jahrzehnt vermehrt alternative Organisationsstrukturen wie Genossenschaften und Gemeinschaftszusammenschlüsse revitalisiert. Diese finden in den verschiedensten Bereichen wie Gesundheitswirtschaft, Energieproduktion oder landwirtschaftlicher Erzeugung Anwendung.

Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen

Um für regionale Herausforderungen Handlungsoptionen zu erstellen, sind Einrichtungen wie Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen für Produktion, Verhandlung und Austausch von Wissen von großer Bedeutung. Im Gegensatz zu Universitäten stellen (Fach)Hochschulen durch ihren Praxisbezug starke Verknüpfungsmöglichkeiten in Form von Kooperationsprojekten zu regionalen Unternehmen dar. Es zeigt sich, dass die Verbindungen zur Praxis besonders dann zielführend sind, wenn das Forschungs- und Lehrportfolio der Einrichtungen regional relevante Handlungsbereiche aufgreift und durch Wissensimplementierungen stärkt. Auch öffentliche Angebote, wie Vorlesungen für Seniorinnen und Senioren oder die allgemeine Bevölkerung, ermöglichen regionalen Wissenstransfer. Darin unterscheiden sich die duale Hochschule in Eisenach und die Fachhochschule Westküste in Heide jedoch, sodass nicht nur ihre thematische Ausrichtung, sondern auch ihre Relevanz und Reichweite für regionale Entwicklungsmöglichkeiten variiert.

Während die Fachhochschule Westküste in Dithmarschen von allen dort Befragten als sehr wichtige und zentral-koordinierende Institution bezeichnet wurde, findet die Duale Hochschule Eisenach in der Wartburgregion nur wenig Erwähnung und hat einen geringen Stellenwert. Dennoch wird dem Netzwerk für Wirtschaftsförderung der Hochschule in Eisenach ähnlich wie dem Förderforum der Fachhochschule

Westküste eine wichtige Rolle zugemessen. Beide Institutionen fördern die Vernetzung zwischen Hochschule und regionalen Unternehmen, indem Forschungsprojekte oder Produktentwicklungen über Kooperationen ermöglicht werden. Der Wissenstransfer zwischen regionalen Akteuren erfolgt dabei endogen und bezieht sich auf für die jeweilige Region relevante Themen. Dadurch, dass Vernetzungsformate wie ein Karriereservice oder ein Berufe-Markt praktische Anwendungsmöglichkeiten von Fachexpertise aufzeigen, werden nicht nur wissensorientierte Akteure durch Expertise-Vermittlung gestärkt. Vielmehr findet eine Komplementierung praktisch und theoretisch ausgerichteter Akteure statt, die sich thematisch austauschen.

Eine Stärke der Fachhochschule Westküste besteht in der Ausbildung von Managementkompetenzen und der Verzahnung dieser Kompetenzen im Tourismusbereich der Region Dithmarschen. Der Ausbau regionaler Tourismusstandorte am Beispiel Büsum erfolgt durch eine starke Vernetzung der FHW in der Region. Die Institution wirkt dabei als Mittler und greift Themen wie Umweltschutz und Nachhaltigkeit auf oder beteiligt und integriert Bewohner beim Bau von Hotelinfrastruktur. Anhand der Interviews in der Region Dithmarschen wurde deutlich, wie der Ort Büsum aus jahrzehntelanger Erfahrung und auch den Entwicklungsfehlern anderer Regionen lernte, und diese Kompetenzen dann in der eigenen Region anwenden konnte. So soll eine sogenannte „Syltifizierung“ (IDM130319), das heißt, die touristische Überentwicklung und daraus resultierende Verdrängungen für die Bevölkerung vermieden werden. Die FHW unterstützt touristische Akteure oftmals mit Untersuchungen oder Gutachten zur Nutzerakzeptanz touristischer Angebote oder bei anderen Fragen zu Regionalmarketingkonzepten, ökologischer Verträglichkeit, Zielgruppenidentifizierung oder der Identifizierung von Servicelücken. Die Nutzung dieses Potenzials der FHW, nämlich der Erfahrungen und des Wissens, unterstützt die Gemeinden. Diese müssen dafür genügend Freiheiten in der Planung touristischer Ideen gewähren und diese unter Beachtung der regionalen Geschichte und Kultur sowie dem Einbezug der Bevölkerung aktiv umzusetzen.

Netzwerke und Zivilgesellschaft als Wissensquelle

In beiden Regionen wurden große Netzwerkbeteiligungen für die Bereiche Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur, Soziales und Tourismus festgestellt. Neben einer allgemeinen Vernetzung einzelner Sektoren betonen die interviewten Akteure beider Untersuchungsregionen besonders Gewerbe und Dienstleistungen. Akteure wie die

regionale Wirtschaftsförderung oder die Industrie- und Handelskammer versuchen, regionale Betriebe untereinander sowie mit Wissens- und Ausbildungsinstitutionen zu vernetzen. In Dithmarschen wurde dazu der Austausch von Fachkräften zwischen unterschiedlichen Betrieben erwähnt. In der Wartburgregion sollen Veranstaltungen wie der Berufe-Markt oder der Unternehmertag die Vernetzung vorantreiben und intensivieren. Förderungen in den Regionen lassen sich also gerade durch Wissens- und Ausbildungsinstitutionen gut implementieren. Diese sind nicht nur in der Lage Themen vorzugeben, sondern auch eine langfristige Anlage des Wissens in Form von Beschäftigung in der Region zu ermöglichen.

Während Netzwerke in Dithmarschen integriert und auch themenübergreifend zusammenarbeiten, birgt die intraregionale Nord-Südtrennung in der Wartburgregion Schwierigkeiten für eine Zusammenarbeit. In Dithmarschen zeichnet sich hingegen eine regionale Überladung durch Netzwerke ab. Das heißt, es gibt viele Gruppen und Initiativen, die sich auf unterschiedlichen institutionellen Ebenen mit denselben oder sehr ähnlichen Themen beschäftigen. Zur Unterstützung fast aller regionalen Akteure wäre es wichtig, existierende Netzwerke zu koordinieren und deren Zusammenarbeit zu stärken, um Wissen und Kompetenzen zu teilen. Auf diese Weise können vorhandene Ressourcen gebündelt und nachhaltiger genutzt werden. An der Diskussion zeigt sich, dass es bei den Netzwerken um Perspektivänderungen und eine breite Beteiligung von Interessensgruppen geht. Ein positives Beispiel dieser Kombination ist die Bemühung um ein gemeinsames Tourismuskonzept in Dithmarschen. Dies hat sich als eine nachhaltige Handlungsoption herausgestellt, da die einzelnen Interessensgruppen auf unterschiedliche Weise vom selben Ziel profitieren. Für eine positive Netzwerkwirkung wird darum betont, dass ein solches Tourismuskonzept die Themen einzelner Akteure wie etwa nachhaltigen Konsum in der Hotelwirtschaft oder Umwelt- und Naturschutz bei Wanderexpeditionen beachtet und deren Umsetzung gesetzlich verankert. Um die Wirksamkeit der Ideen und Impulse sowie deren Akzeptanz zu erhöhen, wird außerdem die Bevölkerung aktiv eingebunden.

Für die Wartburgregion spielen in ähnlicher Weise sogenannte neue Allianzen eine Rolle, um wirtschaftliche Prozesse zusammen mit sozialem Ehrenamt zu stärken. Dabei werden so verschiedene Akteure wie die freiwillige Feuerwehr und der

Karnevalsverein mit der Wirtschaftsförderung zusammengebracht. Mit solchen und weiteren Netzwerken wird in der Wartburgregion über die Konkurrenzdynamiken hinaus die sachorientierte Zusammenarbeit gefördert. Einzelnen Akteuren stehen in diesen Netzwerken vielfältige Ressourcen zur Verfügung.

In Dithmarschen wird angestrebt, neue Arbeitsplätze auf Grundlage von Bedarfen zu schaffen und die Verfügbarkeit dieser Beschäftigungsmöglichkeiten auch außerhalb der Region als attraktiv zu bewerben. Dies ist besonders wichtig, um junge Menschen aufgrund der Beschäftigungsmöglichkeiten zum Zu- oder Rückzug in die Region zu überzeugen. Insbesondere für jene, die gewerbliche Gründungsabsichten tragen, wird die Installation von Lotsenfunktionen auf regionaler Ebene angeregt, um sie mit den regionalen Strukturen vertraut zu machen und zu unterstützen. Dabei sollen ihnen bestimmte Plattformen und Netzwerke zur Verfügung gestellt werden, um ihnen den Einstieg in die Region zu erleichtern. Diese Lotsenfunktion wird in Dithmarschen von der Wirtschaftsförderung überregional beworben. Die Region versucht also gerade den wirtschaftlichen Bereich mit Öffentlichkeitsarbeit und Willkommenskultur zu verbinden, um die Attraktivität der Region für potenzielle Jungunternehmer zu steigern.

Fazit

Innovativität ist in dem Sinne eine Charakteristik erfolgreicher agglomerationsferner Regionen, als diese auf die bewahrende oder vermehrende Bestimmung von Optionen für zukünftige Entwicklungen verweist. Diese Optionen müssen unter Berücksichtigung endogener Ressourcen und exogener Bedingungen erkannt und über die Debatten verschiedener Stakeholder in den Regionaldiskurs gelangen, wenn sie umsetzungsfähige Relevanz entfalten sollen. Für die Analyse wurden einerseits die Aussagen der interviewten Regionalakteure analysiert, mit denen aktuelle regionale Entwicklungen und Vorhaben in Relation zu überregionalen und globalen Trends und Themen gesetzt werden.

Dabei wurden Themen benannt, die sich als Probleme wirtschaftlichen Strukturwandels zusammenfassen lassen. Zwei gegenläufige Strategien traten dabei hervor, nämlich zum einen die Erweiterung vorhandener Strukturen durch alternative Impulse und zum anderen die Entwicklung alternativer Strukturen in Nischen durch solche Impulse. Beide Strategien verlaufen eher parallel, als dass es in den

untersuchten Regionen zu absichtsvollen Verknüpfungen kommt. Einerseits setzen die Impulse an bewährten Strukturen an und verändern diese inkrementell. Solche Impulse erscheinen als regional relevant, weil damit vorhandene Strukturen an aktuelle überregionale Entwicklungstrends angeschlossen werden. Die regionale Aufnahme von Entwicklungsimpulsen kann aber auch durch die Nutzung vorhandener Nischen als Experiment erfolgen, die den Bestand nicht gefährden, aber eventuell größeres Veränderungspotenzial versprechen, das heißt radikaler erscheinen (Jöstingmeier, John 2018). Endogene Ressourcen der Region, deren Funktion obsolet wurde, ermöglichen die begrenzte Aufnahme exogener Impulse, die einerseits Potenzial aufweisen, aber keinen breiten Anschluss finden. Diese Strategien werden bei weiteren Themen je nach vorhandenen Strukturbedingungen der untersuchten Regionen deutlich. In beiden wird die Digitalisierung als ein distanzunabhängiges Kommunikationsmittel erkannt. Einerseits werden Nischen bereitgestellt, um die sich daraus ergebenden unternehmerischen Impulse geschützt entfalten zu können, andererseits wird Digitalisierung von etablierten Unternehmen zur Erweiterung ihrer Reichweite übernommen.

Ein weiteres wichtiges Zukunftsthema in einer der untersuchten Regionen, Dithmarschen, ist die Energiewende. Sie wird in der Region als eine Chance für die vorhandenen energiewirtschaftlichen Strukturen begriffen, die die landschaftlichen Voraussetzungen nutzend erneuerbare Energie produzieren und Energiespeichertechniken sowie synthetische Kraftstoffe entwickeln. Jedoch wird diese Chance von verschiedenen Akteuren hinsichtlich der Verteilung des Profits und der Kosten unterschiedlich bewertet. Die Wartburgregion bietet keine räumlichen Voraussetzungen, sich produzierend an dieser Entwicklung zu beteiligen. Darum bestimmen dort allein die Kosten aus Anlass der geplanten Trassenführung des „Südlink“ die Diskussion. Außer Frage steht bei der Diskussion die Notwendigkeit nachhaltiger Energiegewinnung. Deren Nutzung aber wird in beiden Regionen von der Debatte um die ungleichen Auswirkungen dieses Entwicklungsimpulses belastet. Inwiefern sich diese Debatten durch breite Partizipation lösen lassen, ohne dass es bloß zur Abwehr oder Verhinderung kommt, bleibt noch dahingestellt. Notwendig scheinen Verbindlichkeit schaffende Verfahren der politischen Willensbildung, die auf die Herstellung von Kohärenz der verschiedenen Perspektiven hinausläuft (Akgün et al. 2012), wobei es etwa in Dithmarschen gelingen muss Synergien zwischen den

Akteuren in den Bereichen Energiewirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus herzustellen. Inwiefern dies gelingt, hängt von der Organisation der regionalen Governance als drittem Element des Regionalregimes ab.

Ein weiteres maßgebliches Thema in beiden untersuchten Regionen ist der demographische Wandel, der typischerweise die Entwicklung agglomerationsferner Regionen negativ zu bestimmen droht. Dieses Thema äußert sich als Gefahr des Verlustes von Fachkräften und deren Wissen. Diese Entwicklung verringert die Chancen, Impulse produktiv aufzunehmen und führt zu einer Einschränkung von Zukunftsoptionen. Darum werden in beiden Regionen Anstrengungen zur Attraktivitätssteigerung unternommen, die insbesondere die Stärkung der Daseinsvorsorgestrukturen und Dienstleistungsangebote für eine alternde Gesellschaft umfasst. Damit werden vor allem in Dithmarschen zugleich weitere regionale Option verbunden. Indem daraufhin Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region geschaffen werden, bieten sich auch Möglichkeiten für jüngere Generationen. Damit sollen Gründe für Zuzug und Rückkehr in die Region gegeben werden. Die Attraktivitätssteigerung zielt in beiden Regionen darauf ab, das arbeitsplatzbedingte Auspendeln tendenziell zu verringern und den damit implizierten Wissensverlust zu begrenzen oder sogar umzukehren und spezielles Wissen zu bündeln.

Bei der Begegnung dieser Herausforderungen wird die Ambivalenz zwischen Tradition und Zukunftsvisionen in beiden Regionen deutlich. Diese Ambivalenz besteht darin, dass eine Zukunftsorientierung die Abkehr von bestimmten regionalen Traditionsbeständen voraussetzt. Gleichzeitig stellt regionales Traditionsbewusstsein und die Berufung auf eine traditionelle Regionalidentität den Grundstein für zukünftige Entwicklung durch Neuausrichtung vorhandener Kompetenzen und Ressourcen (zu denen auch die Regionalidentität gehört) dar. Tradition als Vertrautheit stellt eine Ressource dar von der aus geschützt Optionen bestimmt werden können, die wiederum als Alternativen Traditionsbrüche provozieren können. Diese Ambivalenz gilt es miteinander zu vermitteln.

Diese Vermittlung, die nur über Strukturen der Governance erfolgen kann, wird in den unmittelbaren Reaktionen auf die Impulse durch die Bestimmung darin liegender Chancen, abgeleiteter Bedarfe und nötig erscheinender Maßnahmen vorbereitet. Die Vermittlung erfolgt über verschiedene Themen und daran anknüpfende

Interessen unterschiedlicher Stakeholdergruppen. Dies wird über Hochschuleinrichtungen organisiert und in Netzwerken geleistet, die über weitere Institutionen wie die Wirtschaftsförderung oder Verbände gekoppelt sind. Hier werden auch verschiedene Themen miteinander gekoppelt und Synergien erzeugt, wobei regional relevantes Wissen aktualisiert, neues Wissen transferiert oder erzeugt wird. Wissen ist sowohl Ressource, um weitere Optionen bestimmen zu können als auch Mittel, um diese zu verwirklichen. Für die Umsetzung des Wissens sind wiederum Nischen als Experimentierräume von Bedeutung, etwa wenn diese für unternehmerische Zuwanderer oder Rückkehrer durch regionale Lotsen zur Verfügung gestellt werden (siehe dazu Hahne 2015). Nicht nur die regionalen Anlaufstellen leisten eine Einbindung von Engagement und Wissen, sondern auch die Netzwerke als Vermittlungsgelegenheit von Perspektiven und Themen. Damit wird hinsichtlich der potenten Ressourcen gemeinsames Handeln abgestimmt, Organisationsformen entwickelt sowie Qualitätsziele formuliert und erprobt (siehe dazu auch Kropp 2017). In der Region Dithmarschen wurden als neue Organisationsformen etwa Energie- oder Landwirtschaftsgenossenschaften gegründet, die die Voraussetzung zur Umsetzung der bestimmten Optionen bereitstellen.

c) Aushandlung über Optionen – Governance der Region

Innovativität als regionales Entwicklungspotenzial bildet sich über die von den Regionalakteuren auf Grundlage der regionalen Ressourcen bestimmten Optionen ab. Je mehr Optionen in den thematischen Debatten bedeutsam werden, desto größer sind die Handlungsmöglichkeiten bei der endogenen Entwicklung der Regionen und ihre Innovativität. Solche Optionen werden von den verschiedenen regionalen Akteuren aus jeweiligen Positionen und Interessen heraus bestimmt. Von daher sind diese Optionen vielfältig, aber miteinander unvermittelt. Widersprüche und deren Auflösung sowie synergetische Kombinationen müssen zunächst ermittelt und eingerichtet werden, sodass über die Optionen entschieden werden kann. Erst dann kann die Innovativität der Optionen tatsächlich als Innovation im Zuge endogener Regionalentwicklung realisiert werden.

Die Aushandlung und Entscheidung über die Optionen wird im Regionalregime anhand von Prozessen der Governance sichtbar. Governance wird seit den 1980er Jahre vor dem Hintergrund eines Verlusts nationalstaatlicher Steuerungsmacht

verstärkt als Alternative zu staatlich-administrativer Politik und Steuerung diskutiert – zunächst auf globaler, inzwischen auch auf regionaler und lokaler Ebene. Darunter wird häufig eine politische Entscheidungsfindung verstanden, die auf verschiedenen Ebenen der Öffentlichkeit vermittels unterschiedlicher Formate wie lose Partizipation, Netzwerkdebatten, Konsultationen zwischen Verwaltungs- und anderen Akteuren bis hin zu politischer Verantwortungsübernahme erfolgt (Hooghe und Marks 2003). Insofern bezeichnet Governance keine Politik jenseits des Staates. Es handelt sich vielmehr um einen Begriff, mit dem die Reduktion des Politischen auf den Staat des 20. Jahrhunderts verabschiedet und dessen begrenzten Kapazitäten Rechnung getragen wird (Rüb 2020). Insbesondere die Steuerung ist damit adressiert, die auf Konsensfindung aller beteiligter Akteure hinausläuft. Diese Akteure verfügen über unterschiedliche Legitimation, die von privaten bis öffentliche Interessen reicht. Doch erst staatlich-administrative Einrichtungen versorgen Governance mit legitimatorischer Verankerung über Mechanismen von Wahlen und rechtlicher Absicherung. Zugleich aber versorgen sich auch staatlich-administrative Einrichtungen über situative Legitimation aufgrund der Beteiligung betroffener Akteure bei Entscheidungsfindungen. Durch Governance werden die institutionellen Regeln von Politik und Verwaltung in Netzwerken tendenziell gleichwertiger Akteure ohne staatliches Primat flexibilisiert. Diese kooperativen Netzwerke stabilisieren ihr regelhaftes Funktionieren unter Abbau der Differenz zwischen Regierung und Opposition. Dadurch wird dem tendenziellen Verlust von Ordnungsmustern und deren gesellschaftlicher Verbindlichkeit entgegengewirkt. (Rüb 2020: 522) Auf diese Weise wird Steuerung angesichts komplexer und dynamischer gesellschaftlicher Verhältnisse möglich. Dies entspricht auch den Vorstellungen Stones (1989, 1993) zum urbanen Regime.

Im Folgenden wird gezeigt, wie die im Kontext ermöglichender und blockierender Rahmenbedingungen aufgrund räumlich-materiellen und diskursiven Ressourcen bestimmten Optionen verhandelt, entschieden und umgesetzt werden. Es geht darum zu klären, welche Rolle Rahmenbedingungen, Interessen, Machtverhältnisse und Kompromisse bei der Entscheidung über Optionen in den Vergleichsregionen haben, welche Akteure und Strukturen der Governance in den Regimen der untersuchten Regionen erkennbar werden, und wie diese über regional verbindliche Entscheidungen zukunftsichernde Entwicklungen ermöglichen.

Zunächst wird erörtert, welche regional relevanten Themen aufgegriffen und zur Eröffnung von Zukunftsoptionen bearbeitet werden. Hierzu gehören verschiedene Umgangsweisen wie die Verknüpfung von Themenaspekten (im Sinne von Anhängen an Zugmaschinen), um verwandte Ziele durch Synergieeffekte leichter und schneller erreichen zu können. Da variierende Interessen oftmals zu Konflikten führen, müssen Themen aber auch voneinander abgelöst werden, um thematische Blockaden aufzuheben und die Themen verhandelbar zu machen. Durch die Trennung von Themenbereichen können einzelne Debatten der regionalen Governance höhere Flexibilität und Agilität erreichen. Die Erleichterung kann durch die Delegation an spezielle Ausschüsse und Entscheidungen treffende Instanzen (sachliche Ebene), durch eine zeitliche Verschiebung von Konfliktaspekten auf einen (un)bestimmten Zeitpunkt (was auch zu einer Erledigung und Lösung der Herausforderungen führen kann) (zeitliche Ebene), oder durch die Einbindung alter und neuer Engagement Formen erfolgen, um die Themenbearbeitung durch Zusammenarbeit zu erleichtern (soziale Ebene). Die Fragen hier lauten also: Welche zu verhandelnden Themenbereiche existieren in den Regionen? Welche Konflikte entstehen durch die Bearbeitung und Verhandlung der Themen? Und wie können diese Konflikte bearbeitet und im besten Fall aufgelöst werden, indem Themen kombiniert und Synergieeffekte genutzt oder Themen dividiert und dadurch Problemaspekte aufgeklärt werden?

Auf Grundlage der etablierten Themen und ihrer Kombination oder Differenzierung wird im zweiten Teil erörtert, wie diese Kombination oder Differenzierung in Form von Kommunikations- und Aushandlungsprozessen von statten geht. Der zweite Teil beleuchtet die von Akteuren in Aushandlungsprozessen eingenommenen Rollen, mit diesen einhergehende horizontale (gemeinsame Lösungen) und vertikale (konkurrierende Lösungen) Kommunikations- und Machtverhältnisse, sowie die Generierung und langfristige Sicherung von Handlungsoptionen durch Partizipation und Engagement. Zu den Akteursrollen gehört es, Prozesse zu initiieren, über die Möglichkeiten von Umsetzungen zu entscheiden und die Prozesse tatsächlich durchzuführen. Wichtig ist dabei, dass die Rollen nicht ausschließlich von einzelnen Akteuren eingenommen werden müssen, sondern dass einzelne Akteure je nach Thema und Aushandlungsprozess auch mehrere Rollen gleichzeitig ausführen können. Gelingt es, die Partizipation der regionalen Bevölkerung zu steigern und

Interessensgruppen argumentativ vom Entwicklungspotenzial zu überzeugen, ist dies ein Erfolgszeichen.

Differenzierung und Kombination regionaler Handlungsfelder über Themen – Von Konflikten zu Synergien

Regionale Netzwerke orientieren sich an Handlungsfeldern und debattieren über entsprechende Themen. Sind diese Themen von besonderer regionaler Relevanz, werden sie von verschiedenen Netzwerken aufgegriffen, was zu Überschneidungen regionaler Akteursgruppen und Stakeholder führt. Die Bestimmung von Potenzialen bei der Neuausrichtung vorhandener Ressourcen erfolgt aus verschiedenen Perspektiven gleichzeitig. Durch die Kopplung der Debatten über die beteiligten Akteure lassen sich diese Themen mit weiteren Themen aus den jeweiligen Netzwerken verbinden, wodurch sich wiederum Optionen regionaler Entwicklung gewinnen lassen.

Die Sicherung der Daseinsgrundfunktionen werden in beiden Untersuchungsregionen zu solchen Kopplungsthemen. Ihre Relevanz ergibt sich aus der Notwendigkeit, die Handlungsfähigkeit und die Versorgung der Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Bei der optionalen Bestimmung zukünftiger Verwirklichungsmöglichkeiten einzelner Daseinsgrundfunktionen entstehen aufgrund verschiedener Perspektiven und Interessen sowie konkurrierender Nachfrage nach denselben Ressourcen Interessenskonflikte. Durch diese Konflikte werden die regional relevanten Themen sichtbar. Im Folgenden soll also dargestellt werden, wie konfligierende Optionen Themen sichtbar machen und wie sich die Konflikte auflösen lassen indem thematische Optionen gekoppelt, unter der Zunahme von Querschnittsthemen verbunden oder voneinander entkoppelt und abgelöst werden.

Themen – Schnittpunkte regionaler Handlungsfelder

Regional relevante Themen werden von den jeweiligen Perspektiven verschiedener Akteure in Debatten eingebracht. Indem diese Akteure mit ihren jeweiligen Interessen hier zusammenkommen, fungieren sie als Schnittpunkte regionaler Handlungsfelder. Ein solches wichtiges Thema in Dithmarschen ist die Sicherstellung altersgerechter Versorgung bei Pflege und materiellen Gütern, die wegen des demographischen Wandels gerade agglomerationsferne Regionen besonders betrifft. Für die Erfüllung dieser Bedarfe stellt der Fachkräftemangel im Pflegebereich eine

wesentliche Herausforderung dar. Diesem Mangel wird durch die Schaffung entsprechender Ausbildungsstellen an regionalen Einrichtungen wie der FHW und der Stiftung Mensch entgegengewirkt. Diese Ausbildungsangebote tragen zugleich durch den Zuzug von Studierenden und Auszubildenden zur Verjüngung der Regionen bei. Durch die Kombinationen wird breite Daseinsvorsorge ermöglicht und auf den demographischen Wandel reagiert, beispielsweise durch die Implementierung und den Ausbau von Gesundheitsregionen (Stinn 2017). Die sogenannten Best-Ager im Zuge dessen eine wichtige und einkommensstarke Zielgruppe für die Regionen sowie den Tourismus dar.

Dieses Handlungsfeld wird in Debatten über den Umgang mit regionalen Wahrzeichen sowohl in Dithmarschen als auch in der Wartburgregion mit weiteren gekoppelt. In beiden Regionen sind Wahrzeichen als UNSECO Weltkultur- beziehungsweise -Naturerbe ausgezeichnet: in Dithmarschen die Küstenlage und die Wattlandschaft, in der Wartburgregion die fast 1000-jährige Wartburg – die neben ihrem Eigenwert den Kern touristischer Angebote ausmachen. In der Wartburgregion wird der Thüringer Wald in touristischer Absicht als grüne Lunge beschrieben, der als Gedenkstätte umgenutzte ehemalige innerdeutsche Grenzstreifen wird touristisch nachgefragt. Für Dithmarschen macht besonders die Küstenlage den touristischen Mehrwert aus. Darüber hinaus wird die Erzählung von der widerständigen Bauernrepublik für den Tourismus genutzt. Auffällig ist, dass die touristischen Attraktionen häufig mit den für das regionale Selbstverständnis wichtigen landschaftlichen und historischen Regionalankern verknüpft sind.

Das Handlungsfeld landwirtschaftliche Produktion in Dithmarschen findet in verschiedenen Bereichen über Versorgungsthemen unmittelbaren Anschluss an weitere regionale Handlungsfelder. So werden die Dithmarscher Hallenschwimmbäder mit der Abwärme aus landwirtschaftlicher Produktion versorgt und touristische Einrichtungen und Kantinen direkt mit Lebensmitteln beliefert.

Mobilität hat als Handlungsfeld für den Tourismus in beiden Regionen Bedeutung, aber mehr noch mit Beschäftigung vermittelt des Themas berufsbedingten Pendlerverkehrs. Der Pendlerverkehr ist mit der Debatte um regionale Mobilitätsinfrastruktur aufs engste verbunden, wobei es konkret um Autobahnanschlüsse, den oben erwähnten Ausbau und die Elektrifizierung des Schienennetzes sowie eine

höhere Taktung des Bahnverkehrs geht. Wegen drohender Schließung von Schulstandorten und den weiteren Schulwegen, rückt in Dithmarschen außerdem der ausgedünnte Bus-ÖPNV in den Fokus verschiedener Debatten. An die Mobilität knüpft des Weiteren das Thema Digitalisierung an. Denn mit der Digitalisierung von Mobilitätsangeboten sollen diese effizienter und bedarfsorientierter gestaltet werden etwa durch Einführung nachfrageorientierter Ruf-Busse, der Implementierung neuer Tarifmodelle sowie intelligenter Abbuchungs- und Reservierungssysteme.

Konflikte

Die oben aufgeführten Themen sind regional relevant, weil verschiedene Handlungsfelder auf diese Weise miteinander verknüpft werden. Diese Verknüpfungen weisen sowohl Potenzial für Synergien als auch für Konflikte auf. Sind Synergien meistens unstrittig, generieren Konflikte eigene Debatten. Gerade am Umgang mit solchen Konflikten bewährt sich die regionale Governance. Im Gegensatz zu Synergien konkurrieren aus verschiedenen Perspektiven bestimmte thematisch gleiche Optionen um dieselben Ressourcen. Da die Ressourcen sowohl sachlich begrenzt und zeitlich ihre Dringlichkeit betonen, schließen sie sich in ihrer Verwirklichung gegenseitig aus. Die Lösung der Konflikte muss den Zugriff auf die Ressourcen aufgrund der zeitlichen Priorisierung der Optionen und der sie begründenden Problemlagen klären. Die Vermittlung von Konflikten zu einer tragfähigen Kooperation ist Ziel der regionalen Governance.

Thematische Konflikte in den Regionen betreffen das regionale Selbstverständnis, wobei es um die Interpretation landschaftlicher Merkmale, historischer Ereignisse und lokaler Kompetenzen als Ressourcen für bestimmte Optionen geht. Insbesondere das Verhältnis von Traditionsbezügen und damit brechender Zukunftsorientierung steht bei der wirtschaftlichen und touristischen Verwertung bestimmter Ressourcen im Mittelpunkt von Debatten. Die zeitliche Orientierung an Traditionserhalt oder Zukunftsorientierung ist zugleich Markierung und Legitimation eigener Ziele. Damit verweisen die verschiedenen Akteure auf die für sie maßgeblichen regionalen Identitätskonstrukte. Darum zielen die Aushandlungen regionaler Optionen auch darauf, was die Region ausmacht, wie sie als imaginierte Entität auf verbindliche Weise konstruiert und reproduziert wird. So werden etwa in der Wartburgregion verschiedene Traditionsbezüge, nämlich Reformation, Romantik oder barocke Musikgeschichte, für eine touristische Vermarktung thematisiert, ohne dass diese in

den Augen verantwortlicher Akteure konfliktfrei nebeneinander bestehen können. Für Dithmarschen werden in ähnlicher Weise Konflikte bei der Orientierung an der widerständigen Bauernrepublik deutlich, da sie mit Selbstdarstellungen als nachhaltige Energie- und Landwirtschaftswenderegion kollidieren. Deutlich wird dabei, dass es bei solchen thematischen Debatten immer auch um die Deutungshoheit über die regionalen Ressourcen geht. Das wird auch bei den über Landnutzung thematisch gekoppelten Handlungsfeldern Umwelt- und Naturschutz einerseits und Energieerzeugung vor allem in Dithmarschen deutlich. Die Bewahrung des Naturraums als eine Option widerspricht der Option alternativer Energiegewinnung. Beide Optionen greifen mit guten Gründen (vorhandene Artenvielfalt einerseits und günstige Bedingungen für Windkraftanlagen andererseits) auf dieselbe Ressource Landschaft zu. Die sich an diesem Konflikt entzündete Debatte ist nach wie vor – wie andernorts auch – auf der Suche nach kooperativen Lösungen, sodass die Optionen zu einer zukunftssichernden Regionalentwicklung führen können. In diesem Zusammenhang wird auch die Planung zum Ausbau der Gleichstrom-Übertragungsinfrastruktur SüdLink seit 2012 thematisiert. Dieses Thema ist auch für die Wartburgregion relevant.

In ähnlicher Weise wie der Konflikt zwischen den Handlungsfeldern Umweltschutz und Energiegewinnung verhält es sich mit dem Konflikt zwischen Umweltschutz und Tourismus. In der Wartburgregion wird ein Teilbereich der ehemaligen innerdeutschen Grenze, der als wertvoller artenreicher Naturraum gilt, aus diesem Grund als Grünes Band touristisch vermarktet. Ein großer Teil dieser Flächen befindet sich im Privatbesitz. Damit limitiert die private Nutzung konfliktreich die kooperative Nutzung. Die private Nutzung von Landschaftsressourcen kollidiert wiederum mit dem Umweltschutz in Dithmarschen, weil die intensive Landwirtschaft die Böden durch Überdüngung belastet und der Artenvielfalt schadet.

Während Digitalisierung bei verschiedenen Handlungsfeldern wie etwa Mobilität, Energieproduktion und -verbrauch aufgrund präziser Bedarfs- und Nachfragebestimmung bessere Effizienz verspricht, wird diesem Thema seitens bestimmter Bewohnerinnen und Bewohner Dithmarschens skeptisch begegnet. Sie fühlen sich in eher diffuser Art durch diese technische Entwicklung bedroht, wobei die Digitalisierung gegenüber der direkten Vertrautheit als anonymisierend erfahren wird.

Erläutert wird dies durch Berichte einiger Regionalkateure, dass der Ausbau digitaler Infrastruktur mit einem Steuerungsverlust der Region einhergeht, da die Zuständigkeit über den Landkreis hinausweist, diese nur noch abstrakt, diffus und insgesamt schwer greifbar ist. Es besteht bei einigen Akteuren die Befürchtung, dass die Zugangskontrolle zu regionalen Ressourcen aus der Hand gegeben wird, weil Absprachen mit überregionalen Firmen getroffen und oftmals über EU-Fördermittel finanziert werden müssen. Dieser Kontrollverlust wird in den Augen der Akteure durch mit der Digitalisierung beförderte Zuzüge überregional agierender Unternehmen fortgesetzt. Er kann auch durch Beteiligungsverfahren der regionalen Bürgerschaft nicht ausgeglichen werden.

Auch fehlende Kooperationsbereitschaft kann aus Frustrationen Konflikte erwachsen lassen. Während die duale Hochschule in Eisenach innerhalb der Stadt gut mit lokalen Betrieben vernetzt ist, fehlen solche Kontakte zu Betrieben in der Wartburgregion. Diese zeigen sich nur mäßig bis gar nicht daran interessiert, gemeinsam Ausbildungsprogramme aufzusetzen. Die Interviews machen deutlich, dass dieses Desinteresse sich aufseiten der regionalen Betriebe auf deren fehlenden Forschungs- und Entwicklungskompetenzen zurückführen lassen. Diese werden dort nicht benötigt, weil sie häufig als verlängerte Werkbank für westdeutsche Unternehmen fungieren. Kleine unabhängige Unternehmen hingegen beklagen eine bürokratische Inflexibilität der Hochschule, was die Anstrengungen um gemeinsam gestaltete Ausbildung erschweren.

Das Handlungsfeld Mobilität führt wie oben schon ausgeführt zu Konflikten mit anderen Handlungsfeldern, was wiederum besonders in Dithmarschen deutlich wurde. So wird der Zustand der Mobilitätsinfrastruktur beklagt, die einerseits beim Bahnverkehr von überregionalen Unternehmen und damit von Rahmenbedingungen abhängt, die kaum zu ändern sind. Andererseits hängt die Mobilitätsversorgung beim Bus-ÖPNV von regionalen Unternehmen ab, die ihr Angebot aufgrund zu geringer Nachfrage eingeschränkt haben. Dies erschwert angesichts der Konzentrationen der Standorte die Erreichbarkeit der Schulen in der Region, was eine Zunahme des Individualverkehrs und die weitere Konzentration von Schülerinnen und Schülern an gut erreichbaren Standorten zur Folge hat. Die schlecht ausgebaute Bahninfrastruktur und die ausgedünnten Angebote behindern eine nachhaltige Verlagerung des

berufsbedingten Pendelverkehrs und Tourismus von der Straße auf die Schiene. Zugleich provoziert das Vorhaben zur Elektrifizierung der Bahnstecken wegen der möglichen Gefährdung von Zugvögeln des Wattenmeeres einen Konflikt mit dem Umweltschutz.

Synergien

Die Konflikte der untersuchten Regionen, die auf Interessenskonflikten bei regional relevanten Themen basieren und durch exogene, regional kaum zu ändernde, Rahmenbedingungen hervorgerufen werden, sind typisch für alle endogenen regionalen Entwicklungsprozesse. Doch wirken sie sich in agglomerationsfernen Regionen aufgrund ihrer relativen peripheren Lage stärker als in Agglomerationszentren aus. Der Unterschied zwischen sich erfolgreich endogen entwickelnden agglomerationsfernen Regionen und solchen, die von exogenen Impulsen abhängen, hängt jedoch von der Fähigkeit zur Lösung von Konflikten ab. Solche Lösungen tendieren zu Konsensbildung bei Interessenkonflikten, die Kooperationsbereitschaft voraussetzen und Kooperationen bei der potenzialfreisetzenden Umsetzung der gefundenen Konsenslösung.

Die Schließung von Schulen in Dithmarschen und die Konzentration auf einige Standorte bei gleichzeitig ausgedünntem ÖPNV-Angebot wirft das Problem auf, wie die Kinder und Jugendliche der Region zur Schule kommen können. Indem der ÖPNV diesen Schülerverkehr mit Bussen bedient, kann er einerseits weiter betrieben werden, andererseits aber auch weniger stark frequentierte Schulstandorte ansteuern. Von diesem stabilisierten ÖPNV-Angebot kann auch der Tourismus in der Region profitieren.

In beiden Regionen bieten die Hochschulen in Abstimmung mit regionalen Unternehmen duale Ausbildungsprogramme an, wodurch darüber hinaus ein Wissensaustausch verwandter, aber nicht zwangsläufig miteinander vernetzter Regionalakteure in Gang gesetzt wird. Dies gelingt wie oben beschrieben in Dithmarschen besser. Die Verknüpfung praktischer Themen regionaler Industrie-, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe und deren wissenschaftliche Beratung durch Fachhochschule und außeruniversitären Forschungseinrichtungen wird klar als positiver regionaler Standortfaktor bewertet. Während die FHW wissenschaftliche Analysen und Evaluationen in Form von Begleitforschung anbietet, geht es bei den Betrieben in

den meisten Fällen um Praxisangebote und Produktentwicklung. So richtet die FHW als Schlüsselinstitution ihren Studien- und Lehrplan teilweise auf das regionale Tourismusangebot aus oder führt Evaluierungsstudien für touristische Anbieter durch. In Zusammenarbeit mit landwirtschaftlichen Akteuren werden technologisch fortschrittliche Feldmaschinen entwickelt. Die Fachhochschule bearbeitet also nicht nur prominente Regionalthemen, sondern erreicht auch eine Integration und Vernetzung themenrelevanter Akteure. Im Gegenzug bezieht sie wertvolle Kontakte aus der Tourismusindustrie, die mit Praktika-Möglichkeiten das Ausbildungsangebot der FHW bereichern.

Der demographische Wandel ist sowohl im Handlungsfeld Tourismus als auch bei der Gesundheitsversorgung in Dithmarschen ein Thema. Beide Handlungsfelder werden über das altengerechte Kurwesen miteinander gekoppelt, indem zielgruppenspezifische Hotel- und Freizeitangebote für sogenannte „Best-Ager“, also anspruchsvolle und konsumfreudige Kundengruppen der über 50-Jährigen realisiert werden. Ein Teil dieser Personengruppe erwarb nach dem Kurzaufenthalt Immobilien und zog saisonal oder ganz in die Region. Damit aber konnten weitere altersspezifische Dienstleistungen in Pflege, Versorgung und Unterhaltung entwickelt werden, was wiederum eine Spezialisierung von Fachkräften bewirkte, die in regionalen Bildungseinrichtungen wie der FHW oder Betrieben der Stiftung Mensch ausgebildet werden.

Konflikte können durch Entkopplungen gelöst werden. Die gegenwärtig verfügbaren Mittel für die Sanierung der Bahninfrastruktur in Dithmarschen reichen für die Bewältigung des „Instandhaltungsrückstaus“ des Schienennetzes nicht aus (Welt 2020), sodass nur bestimmte Abschnitte bearbeitet werden und andere Zukunftsaufgaben bleiben. Die temporäre Suspendierung von Problemlagen, kann auch dazu genutzt werden, dass ein konfligierender Moment ausstirbt, etwa wenn es keine Akteure für bestimmte Traditionsbezüge mehr gibt, so dass unter günstigen Rahmenbedingungen bestimmte Optionen nur noch übrig bleiben und durchsetzen, wie das von biologischem Landbau oder der Erzeugung erneuerbarer Energien gegenwärtig zu erwarten ist. In der Wartburgregion konnten die ehemaligen Industriestandorte des Kalibergbaus für die touristische Nutzung bestimmt werden. Das heißt auch, dass die alternative Nutzung regionaler Ressourcen im Sinne der

Weiterverwertung von Räumen und Artefakten immer eine Umdeutung und Umwidmung voraussetzt. Die Umnutzung bietet dann neben der Verdrängung auch die Möglichkeit der Modernisierung überkommener Traditionsbestände.

Verhandlungen regionaler Akteure und zukünftige Handlungsoptionen

Themen koppeln Handlungsfelder aus verschiedenen Perspektiven und rufen Konflikte hervor, die unterschiedlich gelöst werden müssen, damit sich agglomerationsferne Regionen erfolgreich, das heißt handlungsfähig aufgrund selbstbestimmter Optionen endogen entwickeln können. Solche Optionen wurden in den Handlungsfeldern Grundversorgung, Tourismus, Mobilität, Energieerzeugung, Bildung und Umweltschutz in den beiden Regionen benannt. Die Realisierung der Optionen erfolgt entweder durch Kopplung unterschiedlich bestimmter Optionen oder durch Entkopplung und Verschiebung konfligierender Optionen. Die Kopplung und Entkopplung erfolgt durch die regionale Governance, wobei über die Optionen der Region entschieden und diese Innovativität in Zukunft umgesetzt wird. Dafür braucht Governance Engagement von Akteuren bei der Benennung von Optionen, bei der Entscheidungsfindung darüber und bei der Allokation von Ressourcen zu deren Umsetzung. Dafür müssen wiederum aufgrund von verlässlichen Regeln kooperative Strukturen gegeben und reproduziert werden, die dieses Engagement rechtfertigen und in Verantwortung umformen.

Akteure und ihre Rollen in Debatten

Governanceprozesse folgen im Regionalregime dem dreistufigen Schema von Ideenimpuls, -Verhandlung und -Entscheidung, sowie -Umsetzung. Mit diesem Schema korrespondieren bestimmte Rollen, die oft diskontinuierlich und von einzelnen Akteuren (Personen oder Organisationen) auch mehrfach über die drei Phasen hinweg übernommen werden. Analog zum Schema des Aushandlungsprozesses handelt es sich um Debatten-initiierende, -entscheidende und -umsetzende Akteure. Während des Aushandlungsprozesses muss ein Zusammenspiel von Vertrauen und Vernetzung gegeben sein, um durch aktive Beteiligung eine Übergabekompetenz der jeweiligen Ideen und Vorhaben an den Rollen-Schnittstellen herzustellen – also passende, das heißt interessierte und qualifizierte Akteure für die eigenen Ideen und Vorhaben zu finden und diese von einer langfristigen Zusammenarbeit zu überzeugen. Diese Weitergabe an Kompetenz für die aktuelle Problemlösung, im Sinne von

Coburns „shift in reform ownership“ (2003), ist entscheidend für eine regionale Governance, um endogene Regionalentwicklung zu ermöglichen.

Ideen- und Impulsgeber als Debatteninitiatoren

Die Debatten der regionalen Governance werden durch Ideen über Optionen initiiert. Diese werden entweder öffentlich beworben oder direkt durch Ideen- und Impulsgeber an mögliche Kooperationspartner herangetragen und verhandelt. Ideen- und Impulsgeber sind im weiteren Verlauf auch für die Weitergabe der ursprünglichen Impulse an umsetzende Kräfte verantwortlich. Diese Akteure zeichnen sich insgesamt durch ein visionäres Vorstellungsvermögen und den notwendigen Idealismus aus, Ideen zu entwerfen und bis zu ihrer ersten Umsetzung zu tragen.

In der Wartburgregion wurden vor allem auf zivilgesellschaftlicher Ebene, in Kulturinitiativen und in sozialen und ökologischen Bereichen Akteure genannt, die neue Ideen in den öffentlichen Diskurs einbringen. Bei diesen Akteuren handelt es sich sowohl um Individuen als auch um Gruppen, die ein breites Spektrum an Interessen verfolgen. Während eine Vielzahl neuer Ideen schnell und mit großer Überzeugung eingebracht werden, überdauern nur wenige davon einen längeren Zeitraum bis zu ihrer Etablierung im gesellschaftlichen Mainstream. Um neben den thematisierten Problemen Aufmerksamkeit für in Nischen entstandene Veränderungsideen zu gewinnen, müssen deren Initiatoren die Debatten mit ihrem Impuls nachhaltig und radikal beeindrucken. Das erfordert wiederum ein hohes Maß an Engagement. Es zeigte sich in beiden Untersuchungsregionen, dass bürgerschaftlich engagierte Akteure mit kulturellen, sozialen oder umweltbezogenen Themen über Strukturen verfügen, in denen sie ihre Ideen zunächst beispielhaft oder als Prototypen umsetzen können. Im weiteren Verlauf können zunehmend Interessenten für das jeweilige Projekt gewonnen werden, sodass die Idee reifen und mehr Unterstützung akquiriert werden kann.

Zu den beispielhaften Projekten in der Wartburgregion gehört die Organisation eines Festivals durch eine Laien-Theatergruppe. Wie in dieser Gruppe sind es in den meisten Fällen zunächst lose Verbindungen, über die sich Interessierte zusammenfinden. Diese Treffen etablieren und formalisieren sich zunehmend, indem kollektiv Kapazitäten aufgebracht und endogene Ressourcen aktiviert werden. Im Bad Liebensteiner Ortsteil Steinbach in der Wartburgregion ist als weiteres Beispiel aus

einem Stammtisch ein Kollektiv erwachsen, das erfolgreich am Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ teilnahm. Dabei geht es darum, die Messerproduktion als regionales Handwerk zu präsentieren und dadurch Aufmerksamkeit für die handwerklichen Kompetenzen der Region zu generieren. Im informellen Stammtischformat bringen sich die Teilnehmer ein, während der Bürgermeister das Geschehen moderiert.

Auch in Dithmarschen zeigt sich, wie Netzwerke die Kommunikation und den Austausch zwischen regionalen Akteuren in Bezug auf neue Ideen und Kooperationsprojekte ermöglichen. Netzwerke ausbildender Institutionen wie der FHW, dem Berufs-Bildungszentrum und der Stiftung Mensch einerseits sowie produzierende kleine und mittlere Industrieunternehmen andererseits teilen im Zuge dieser Kooperationen Mitarbeitende und Expertise miteinander. Auf informeller Ebene sorgen zudem nachbarschaftliche Netzwerke für einen freundschaftlichen und hilfsbereiten Austausch, um soziale Kontakte und gesundheitsfördernde körperliche Betätigung zu ermöglichen.

In beiden Regionen gelten Rückkehrende als wertvolle Quellen neuer Ideen. Diese Gruppe kann sowohl den Ideen- und Impulsgebern als auch den Umsetzern und Bewahrern zugeordnet werden. Hier handelt es sich um junge motivierte Erwachsene, die nach Kindheit und Jugend in den Regionen für eine Ausbildung oder Studium in ein anderes Bundesgebiet oder ins Ausland gezogen sind. Mit beginnendem Erwerbsleben, häufig verbunden mit Familiengründung, zieht es diese jungen Erwachsenen in ihre ursprünglichen Heimatregionen zurück. Bei ihrer Rückkehr bringen sie aufgrund ihrer regionalen Verbundenheit erworbene Kompetenzen ein. Wegen ihrer Ideen, Fähigkeiten und Motivationen gehen auf die Rückkehrer verschiedene gewerbliche Gründungen zurück. Das führt zur Verjüngung und Attraktivitätssteigerung sowie wirtschaftlichen Dynamisierung der Regionen.

Stakeholder als Debattenentscheider

Stakeholder sind einzelne Individuen oder ganze Institutionen, die ein legitimes Interesse an der Umsetzung eingebrachter Veränderungsideen haben, um auf gegenseitige Anerkennung basierend eine Steigerung politischer Teilhabe zu ermöglichen. Im empirischen Material zeigte sich, dass PolitikerInnen-Interessen meistens durch proportional mehr Macht gekennzeichnet sind, und sich in ihren

Entscheidungsfindungen an einer Legislaturperiode orientieren. Interessen von Bürgerinnen und Bürgern hingegen sind durch weniger Macht gekennzeichnet. Sie suchen nach Langfristigkeit und einer nachhaltigen Etablierung ihrer Ideen und Vorhaben. Stakeholder sind in der Lage über Ideen-Umsetzungen zu entscheiden und repräsentieren meist Akteure aus Politik oder Verwaltung. Gerade die Verwaltungen orientieren sich nicht zuletzt an administrativen Rahmenbedingungen, damit Möglichkeiten und Hindernisse für eine Ideenumsetzung abgeschätzt werden können und die Debatte eine praktisch relevante Dimension erreicht. Das stimmt mit den Beobachtungen Stones (1989) zum urbanen Regime überein, der die Unabdingbarkeit administrativ-staatlicher Beteiligung an Aushandlungsprozessen feststellte. Zu vertikalen Konflikten zwischen Akteuren mit und ohne administrative Macht kommt es in einem demokratisch-politischen System, weil die den gewählten Repräsentanten übertragenen Interessen von Bürgerinnen und Bürgern nie in Gänze erfüllt werden können.

In beiden Regionen zeichneten sich die Landräte und das Landratsamt beziehungsweise die Kreisverwaltung als einflussreiche Akteure ab. In der Wartburgregion besteht ein kontinuierliches Interesse und Bestreben des Landrats darin, den Zusammenhalt der Region und vor allem das Überwinden innerregionaler Abgrenzungen voranzutreiben. Besonders durch mehrfache Erwähnungen in seiner Rede am Tag der Wartburgregion stand die Schaffung eines Zusammenschlusses mehrerer sich bisher voneinander abgrenzender Regionalteile im Vordergrund. Je mehr der Landrat in der Öffentlichkeit über die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses spricht, desto stärker rückt das Thema in den öffentlichen Diskurs. Als Stakeholder wirkt der Landrat also auf Entscheidungen ein.

In Dithmarschen wurde eine Reihe von Stakeholdern bei der Ideenumsetzung weniger als Ermöglicher, und mehr als Engpass wahrgenommen und bezeichnet. Dadurch, dass es sich bei Stakeholdern in vielen Fällen um politische Akteure handelt, werden deren Agenda-Interessen als Wiederwahllogiken gedeutet die sich auf kurze Zeitspannen wie Legislaturperioden beschränken. Sie stehen damit im allgemeinen Bürgerinteressen gegenüber, die durch Langfristigkeit und geringer Umsetzungsmacht charakterisiert sind. Die wenigen Ergebnisse, die sich in einem mandatsbeschränkten Zeitraum interessengeleitet erreichen lassen, werden bei der

Wahl von Akteuren mit anderen Interessen nicht unbedingt weiterverfolgt und blieben damit auf der Strecke, so die Aussage eines Dithmarscher Landwirts. Offensichtlich fehlt bürgerschaftlichen Akteuren teilweise das nötige Vertrauen in eine Agenda-geleitete Politik. Anders sieht es jedoch aus, wenn ehemalige Kommunalpolitiker wie etwa ein pensionierter Bürgermeister in Dithmarschen auch nach seiner aktiven Amtszeit noch andere Akteure unterstützt, indem er seine Ressourcen, also vor allem den Zugang zu Netzwerken und Kontakten sowie umfängliches Wissen zu regionalpolitischen Prozessen teilt, um Ideen und Vorhaben zu realisieren. In der Wartburgregion wurden ebenfalls Bürgermeister einzelner Kommunen als zentrale Vernetzungsakteure für die Umsetzung von Ideen benannt. Ihre Wirkungsweise fügt sich in Form eines durchlässigen Machtgefüges in die regionale Governance ein: Zum einen sind Bürgermeister in der Lage Entscheidungen durchzusetzen, zum anderen sind sie trotz ihrer Stellung durch persönliche Beziehungen auch für weniger mächtige Akteure zugänglich und erreichbar.

Schlüsselakteure als Umsetzer und Bewahrer

Die Umsetzung von Ideen mit denen Optionen für die regionale Entwicklung gewonnen und bewahrt werden können, wird von Schlüsselakteuren realisiert. Diese Rolle wird bevorzugt von Organisationen wie der FHW oder der Industrie- und Handelskammer in Dithmarschen übernommen. Sie verfügen über die notwendige Expertise, sowie finanzielle Mittel und Netzwerke, um nicht nur Ideen umzusetzen, sondern diese auch mit verwandten Themen zu kombinieren. Über vorhandene Kooperationsbeziehungen und Netzwerke werden bei der Umsetzung Schnittstellen eröffnet und die Veränderungsideen an die vorhandenen Strukturen der Region angeschlossen. Die bei der Bestimmung von Optionen eruierten Themenkoalitionen haben hierbei entscheidende Bedeutung, wenn etwa Nachhaltigkeit mit Hoteltourismus, ökologisch erzeugte Nahrungsmittel mit Gesundheit, oder Robotik mit landwirtschaftlicher Produktion zusammengedacht werden. Dabei werden die Ideen teilweise in die von der FHW unterhaltenen Kooperationsverbindungen zum Forschungs- und Technologiezentrum Westküste, der Gesellschaft für Marine Aquakultur oder den regionalen Wissenschafts- und Technologieparks eingebunden. Als weiteres Beispiel hat sich für Dithmarscher Akteure aus den Bereichen Tourismus, Bildung, Forschung und Wirtschaft gezeigt, dass nicht nur die Umsetzung

nachhaltiger (im Sinne ökologisch verträglicher) Einzelprojekte zukünftige Handlungsoptionen darstellen, sondern dass sich Nachhaltigkeit selbst als übergreifendes Thema in das Regionalgefüge integrieren, und als Aushängeschild nutzen lässt: Durch die Ausformung Dithmarschens zur Energiewende-Region wird ein Vorbildcharakter für andere Regionen weit über einzelne Projekte hinaus erzeugt. Als langfristig agierende Akteure sind in Dithmarschen auch landwirtschaftliche Höfe und Institutionen der chemischen Industrie, wie die Raffinerie in Heide, zu nennen. Diese stärken durch eine Umstellung auf biologischen Landbau oder die Entwicklung neuer Energieträger die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit der Region.

Zu Schlüsselakteuren in der Wartburgregion gehören Unternehmen der Automobilindustrie, ehemalige Kalisalzbergwerke oder Handwerksbetriebe, aber auch weitere kleine und mittelständige Betriebe. Bei der Sicherung von Arbeitsplätzen in Eisenach wird an den Zuliefererbetrieben für das Automobilunternehmen PSA deutlich, wie wichtig deren Netzwerke und Zusammenarbeit für die Region sind. In Dithmarschen wird die Umsetzung von neuen Ideen häufig auch durch mittelständische Firmen mit technologischer und landwirtschaftlicher Ausrichtung übernommen, indem Verbindungen zwischen Ausbildungseinrichtungen und Industriebetrieben genutzt werden. Diese Verknüpfungen erzeugen zwar zum Teil Abhängigkeiten; vor allem aber ermöglichen sie die Entwicklung und Umsetzung von Veränderung durch das Einbringen neuer Ideen. Damit wird Optionserhalt für regionale Handlungsfähigkeit realistisch.

Als Schlüsselakteurin bei der Umsetzung von Sozialprojekten tritt in beiden Regionen insbesondere die Kirche auf. In der Wartburgregion etwa erfahren neuankommende Geflüchtete im Rahmen regionalen Engagements Wertschätzung. Ihnen kommt als Antwort auf demographische Herausforderungen in der Region eine besondere Bedeutung zu. Die dafür notwendige Inklusion wird durch Ausbildung, Beschäftigung und Beteiligung bewirkt. In Dithmarschen sichert die Kirche durch Kindertagesstätten die Erwerbstätigkeit von Familien als Mittel gegen Abwanderungen. Außerdem sorgt sie für die Aufrechterhaltung sozialer Dienstleistungen wie Altenpflege und Seelsorge. Die Bedeutung der Kirche zeigt sich in der Wartburgregion darüber hinaus beim Zusammenhang konfessioneller Zugehörigkeit und der Ausübung eines bestimmten Musikinstruments, worin sich allerdings wieder die

intraregionale Differenzierung entlang des Rennsteigs spiegelt. Der Zusammenschluss zu einem Regionalkollektiv in der Wartburgregion wird vor allem durch Bildungseinrichtungen wie die traditionell gut verankerten Musikschulen unterstützt.

Organisationen des traditionellen bürgerschaftlichen Engagements, wie die Freiwillige Feuerwehr, erfüllen neben ihrer Funktion der Gefahrenabwehr in beiden Regionen auch die Organisation regionalen Miteinanders. Die Feuerwehr verfügt als inkludierende Einrichtung über stabile Netzwerke, die es ihr ermöglicht selbst formulierte Belange als Projekte und Förderungen durchzusetzen. Daneben spielen weitere Vereine und Verbände als Schlüsselakteure eine wichtige Rolle, deren Vertreter öffentliche Foren wie Bürgerversammlungen und Gesprächsrunden nutzen, um im Namen der Bürgerschaft Anliegen gegenüber der Verwaltung vorzubringen, zu verteidigen und dafür Unterstützung zu erringen. Loses nachbarschaftliches Engagement und regionale Solidarität spielen auch eine wichtige Rolle.

Wie bereits bei der Gruppe der Ideen- und Impulsgeber erwähnt bilden Familie und Heimat für mehrere in die Region Dithmarschen zurückkehrende Akteure Argumente für die positiven Wanderungsentscheidungen in die Region. Freiraum vermittelt dabei oft die Möglichkeit, Familiengründungen und eigene Lebensvorstellungen zu verwirklichen. Familie und Heimat werden jedoch nicht ausschließlich auf die eigene Familie bezogen. Auch die Region selbst stellt für viele Rückkehrende etwas Familiäres dar, das sich auf die eigene Kindheit und Jugend sowie bestehende soziale Netzwerke bezieht. Eventuell leben in der Region auch noch andere Familienmitglieder, oder die Familiengründung wird mit der zukünftigen Pflege der eigenen Eltern zusammengedacht. Diese Verbindungen bestätigen auch einen großen Teil der regionalen Identität. In der Wartburgregion werden die gute Unterstützung bei Neugründungen von Unternehmen durch das Wirtschaftsfördernetzwerk, vielversprechende Karrierechancen durch geringe Konkurrenz, sowie die Möglichkeit attraktive Ausbildungen und Studiengänge in Kooperationsarrangements wahrzunehmen als Gründe für Zu- und Rückwanderung genannt. Allianzen und Kooperationen entfalten besonders zur Reduzierung des regionalen Fachkräftemangels langfristig Stärke. Synergien zwischen den ausbildenden und produzierenden Akteuren stärken das regionale Sozialgefüge.

Drei verschiedene Akteursrollen fielen bei der Analyse der regionalen Governance auf: engagierte Debatteninitiatoren im Sinne von Ideen- und Impulsgebern, Stakeholder als Debattenentscheider sowie Schlüsselakteure als Umsetzer. Diese lassen sich in beiden Regionen finden. Ideen- und Impulsgeber zeichnen sich durch großes Engagement aus, aus dem ihre Idee als Option erwächst. Dieses Engagement aber muss Resonanz in den vorhandenen Debatten finden, weil die anfängliche Motivation für die Umsetzung neuer Ideen in den meisten Fällen nur kurzfristig erhalten bleibt. In den Debatten werden diese Ideen als Optionen mit weiterer Unterstützung versorgt, sodass politisch über Mehrheiten Entscheidungen getroffen werden können. Dabei unterscheiden sich die daran Beteiligten in ihrer Stellung zur administrativ-staatlichen Macht. Staatlich-administrative Akteure sind stark von den dort maßgeblichen Zyklen und Agenden geleitet, wohingegen bürgerliche Akteure sich eher langfristig an konkreten Problemlagen orientieren. Aus dieser gegensätzlichen Stellung können Kommunikationsblockaden, Frustrationen und erneut auch unlösbare Konflikte erwachsen. Umsetzende Akteure müssen vor allem über passende sachliche und soziale Ressourcen verfügen, das heißt materielle Mittel und Zugänge zu Netzwerken bereitstellen können, sodass die Ideen für Optionen regionaler Entwicklung an vorhandene Strukturen angeschlossen werden können, um regional relevant Nutzen entfalten zu können. Erst damit wird das anfängliche Engagement der Ideen- und Impulsgeber, welche auf gerechte und faire Aushandlungsbedingungen der entscheidenden Stakeholder setzt durch die ressourcenstarken Umsetzer anerkennend gerechtfertigt und erneut motiviert werden. Dabei können einzelne Akteure auch mehrere Rollen einnehmen, sodass sie als regionale Champions wirken. Die Ausbildung und Anwendung dieser Kompetenz wird durch die teilnahmeermöglichende Gestaltung der regionalen Governance vermittelt horizontaler und vertikaler Kommunikationsmodi ausgebildet, die den Prozess von Ideen für Optionen, Entscheidungen darüber und deren Umsetzung entlang einer nachhaltigen Integration ermöglichen und unterstützen.

Vertikale und horizontale Kommunikation

Kommunikation kann entlang der drei Governance-Etappen in vertikale und horizontale Modi eingeteilt und unterschieden werden. Bei vertikaler Kommunikation findet Austausch zwischen Akteuren verschiedener Ebenen, beispielsweise innerhalb einer Organisation, zwischen zwei unterschiedlichen Verwaltungs- und

Regierungsebenen, oder zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie Verwaltungsinstitutionen statt. Die kommunizierenden Akteure sind in ihren Handlungs- und Entscheidungsbefugnissen ungleich. Von horizontaler Kommunikation kann gesprochen werden, wenn sich die kommunizierenden Akteure auf einer Ebene, beispielsweise Schüler in einer Klasse, befinden und dadurch über ein ähnliches Maß an Ressourcen oder Macht verfügen (vgl. Radtke et al. 2002). Während horizontale Kommunikation meistens bei der Suche gemeinsamer Lösungen erfolgt, ist vertikale Kommunikation ein Charakteristikum von Akteuren, die in unterschiedlichem Maß über jeweils relevante Ressourcen – vor allem Macht – verfügen. Das heißt, vertikale und horizontale Kommunikation lassen sich insgesamt durch ihren Bezug zu dem jeweils verhandelten Problem voneinander unterscheiden. Williams (2020) untersucht das Verhältnis zwischen Horizontalität und Hierarchie in Bezug auf soziales und politisches Vertrauen. In Anlehnung an Offe (1999) verweist sie auf ein Machtgefälle, das zwischen Vertrauenspartnern existiert. Soziales Vertrauen kann dabei analog zu horizontaler Kommunikation zwischen Akteuren gesehen werden, die sich hierarchisch auf einer Ebene befinden verstanden werden. Politisches Vertrauen hingegen kann analog zu vertikaler Kommunikation etwa zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie Behörden betrachtet werden.

Vertikale Kommunikation

Die Kommunikation zwischen den Regionalbewohnern und der Regionalverwaltung befindet sich zunächst immer im vertikalen Kommunikationsmodus aufgrund der ungleich verteilten Macht, die der Verwaltung als politisch legitimierte Einrichtung zusteht. Gleichwohl ist unter Maßgabe der Einsicht in die Limitierung administrativ-staatlicher Kapazitäten gegenüber komplexen und dynamischen Problemen eine tendenzielle Annäherung diese Ausgangspositionen zu beobachten.

Bei den Konflikten zwischen Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltungsinstitutionen gibt es vermittelnde Formate. In der Einwohnerfragestunde des Dithmarscher Kreistages besteht die Möglichkeit, der Kreisverwaltung gegenüber Fragen und Kritik vorzubringen und dadurch eine konstruktive Aushandlung regionaler Fragen anzustoßen. Auch bei der Planung und Durchführung von Großprojekten wie dem Südlink wird auf eine Einbindung der Bevölkerung und überparteilicher Initiativen durch Beteiligung geachtet. So sollen Interessen eingebracht, Unklarheiten und

Unsicherheiten aufgeklärt und mit zukünftiger Entwicklung verbundene Ängste bei der Bevölkerung ausgeräumt werden.

Vorschläge zur Konfliktbewältigung zwischen Verwaltungsakteuren in der Wartburgregion etwa wegen der virulenten Einkreisung der Stadt Eisenach bis Juli 2021 umfassten unter anderem den Vorschlag zur Einrichtung von Mediations- beziehungsweise Moderationsverfahren. Durch solche Kommunikationsformate wird die vorhandene Vertikale nicht eingeebnet, aber doch nivelliert, sodass ein Austausch von Argumenten in Gang kommen kann. Den Abbau der Vertikalen zu diesem Thema kann man auch am Bemühen des Landrats in der Wartburgregion anlässlich des Regionaltages erkennen, die fragmentierte Region zusammenzuführen, indem er das Gespräch mit und die Nähe zur Bevölkerung suchte. Darüber hinaus wird von einer guten Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung in der Wartburgregion auf Augenhöhe von den Akteuren traditionellen bürgerschaftlichen Engagements sowie Unternehmen berichtet. Anders als diese eingespielte Zusammenarbeit, finden Akteure mit neuen Themen, wie Geflüchteten-Arbeit oder Breitbandausbau nur schwer Zugang.

Eine vertikale Kommunikation befördernde Hierarchie liegt nicht zuletzt zwischen den Kreis- und Landesverwaltungen vor. In Dithmarschen wird das bei Abschussfreigabe von Wölfen erkennbar, weil sie die Deichbeweidung durch Schafe bedrohen. Diesen Beschluss, den Umweltminister des Landes, die regionale Jägerschaft und die Grünen als weitere Gefährdung der Artenvielfalt kritisieren, steht vor allem bundesdeutsches und europäisches Tierschutzrecht entgegen. Als Kompensation werden nun kostenlose wolfsichere Schutzzäune für Tierhalter vom Land angeboten. Deutlich wird an diesem Beispiel, wie unterschiedliche Problemdefinitionen miteinander konkurrieren. Doch hat in dieser regionalen Debatte die Landesregierung das letzte Wort. Indem die Landesebene es ablehnt, den Wolf in das Jagdrecht aufzunehmen und stattdessen Schutzzäune anzubieten, wird die Debatte vorerst aufgelöst. Denn ob diese Zäune wirken, muss sich erst noch zeigen.

Wie in anderen Bundesländern gibt es auch in Schleswig-Holstein und Dithmarschen Konflikte um Eingemeindungen im Zuge einer Gemeindegebietsreform, um die Anzahl der Gemeinden für eine effiziente Verwaltung zu verringern. Der Widerstand der Bevölkerung dagegen, hat den Fortgang der Reform bisher ausgebremst.

Also Motiv dafür wird die Angst vor dem Verlust regionalen Zusammenhalts angegeben. Tatsächlich verstärkt die Eingemeindung durch schlechtere Erreichbarkeit der Behörden aufgrund weiter Wege die Hierarchie zwischen Verwaltung und Bürger. Entgegen der vertikal kommunizierten Reform steht die horizontale Kommunikation der Bürgerschaft, die sich für ihren regionalen Zusammenhalt und die Organisation von Widerstand auf ihre historische Identität als Bauernrepublik beruft. Der Versuch, den regionalen Haushalt durch Eingemeindung zu verbessern, wird so als Bevormundung der Kommunen durch die Kreisverwaltung bewertet. Allerdings zeigt sich hier, dass eine formal machtvollere Position bei in Abrede gestellter Legitimation nicht zu Erfolg führt. Legitimation der Administration aber ist ein wesentliches Ergebnis, das durch Governance punktuell in okkasionellen Verfahren hergestellt werden soll, selbst wenn das Verfahren im Sinne repräsentativer Demokratie tendenziell illegitim ist (Rüb 2020: 524).

Der Umgang mit dem vertikalen Kommunikationsmodus aufgrund eines inhärenten Machtgefälles aber ist unabdingbar für die Governance in einem endogen zukunftsorientierten Regionalregime. Der Abbau der Vertikalen lässt den Aussagen in den Untersuchungsregionen nach stabilen Beziehungen hinsichtlich Themen und Partner dauerhaft sichern. Etablierte Verständigungsformate können ebenfalls dazu beitragen, wobei hier die Gefahr besteht, dass diese zu Ritualen erstarren. Zum Abbau der Vertikalen aber führen über ungewöhnliche Aktionen auch Problemlagen, die als dringlich angesehen werden. Dafür spricht auch der gegenteilige Befund, dass neue Themen und Partner aufgrund der bestehenden Vertikalen nur einen schwierigen Zugang zur Administration finden. Außerhalb der Region aber nimmt schnell das Abstraktionsniveau der Beziehungen zu, sodass hier rechtliche Regeln stärker die Vertikale stützen. Allerdings trifft das vor allem zu, wenn die verhandelten Probleme besondere Gruppen und damit eher wenige betreffen. Sobald diese eine sich sträubende Allgemeinheit adressieren, wie die Gemeindegebietsreform, werden die Entscheidungen verschoben und mediatisiert.

Horizontale Kommunikation

Weist ein vertikaler Kommunikationsmodus auf ein Gefälle an relevanten Ressourcen, insbesondere Macht, zwischen den Interaktionsteilnehmern, so ist die Interaktion zwischen gleichartig ausgestatteten von horizontaler Kommunikation geprägt.

Dieser Modus prägt die Kommunikation in thematischen Netzwerken, etwa wenn Dithmarscher sich zusammenschließen, um einerseits gegen regionale Versorgungsdefizite etwa bei der Mobilität zu protestieren, für die sie die Landesregierung verantwortlich machen. Gleichzeitig bestimmen sie Alternativen wie Car-Sharing-Angebote, für die sie die nötigen Ressourcen sichern und diese Option als alternative zukunftsweisende Struktur, eben als regionale Innovation umsetzen.

In der Wartburgregion spielt bei der Vernetzung einerseits das „Bündnis gegen Rechts“ in politischen Debatten und Aktionen eine herausgehobene Rolle. Im Handlungsfeld Tourismus ist das oben schon erwähnte Rhönforum ein Kulminationspunkt der Vernetzung zwischen unterschiedlichen Akteuren. Weiterhin haben sich Einrichtungen der Wohlfahrt miteinander vernetzt, um ihre Probleme im Handlungsfeld der sozialen Daseinsvorsorge zu sammeln und Lösungen zuzuführen.

Horizontale Kommunikationsmodi zwischen Impulsgebern, Entscheidern und Umsetzern lassen sich aber auch durch Moderatoren einrichten. Auf diese Art wirken in Dithmarschen besonders die FHW und die IHK-Vernetzungsknoten. Diese Einrichtungen sind Anlaufpunkte für Ideen, Expertise und Ressourcen. Sie ermöglichen den themenbezogenen konstruktiven Austausch über Handlungsfelder hinweg, indem sie die potenziellen Vertikalen über ihre Moderation überbrücken. So wird es möglich, dass Ressourcen für gemeinsam gefundene Lösungen zur Verfügung gestellt, kombiniert und genutzt werden können. Dafür werden Vernetzungstreffen wie das Energieforum veranstaltet, wodurch etwa die oben schon erwähnten Kooperationen zwischen Berufsausbildungen und Studiengängen der FHW entstanden sind. Indem in solchen Formaten tatsächliche Bedarfe mit vorhandenen Ressourcen und relevanten Akteuren der Region zusammengebracht werden, können praktische Lösungen für vorhandene Herausforderungen gefunden werden und sich langfristig stabile Formen der Zusammenarbeit bilden. Beispiele dafür sind die ökologisch nachhaltige Gestaltung von Produkten und Dienstleistungen als Verknüpfung der Handlungsfelder Tourismus mit Umwelt- und Naturschutz. Clusterstandorte wie Wirtschafts- und Wissenschaftsparks verankern in Dithmarschen Wirtschafts- und Politiknetzwerke wie das Förderforum der FHW und ermöglichen den intensiven Austausch zwischen regionalen Akteuren. In gleicher Weise agiert auch der Sonder-Innovationszirkel Soziale Allianz der Stiftung Mensch als Netzwerk, durch das

regionale Unternehmen Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit und ohne körperlichen und geistigen Einschränkungen schaffen.

Ähnlich moderierend agiert in der Wartburgregion das Wirtschaftsnetzwerk und der Regionalrat sowie die Volks- und die Eisenacher Fachhochschule und Hochschule, wobei sie insbesondere Akteure aus der Wirtschaft vernetzen. Das LEADER-Management der Region vernetzt darüber hinaus die Wirtschaftakteure aktiv mit der Verwaltung.

Auch genossenschaftliche Organisationsformen wie landwirtschaftliche Erzeugergemeinschaften und Energiegenossenschaften tragen zum Abbau vertikaler und Aufbau horizontaler Kommunikationsmodi zwischen den regionalen Akteuren bei. Sie ermöglichen die Kombination benötigter Ressourcen, die Mitsprache an Entscheidungsprozessen, die Minderung von Existenzrisiko und die Stärkung von Unternehmensfreiheit und Flexibilität. Genossenschaften sind nicht neu, dennoch scheint es besonders in bisher unüblichen Themenbereichen eine Renaissance dieser Formen als Reaktion auf Konkurrenz und widrigen Existenzbedingungen im wirtschaftlichen Sinn zu geben. So werden seit einigen Jahrzehnten neben den Bereichen Landwirtschaft und Energie auch von medizinischen (Pflege- und Seniorengenossenschaft) oder kulturellen Akteuren genossenschaftliche Organisationsformen implementiert und genutzt. Sie zeigen, wie soziale Nähe, Zusammenarbeit und Vertrauen in den Regionen genutzt wird, um durch Einstellungsänderungen Produktions-, Dienstleistungs- und Vermarktungsbedingungen zu verbessern, Risiken besser zu bewältigen und Handlungsoptionen zu generieren.

Sicherung von Optionen durch Partizipationsmöglichkeiten für Engagement

Die Beteiligung an regionaler Governance ist nicht selbstverständlich. Das dafür notwendige Engagement wird zwar von jeweils eigenen Interessen und Lagen an konkreten Themen aktiviert, doch muss dieses Engagement Orte haben, an denen es einerseits Anliegen vorbringen, andererseits diese Anliegen mit anderen gemeinsam formulieren kann. Dann reicht dieses Engagement dafür aus, mindestens als Ideen- und Impulsgeber zu agieren, um sich anschließend in die schwierigeren Entscheidungsdebatten einzubringen, und für die Umsetzung entsprechende Ressourcen zu besorgen. Erst die Partizipationsmöglichkeiten für Engagement machen es möglich, sich über die Idee mit anderen zu vernetzen und auf einer so

verbreiteten Basis weitere Unterstützung dafür zu erreichen, so dass es zum für die Transformation notwendigen „Change of reform ownership“ (Coburn 2003) kommt. Niedrigschwellige Partizipationsmöglichkeiten sind der Schlüssel dafür.

Engagement braucht Partizipationsmöglichkeiten. Dies sind gerade in Auseinandersetzung mit staatlich administrativen Behörden anlassbezogene Informations- und Austauschformate. Von solchen Formaten berichten verschiedene Interviewte aus beiden Untersuchungsregionen. Dabei geht es etwa um die Folgen für die Umwelt etwa beim Bau elektrotechnischer Infrastrukturen wie Windräder und Oberleitungen oder die touristische Nutzung von Naturräumen sowie Klärung angemessener Beteiligungsmöglichkeiten beim Ausbau von Anlagen nachhaltiger Energieerzeugung. Extra eingerichtete Call-Center und Dialogveranstaltungen wurden nur zurückhaltend genutzt, obwohl der individuelle Widerstand eines Teils der Bevölkerung in beiden Regionen bekannt ist. Auch eingeschaltete Moderatoren, die eine gemeinsamen kompromissorientierte Suche nach Lösungen anleiten sollen, haben nur wenig aktivierende Wirkung. Überzeugender ist die beispielhafte Herausstellung anderswo erfolgreich umgesetzte Entwicklungsprojekte in benachbarten Regionen, um die Akzeptanz für ähnliche Projekte in der eigenen Region zu erhöhen.

Wichtiger als diese Beteiligungsformate sind die Partizipationsmöglichkeiten, die durch Intermediäre bereitgestellt werden. Indem Sie als weit sichtbare und in ihrer Bedeutung unbestrittene Netzwerkknoten agieren, können sie zu bestimmten Themen aktuelle Stimmungen, Ideen und Impulse sammeln und diese in die regionale Debatte verhandelbar, das heißt adressierbar, einbringen. Diese Rolle wird in Dithmarschen vor allem von der FHW übernommen. Sie bringt Akteure verschiedener Handlungsfelder zusammen und vermittelt deren Ideen auch der regionalen Öffentlichkeit. Dies wird etwa erreicht, indem Mitsprache der Bevölkerung in Planungsprozessen als Evaluation gestaltet wird oder wissenschaftliche Begleitstudien bei der praktischen Umsetzung von Vorhaben helfen. Hier findet dann auch Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit statt. Der Wissenstransfer erfolgt eher implizit, aber gerade darum wirkt dieser nachhaltig. In ähnlicher Weise für andere Themen agiert in Dithmarschen die Stiftung Mensch zusammen mit der FHW und dem Westküstenklinikum als Sozialunternehmen, welches

Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse im Pflegebereich schafft und damit die regionale Versorgung sichert.

Weitere Partizipationsmöglichkeiten werden durch Organisationen des traditionellen bürgerschaftlichen Engagements hergestellt. Ältere Engagement Formen sind vermehrt bei Vereinen mit längerer Tradition, wie etwa den Freiwilligen Feuerwehren, Karnevals- und Musikvereinen, sowie Sportvereinen zu finden. Diese konzentrieren sich in ihrer Zwecksetzung auf die langfristige Bearbeitung bestimmter Themen, was sie zu bestimmten Ereignissen öffentlich wirksam ausstellen. Die Rolle der Feuerwehren ist über diese Anlässe hinaus gerade in agglomerationsfernen Regionen aber auch für viele weitere Belange des kommunalen Lebens wichtig. Jedoch gelingt es allein den Sportvereinen genügend jüngere Personen anzusprechen. Unmittelbare Nützlichkeit aber vermag ebenfalls Engagement zu binden, wie das durch die Stiftung Mensch in Dithmarschen für Pflegedienste und Nachbarschaftshilfen erfolgreich organisiert wird. Doch sind dafür schon erforderliche Kooperationsstrukturen notwendig, an denen sich einzelne Akteure orientieren können und gesonderte Anliegen verhandelbar machen. Traditionelle Engagement-Strukturen können aber auch zur Verfestigung von Strukturen anderswo beitragen. So ist das durch die Kirche in der Wartburgregion ermöglichte Engagement konfessionell unterschieden, was die Überwindung der intraregionalen Differenzierung eher zu behindern scheint, wenn selbst das Erlernen und Spielen von Musikinstrumenten sich danach typisch unterscheidet.

Daneben aber werden neue Formate für Engagement wichtig, die sich ebenfalls thematisch verorten lassen, aber Engagement nur anlassbezogen, kurzfristig und eher unverbindlich aktivieren. Ein Beispiel dafür ist in der Wartburgregion die Unterstützung bei der Geflüchteten-Arbeit und der antifaschistischen Bildungsarbeit des Bündnisses gegen Rechtsextremismus. Die größere Heterogenität, Spontanität, Kurzlebigkeit und Unverbindlichkeit dieses Engagements nutzt gerade digitalisierte Kommunikationsmöglichkeiten, um Interessengruppen über Plattformen und weitere neue Medien gezielt anzusprechen und zu mobilisieren. Das so aktivierte Engagement kann auch unabhängig von physischen Räumen in Aktionen und mehr als sonst für globale Themen wie den Klimawandel eingebunden werden. Dafür ist die Fridays For Future Bewegung in der Wartburgregion ein Beispiel.

Die abnehmende Aktivierungskraft traditioneller Formen bürgerschaftlichen Engagements und etablierter, von staatlich administrativer Seite initiiierter Beteiligungsformen lässt sich nach Meinung einiger Interviewter auf die Reichweite der Debatten und die damit einhergehende Veränderung der Wirksamkeit von Argumenten zurückführen: mit zunehmender Größe der Planungseinheiten identifizieren sich immer weniger Menschen mit den diskutierten Belangen, da die unmittelbare Betroffenheit relativ abnimmt. Hinzukommt, dass auch die Einfluss- und Veränderungsmöglichkeiten als zunehmend geringer eingeschätzt werden, sobald an der Debatte höhere staatlich administrative Stellen beteiligt sind. Deren Kompetenz für lokale und regionale Probleme wird zunehmend angezweifelt, wie aus Dithmarschen hinsichtlich der Gestaltung der regionalen Schullandschaft geschildert wurde.

Diese Befunde, die ähnlich auch aus anderen aktuellen Untersuchungen bekannt sind (Peuker u.a. 2020; Rückert-John u.a. 2020), weisen einerseits darauf hin, dass das Engagement der Bevölkerung und von regional bedeutsamen Akteuren als Öffentlichkeit bedeutend für die regionale Governance sind. Nur sehr beschränkt aktivierend, aber trotzdem nicht verzichtbar sind die Beteiligungsformate, welche die Verwaltung bei Planungsvorhaben und als Aussprachen einrichtet. Altes Engagement kann zwar wie oben schon betont wurde, eigene, an den jeweiligen Themen orientierte und tradierte Interessen vorbringen, doch gelingt es diesen Organisationen immer weniger Engagement zu binden und zu aktivieren.

Das gelingt den neuen Formen besser, jedoch können diese kaum mehr als Impulsgeber der regionalen Governance sein, wenn sie nur anlassbezogen und unverbindlich auftreten. Von großer Bedeutung sind demgegenüber die Intermediären Einrichtungen, die für sich kein Engagement einfordern, aber dieses in von ihnen unterhaltenen Netzwerken binden können. Hier können sich aktuelle Themen und die entsprechenden Akteure zusammenfinden, Handlungsfelder verknüpfen und Optionen bestimmen, die dann als gewichtige Stimme in der Regionalen Governance Eingang finden kann.

Fazit

Mit Governance reagiert Politik auf den Verlust staatlicher Steuerungsmacht. Dieser Verlust wurde angesichts dynamischer und komplexer Entwicklungen, die lokale und regionale mit globalen Ebenen verknüpfen, unvermeidlich. Darum ist die Politik

in den Regionen längst nicht mehr allein eine hoheitliche Planungsaufgabe. Politische Entscheidungen sind nicht Auslöser von Entwicklung, sondern ein Zwischenergebnis komplexer Selbstreflexion, konsensorientierter Meinungsbildung, gemeinsamer Ressourcenallokation und der Herstellung von Mehrheiten für Optionen als Ziel.

Governance im Regionalregime nimmt diese Suchbewegung unter Teilnahme aller interessierten und akzeptierten Akteure auf. Sie hat immer noch das Ziel politisch verbindliche Entscheidungen zu erzielen, doch werden die nicht mehr qua dominanter Machtposition durchgesetzt. Stattdessen muss für jeden Schritt zur Entscheidung Legitimität hergestellt und auf dieser Basis Macht aufgebaut werden. Die auf Grundlage der Bewertung regionaler Ressourcen bestimmten Optionen für die Lösung von als drängend aufscheinender Problemlagen werden von Governance im Regionalregime bearbeitet. Die Optionen werden von für legitim gehaltenen Akteuren in die Debatte eingebracht und in Auseinandersetzung mit anderen Impulsen diskutiert, um letztlich als Zielsetzung entschieden zu werden. Dafür müssen Mehrheiten und Ressourcen verbindlich gesichert werden. Für diese Debatten muss es Gelegenheiten geben, bei denen Engagement für eine Option als Impuls anschließen kann.

Solche Gelegenheiten werden durch staatlich administrative Stellen seit langem etwa als Beteiligung an laufenden Planungsverfahren durchgeführt. Dabei kommen vermehrt Moderatoren zum Einsatz, die unterschiedliche Positionen vermitteln sollen. Jedoch werden diese Formate in den untersuchten Regionen oftmals nur unzureichend frequentiert. Diese Formate sind sowohl vom alltagsfernen Zugang bis zum Ablauf und der Zielsetzung voraussetzungsvoll. Die Erwartungen an diese Formate können aufgrund der Ausgangskonstellation kaum erfüllt werden. Denn die für das Zustandekommen dieser Formate konstitutiven Machtgefälle und die unterschiedlichen Möglichkeiten zum Ressourcenzugriff bleiben dabei bestehen. So sind die vertikalen Kommunikationsstrukturen trotz aller Vermittlung nicht abzubauen. Die unvermeidbar erlebte und antizipierte Enttäuschung wirkt dann demotivierend.

Die Vermittlung von Dissens zu einem verbindlichen Konsens gelingt in den Vergleichsregionen intermediär wirkenden Organisationen. Diese sind zum Teil im Segment traditionellen bürgerschaftlichen Engagements angesiedelt. Wichtiger

sind hier aber Einrichtungen, die als aktive Knoten in regionalen Netzwerken agieren. Sie sind selbst thematisch weniger festgelegt wie die populären Sportvereine. Sie können auf eigene Ressourcen zurückgreifen und so anhand aktueller Themen und Probleme Akteure verschiedener Handlungsfelder vernetzen. Anders als die rasch aktivierenden, aber kurzfristigen und kaum verbindlichen Formen neuen Engagements, wirken diese Intermediäre nicht nur als Impulsgeber, sondern können auch bei der weiteren regionalen Ressourcenallokation und im Entscheidungsprozess den teilnehmenden Akteuren und der interessierten Öffentlichkeit eine gewichtige Stimme verleihen.

V Regionalregime erfolgreicher agglomerationsferner Regionen

Erfolgreiche Regionalentwicklung ist in der Hauptsache endogen. Sie reagiert auf Entwicklungsmöglichkeiten, indem auf Grundlage vorhandener Ressourcen Optionen als Innovationschancen bestimmt, verhandelt und umgesetzt werden. Das wird von agglomerationsnahen Regionen wie den Zentren der Metropolen und globalen Städten erwartet. Aber ebenso trifft das auf agglomerationsferne Regionen zu. Diese verfügen nicht im selben Maß über Ressourcen wie die agglomerationsnahen Regionen. Das bedeutet aber, dass jene umso mehr selbstständig Optionen für zukünftige Handlungschancen bestimmen müssen. Nur so kann ihr Scheitern, nämlich der Verlust von Optionen vermieden und die Chancen für Erfolg im Sinne vielfältiger Zukunftsoptionen bewahrt werden.

Angesichts der weltweit feststellbaren Wanderungsbewegungen in agglomerationsnahe Zentren verschärft sich die Lage in den agglomerationsfernen Regionen noch durch den demografischen Wandel in den entwickelten Industrieländern. Das wirft die Frage auf, wie eine endogene Entwicklung dieser Regionen gelingen kann, die geeignet ist, sie als Lebensräume attraktiv und zukunftsorientiert zu gestalten sowie ob und wie wissenschaftliche Einrichtungen in diesen Regionen einen Beitrag leisten können. Um diese Fragen zu beantworten, wurde das Regime zweier agglomerationsferner erfolgreicher Regionen entlang von Vergleichsgesichtspunkten untersucht, hinsichtlich der Vorstellungen zur Region, auf deren Grundlage die regionale Innovativität als potenzielle Sicherung der Zukunftsfähigkeit bestimmt und

durch die regionale Governance als Ziel entschieden, mit Ressourcen versorgt und umgesetzt wird.

Der Bezug auf die Region erfolgt über Regionalanker. Diese Anker treten als landschaftliche Merkmale, als zugeschriebene Kompetenzen und Verhaltensweisen und als historische Ereignisse auf. Sie werden bei ihrer Benennung immer dann positiv interpretiert, wenn sie als Ausweis des regionalen Kollektivs dienen. Abgrenzungen erfolgen über eine ablehnende Einschätzung als Anker geltender Merkmale.

Der Bezug auf einen Raumausschnitt als Region und auf das damit assoziierte Kollektiv ist nie eindeutig. Vielmehr treffen unter derselben Bezeichnung einer Region immer verschiedene, auch konkurrierende Vorstellungen aufeinander. Diese treten deutlich als intraregionale Differenzierungen auf. Hinreichend gemeinsam aber sind in beiden untersuchten Fällen Themen, die einerseits auf Defizite, andererseits aber auch auf Möglichkeiten deuten. Themen bündeln die differenten Wahrnehmungen und Selbstverständnisse derjenigen, die als Mitglieder des Regionalkollektivs legitime Interessen geltend machen können. Der konkrete Aufruf dieser Anker hängt vom jeweiligen Thema ab, das als Problem in diversen Debatten auftaucht. Dabei ist von Bedeutung, dass es ein kollektiv zugängliches Reservoir an Anker gibt, welches auf einem als regional gekennzeichneten Kommunikationszusammenhang, dem Regionaldiskurs aufruht.

Die Bestimmung von Defiziten und Möglichkeiten anhand bestimmter Themen führt zur, allen geläufigen Einschätzung ihrer Region als Peripherie. Dieser Begriff erscheint in den Darstellungen ambivalent: Klar ist allen interviewten Akteuren die damit einhergehende negative Bedeutung gegenüber den metropolitanen Zentren. Deren Attraktivität, die aus ihrer Nähe zum Agglomerationsideal erwächst, wirkt auch auf die Bewohner der agglomerationsfernen Peripherie. Jedoch wird die Peripherie trotz und wegen der Defizite von ihnen überwiegend als offener Horizont für zukünftige Entwicklungen wahrgenommen. Die damit verbundenen Hoffnungen gründen auf die erlebten Anschlüsse der agglomerationsfernen Region und damit ihrer Bewohner an die Welt. Diese Zugänge werden durch die materielle Infrastruktur des Verkehrs und der Kommunikation oder auch der Wirtschaft, Bildung und Forschung praktisch gebildet. Darum sind die hier festgestellten Defizite im Versorgungsbereich etwa bei der Mobilität oder dem Breitbandausbau, oder Konflikte

zwischen Handlungsfeldern der Energiegewinnung und des Tourismus Themen, die aufgrund ihrer weitreichenden Folgen viele interessieren: Sie sind relevant für den Anschluss der agglomerationsfernen Region, der Peripherie, an die Welt – und somit für die Chancen der Bewohner, ihre Interessen zu verwirklichen. Die Region muss darum ihren Bewohnern Chancen bieten, sie als Möglichkeit für die Verwirklichung von Interessen zu interpretieren, indem Deutungsvariationen der regionalen Potenziale möglich sind und Anschlüsse der Region an die Welt hinreichend funktionieren. Dann haben die Bewohner als regionale Akteure auch Anlass sich für diese Interessen anhand von Themen einzusetzen und sie als Optionen für die regionale Entwicklung zu formulieren.

Die Eröffnung des regionalen Entwicklungshorizontes über Optionen erfolgt im Hinblick auf die überregionalen Rahmenbedingungen und globalen Trends, die die Region alltagsrelevant über vorhandene Anschlüsse erreichen. Jedoch werden auch Optionen aus bestimmten Interessenslagen bestimmt, die nicht zu den vorhandenen Anschlüssen passen, weshalb sie zunächst in Nischen ausprobiert werden. Erst wenn sie überzeugen, werden die sie nachhaltig stabilisierenden Anschlüsse eingerichtet. Die Bestimmung von Optionen im etablierten Beziehungsgeflecht oder außerhalb in Nischen macht die Innovativität der Region aus, welche die Form von Themen annimmt, mit denen Interessensgruppen aus verschiedenen Handlungsfeldern angesprochen werden. Indem Themen die Interessensgruppen und die jeweiligen Handlungsfelder aufeinander beziehen, können einerseits Kombinationsmöglichkeiten erkannt werden, es treten andererseits aber auch Widerstände hervor. Damit werden darüber hinaus auch die regionalen Selbstverständnisse zum Gegenstand der Debatten. Die mit den Themen einhergehende Be- und Umdeutung regionaler Ressourcen stellt sich als Ambivalenz zwischen Traditions- und Zukunftsorientierung dar.

Die Be- und Umdeutung von Ressourcen als Optionen regionaler Zukunft hängt jedoch davon ab, ob diese von Anfang an genügend Resonanz findet. Eine Irritation, Störung oder Idee muss in eine Form überführt werden, mit der kollektive Aufmerksamkeit gebunden werden kann. Dies ist schon der Fall, wenn dabei ein anerkanntes Thema angesprochen wird, auf welches sich die Interessen regionaler Akteure wegen seiner Relevanz ohnehin richten. Andernfalls muss die Idee plausibilisiert

werden, dafür sind etablierte Gelegenheiten einer vorerst begrenzten Öffentlichkeit notwendig, die durch endogene Strukturen wie Wirtschaftsverbünde, staatlich administrativen Fördereinrichtungen und Foren, Interessengruppen und Initiativen und Organisationen bürgerschaftlichen Engagements, aber auch regional wirkende Netzwerke und Organisationen bereitgestellt werden. Diese finden sich in beiden Regionen, wobei in Dithmarschen die regionale Fachhochschule die Rolle als Forum prominent innehat. An diesen Orten werden anhand der vorgestellten Ideen die Möglichkeiten für unterstützenden Kombinationen von Interessen und Ressourcen ebenso wie für Widerstände dagegen sichtbar. Sowohl die sich aus den Kombinationen ergebende Unterstützung für als auch die Widerstände gegen die thematisch bestimmten Optionen bedürfen der Aushandlung und Vermittlung über regionale Governance.

Inwiefern endogene Entwicklungen in einer Region mittels Governance angestoßen werden können, hängt von den Akteurinnen und Akteuren, ihrer Vernetzung, thematischer Kompromissbereitschaft, Verantwortungsübernahme sowie verfügbaren wirtschaftlichen, rechtlichen und personellen Ressourcen und den überregionalen Rahmenbedingungen ab. Die Vielzahl der Elemente, deren Konstellation sich themenabhängig verändern kann, macht politische Entscheidungsprozesse überaus komplex. Dieser Komplexität aber kann nur durch eine Flexibilisierung der Regeln politischer Entscheidungsprozesse in formal-rechtlich möglichen Grenzen begegnet werden. Diese Grenzen werden in der Regel durch die staatliche Administration, die Verwaltungseinrichtungen überwacht. Doch sind die gewählten und nachgeordneten Vertreter staatlicher Macht auf zusätzliche Legitimation ihrer Entscheidungen angewiesen. Allein durch die von ihr angebotenen Partizipationsformate ist dies nicht hinreichend zu erreichen. Weder sind sie in der Lage ausreichend Engagement zu binden noch Entscheidungen friktionslos zu vermitteln. Indem regionale Akteure aber in einem kooperativen Entscheidungsprozess engagiert werden, sollen Friktionen und der damit einhergehende Verlust von Legitimität und Vertrauen vermieden werden.⁴ Auf der anderen Seite sind die regionalen Akteure jenseits staatlicher Machtinstitutionen auf diese zur Durchsetzung ihrer Ideen

4 Insofern werden auch Innovationsprozesse unter dem Stichwort „Responsible Innovation“ der Governance überantwortet, wobei allerdings gerade der Verantwortungsbegriff auf die Grenzen der Governance hinweist (John, Peuker 2019).

angewiesen. Nur so können benötigte Ressourcen und vor allem die Anschlüsse zur übergeordneten politischen und rechtlichen Ordnung gesichert werden. Für ein optionsbewahrendes und -gewinnendes Regionalregime müssen die Akteure in diesem Sinne kooperativ zusammenarbeiten, wie es die gelungenen Entwicklungsbeispiele und als Negativfolie auch die misslungenen in beiden Regionen gezeigt haben. Ein weiterer kritischer Faktor im Regionalregime erfolgreicher agglomerationsferner Regionen sind die Formen, an die sich Interessen und Ideen als Engagement für oder gegen Optionen binden kann. Nur wenn solche Strukturen vorhanden sind, ist Governance überhaupt möglich. Hier spielen Organisationen, Genossenschaften, Initiativen, Verbände und Vereine eine herausragende Rolle, indem sie Themen auf die regionale Agenda setzten, vor allem aber indem regional anerkannte Organisationen als Intermediäre wirken, die Akteure aus unterschiedlichen Handlungsfeldern über aktuelle Themen miteinander vernetzten, dabei Wissensbestände vermitteln und Wissensbedarfe ermitteln, wobei sie dabei in doppelter Hinsicht profitieren. Nämlich in ihrer Bedeutung als Netzwerkknoten und indem sie die Bedarfe als Aufgaben in ihr Profil integrieren. Durch die Vermittlung der Intermediäre kann ein Thema Gewicht und Dringlichkeit erlangen, sodass die damit einhergehenden Optionen als Zukunftsziele regionaler Entwicklung zur Entscheidung drängen. Endogene Entwicklung agglomerationsferner Regionen wird möglich, indem Akteure sich vernetzen, thematisch getriebene Optionen proklamieren, und in kooperativen Aushandlungen Ressourcen für deren Umsetzung bestimmen und darüber mithilfe staatlicher Administration verbindlich als Entwicklungsziele entscheiden. Governance zielt in den Vergleichsregionen auf die kompromissorientierte Fixierung von Handlungsoptionen, indem diese die Interessen der Akteure der betroffenen Handlungsfelder aufeinander bezieht und die so bestimmten Entwicklungsziele andauernd überprüft, was nicht zuletzt wiederum das Engagement der regionalen Akteure voraussetzt.

Governance aber ist nicht der Schlusspunkt von Prozessen im Regionalregime, sondern die Arena, in der *verbindliche* Entscheidungen getroffen werden. Entscheidungen werden auch bei der Herstellung des Regionalbezuges und bei der Bestimmung von Handlungsoptionen getroffen, jedoch fehlt diesen die regional hinreichende Verbindlichkeit. Die Ressourcen werden nicht nur durch den kollektiven Regionalbezug bedeutet, sondern als Handlungsoptionen einer Umdeutung

ausgesetzt, der qua Governance eine den entschiedenen Zukunftszielen entsprechender Be- oder Umnutzung folgt. Die Ideen erlangen erst durch die Vernetzung mit einer interessierten Teilöffentlichkeit den Status als Handlungsoptionen, an denen sich regionale Stärken und Schwächen erkennen lassen. Wie die vorhandenen Ressourcen einzusetzen oder Bedarfe zu befriedigen sind, muss wiederum politisch entschieden werden. Governance ist im Regionalregime ein Moment, der Anlass gibt für die Zuschreibung einer selbst bestimmten sachlichen und sozialen Entität, der Region. Diese Zuschreibung ist die Voraussetzung der Innovativität im Sinne aktiver Bestimmung möglicher Zukünfte. Da nur eine Zukunft stattfinden kann, muss darüber entschieden werden, was Governance erforderlich macht. Indem hier Entscheidungen getroffen werden, wird aber auch die Entität Region reproduziert. Regionalbestimmung, Innovativität und Governance stabilisieren sich gegenseitig im Regionalregime, indem sie unter Hinsicht weitere Bedingungen über Wandel und Bestand der Regionalstruktur bestimmen und damit den Bewohnern der agglomerationsfernen Region Gründe für ihr zukunftsicherndes Engagement geben.

Literatur

- Adam, Brigitte; Gödecke-Stellmann, Jürgen (2002): Metropolregionen – Konzepte, Definitionen und Herausforderungen. In: Informationen zur Raumentwicklung 9.2002, 513-525.
- Akgün, Aliye Ahi; van Leeuwen, Eveline; Nijkamp, Peter (2012): A multi-actor multi-criteria scenario analysis of regional sustainable resource policy. *Ecological Economics*, 78, 19-28.
- Barth, Frederik (1969): Introduction. In: Barth, Frederik (ed.): *Ethnic Groups and Boundaries*. Prospect Heights: Waveland: 9-38 [Neuaufgabe 1998].
- Bartlett, Bruce (1985): America's New Ideology: "Industrial Policy" With Neo-Keynesianism Joining Supply-side Economics in History's Dust-bin, It's Splitting Economists in: *American Journal of Economics and Sociology* 44, 1-7.
- Boos, P.; Martens, T. & John, R. (2018): Innovation – Raum – Governance. Kriterien zur Bestimmung erfolgreicher agglomerationsferner Regionen. Beiträge zur Sozialinnovation Nr. 20. Berlin: Institut für Sozialinnovation. <https://isinova.org/wp-content/uploads/2020/01/BzS20.pdf>, 25.06.2020.
- BBSR, (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) (2017): Laufende Raumbeobachtung – Raumabgrenzungen Siedlungsstrukturelle Kreistypen. <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/kreise/siedlungsstrukturelle-kreistypen/kreistypen.html>, 17.05.2017.
- Caro, Robert A. (1975): *The Power Broker*. New York: Vintage.
- Coburn, Cynthia E. (2003): Rethinking Scale: Moving Beyond Numbers to Deep and Lasting Change. In: *Educational Researcher* 32 (6), 3-12.
- Cohen, Anthony P. (1984): *The symbolic construction of community*. London, New York: Routledge.
- Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume, DVS (2020): LEADER – wie geht es weiter? <https://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eler-aktuell/leader-wie-geht-es-weiter/>, 02.08.2020.
- Diller, Christian; Nischwitz, Guido; Karic, Sarah; Arnold, Jasmin; Chojnowski, Patrick; Kohl, Martin (2019): Effects of Regional Development Programmes. In: *disP - The Planning Review* 55, 52-67, DOI: 10.1080/02513625.2019.1598110.
- Dolata, Ulrich (2009): Technological Innovations and Sectoral Change. Transformative Capacity, Adaptability, Patterns of Change: An Analytical Framework. *Research Policy* 38 (6), 1066-1076.
- Drucker, Peter (1985): *Innovation and Entrepreneurship*. New York: HarperCollins.
- DVS (Deutsche Vernetzungsstelle Ländlicher Raum) (2020): LEADER-Regionen in Deutschland. <https://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/service/regionen-suche-leader/?L=0>, 07.09.2020.
- EU (2011): Territorial Agenda of the European Union 2020. https://ec.europa.eu/regional_policy/sources/policy/what/territorial-cohesion/territorial_agenda_2020.pdf, 10.08.2020.
- Falck, Oliver; Heblich, Stephan; Otto, Anne (2013): Agglomerationsvorteile in der Wissensgesellschaft. In: *Ifo Schnelldienst* 3/2013 (66), 17-21.
- Faludi, Andreas (2015): The "Blue Banana" Revisited. *European Journal of Spatial Development* 1 (56).
- Federwisch, Tobias (2014): Steuerung von Metropolregionen: Konsequenzen einer politischen Beschleunigungsinitiative, In: Küpper, Patrick; Levin-Keitel, Meike; Maus, Friederike; Müller, Peter; Reimann, Sara; Sondermann, Martin; Stock, Katja; Wiegand, Timm (Hg.): *Raumentwicklung 3.0 –*

Gemeinsam die Zukunft der räumlichen Planung gestalten. Hannover: Verlag der ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung: 141-150.

Fuchs, Michaela; Weyh, Antje (2016): Rückwanderung von Beschäftigten nach Thüringen: Eine Analyse anhand der Beschäftigten-Historik des IAB, IAB-Regional. IAB Sachsen-Anhalt-Thüringen, No. 02/2016, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Generali Zukunftsfonds (2015): Generali Engagementatlas 2015. Rolle und Perspektiven Engagement unterstützender Einrichtungen in Deutschland. <https://www.generali.de/resource/blob/85160/b33375bf46f344e2aec1d0fb721fabe5/engagement-atlas-2015-data.pdf>, 10.09.2020.

Handelsblatt vom 02.01.2020: Koalition will Bürger mit „Windmühlen-Prämien“ ködern. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/windenergie-koalition-will-buerger-mit-windmuehlen-praemien-koedern/25381648.html?ticket=ST-2090800-dUZhef7xbsuZLJ6h3GA-ap2>, 11.06.2020.

Hahne, Ulf (2016): Entwicklungen & Trends 2015 Ländliche Räume im Wandel. Zwischen hoher Fluktuation, Arrangieren mit Mangel und neuer Hoffnung. Kritischer Agrarbericht 2016. Seiten 175-181. https://www.kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2016/KAB2016_Kap5_175_181_Hahne.pdf, 04.08.2020.

Hankins, Katherine B. (2015): Regime Politics in Geography. In: Urban Affairs Review 51 (1), 150-160.

Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1987): Neue Urbanität. Frankfurt am Main; Suhrkamp.

Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1993): Die Politik der Festivalisierung und die Festivalisierung der Politik. In: Dies. (Hg.): Festivalisierung der Stadtpolitik. Leviatan Sonderheft 13, 7-31.

Harvey, David (1990): The Condition of Postmodernity. Malden et al.: Blackwell.

Hooghe, L. & Marks G. 2003: Unrevealing the central state, but how? Types of multi-level Governance. In: American Political Science Review 97 (2), 233-243.

John, René (2008): Die Modernität der Gemeinschaft. Bielefeld: transcript.

John, René (2010): Funktionale Analyse – Erinnerungen an eine Methodologie zwischen Fixierung und Überraschung. In: John, René; Henkel, Anna; Rückert-John, Jana (Hg.): Die Methodologien des Systems. Wiesbaden: Springer VS: 27-54.

John, René; Peuker, Birgit (2019): Verantwortung für Innovation – Möglichkeiten und Grenzen der Realisierung gesellschaftlicher Werte für sozialen Wandel. Beiträge zur Sozialinnovation 23, Berlin: Institut für Sozialinnovation.

Jones-Correa, Michael; Wong, Diane (2015): Whose Politics? Reflections on Clarence Stone's Regime Politics. In: Urban Affairs Review 51, 161-170.

Jöstingmeier, Marco; John, René (2018): Unterscheidungsmöglichkeiten von Innovation Teil I: Radikalität und Inkrementalität in organisations- und gesellschaftstheoretischer Perspektive. Beiträge zur Sozialinnovation 17, Berlin: Institut für Sozialinnovation. <https://isinova.org/wp-content/uploads/2020/01/BzS17.pdf>, 10.11.2020.

Junge, Matthias (2004): Scheitern: Ein unausgearbeitetes Konzept soziologischer Theoriebildung und ein Vorschlag zu seiner Konzeptionalisierung. In: Junge, Matthias; Lechner, Götz (Hg.): Scheitern. Aspekte eines sozialen Phänomens. Seiten 15-32. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Krätke, Stefan; Heeg, Susanne; Stein, Rolf (1997): Regionen im Umbruch. Frankfurt am Main, New York: Campus.

Kleger, Heinz (1996): *Metropolitane Transformation durch urbane Regime*. Amsterdam: OVP (G+B Verlag Fakultas).

Kropp, Cordula (2017): In: Frech, S., Scurrrell, B. & A. Willisch (Hrsg.): *Neuland gewinnen. Die Zukunft in Ostdeutschland gestalten*. Berlin: Ch. Links Verlag: 156-162.

Kuhm, Klaus (2000): Raum als Medium gesellschaftlicher Kommunikation. In: *Soziale System*, 6(2), 321-348.

Kunzmann, Klaus R.; Wegener, Michael (1991): The pattern of urbanization in Western Europe. In: *Ekistics* 350, 350-351.

Lang, T. (2020): Innovation und Wissenstransfer außerhalb der Agglomerationsräume - Kontextfaktoren, Strukturen und räumliche Muster (Band 1). <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/68575>, 04.08.2020.

Offe, Claus (1999): How Can We Trust Our Fellow Citizens? In M. E. Warren (Hg.), *Democracy & Trust*. Seiten 42-87. Cambridge: Cambridge University Press.

Peuker, Birgit; Rückert-John, Jana; Yang, Mundo; Baringhorst, Sigrid, Schipperges, Michael (2020): Potenziale des bürgerschaftlichen Engagements für ökologische Gerechtigkeit und sozial-ökologische Erneuerung der Gesellschaft (TEXTE 108/2020). Dessau-Roßlau: UBA. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2020-06-24_texte_108-2020_buerger-schaftl_engagement_bf.pdf, 12.10.2020.

Priddat, Birger P. (2001): Neue Formen der Zusammenarbeit in der Region: Net-Policy. In: Hoß, Dietrich; Schrick, Gerhard (Hg.): *Die Region. Experimentierfeld gesellschaftlicher Innovation*. Münster: Westfälisches Dampfboot: 84-94.

Prognos AG (2016): *Zukunftsatlas. Das Ranking für Deutschlands Regionen*. https://www.prognos.com/fileadmin/images/publikationen/Zukunftsatlas2016/Prognos_Zukunftsatlas_2016_Auf_einen_Blick.pdf, 10.09.2020.

Radtke, P.; Stocker, S.; Bellabarba, A. (2002): *Kommunikationstechniken. Sieben Techniken für eine effektive Kommunikation*. München: Hanser.

Revilla Diez, J. (2002): Betrieblicher Innovationserfolg und räumliche Nähe. In: *Wirtschaftsgeographie* Bd. 22, Münster: Lit.

Roesler, Tim; Hassler, Markus (2019): Creating niches - The role of policy for the implementation of bioenergy village cooperatives in Germany. *Energy Policy* 124, 95-101.

Rüb, Friedbert W. (2020): *Das Jahrhundert der Politik*. Baden-Baden: Nomos.

Rückert-John, Jana; Peuker, Birgit; Egermann, Markus; Betsch, Anna; Polania Giese, Jan Christian; Kohl, Kathrin; Renner, Anja (2020): *Umweltpolitische Unterstützungs- und Förderstrategien zur Stärkung sozial-ökologischer Formen von Zusammenleben und Gemeinwohlorientierung*. Dessau-Roßlau: UBA (im Erscheinen).

Sassen, Saskia (1991): *The Global City*. New Jersey: Princeton University Press.

Sassen, Saskia (1995): Metropole: Grenzen eines Begriffs. In: Fuchs, Gotthard; Moltmann, Bernhard; Prigge, Walter (Hg.): *Mythos Metropole*. Frankfurt am Main: Suhrkamp: Seiten 165-177.

Schlottmann, Antje (2013): Reden vom Raum, der ist. In: John, René; Rückert-John, Jana; Esposito, Elena (Hg.): *Ontologien der Moderne*. Wiesbaden: Springer: Seiten 189-206.

Siedentop, Stefan; Junesch, Richard; Uphues, Norbert (2011): *Der Beitrag der ländlichen Räume Baden-Württembergs zu wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Kohäsion* -

Positionsbestimmung und Zukunftsszenarien. Forschungsvorhaben im Auftrag des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg. Unter Mitarbeit von Martina Straßer. Institut für Raumordnung und Entwicklungsplanung (IREUS). Universität Stuttgart.

Simmel, Georg (1958 [1908]): Soziologie. Berlin: Dunker & Humblot [4. Aufl.].

SkLB (Staatskanzlei des Landes Brandenburg) (Hg.) (1993): Die Landschaft und Berlin. Berlin: Nicolai.

Soja, E.W. (2009): Regional Planning and Development Theories. In: R. Kitchin und N. Thrift (Hrsg.): International Encyclopedia of Human Geography. Amsterdam: Elsevier Science & Technology. Seiten 259-270.

Stinn, Thomas (2017): Die Gesundheitsregion als zukunftsfähiges Konzept für ländliche Räume: Raumrelevante Handlungsstrategien im Kontext regionaler Gesundheitsversorgung. Ländliche Räume. Beiträge zur lokalen und regionalen Entwicklung, Bd. 3. Berlin: Lit Verlag.

Stoker, G.; Mossberger, K. (1994): Urban Regime Theory in Comparative Perspective. In: Environment and Planning C: Government and Policy 12, 195-212.

Stone, Clarence N. (1989): Regime Politics: Governing Atlanta, 1946-1988. Lawrence: University of Kansas Press.

Stone, Clarence N. (2015): Reflections on Regime Politics: From Governing Coalition to Urban Political Order. In: Urban Affairs Review 51 (1), 101-137.

Thüringer Landesamt für Statistik, TLS (2020): Zahl der Erwerbstätigen in Thüringen im Jahr 2019 leicht rückläufig. Pressemitteilung 023/2020 vom 29. Januar 2020. https://statistik.thueringen.de/presse/2020/pr_023_20.pdf, 22.06.2020.

UN, United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2019): World Urbanization Prospects: The 2018 Revision (ST/ESA/SER.A/420). New York: United Nations. <https://population.un.org/wup/Publications/Files/WUP2018-Report.pdf>, 25.06.2020.

Voelzkow, Helmut (1998): „Inszenierter Kooperatismus“. Neue Formen strukturpolitischer Steuerung auf regionaler Ebene. In: Kujath, Hans Joachim (Hg.): Strategien regionaler Stabilisierung. Berlin: Edition Sigma: 215-232.

Watzlawick, Paul; Beavin, Janet H.; Jackson, Don D. (1990 [1969]): Menschliche Kommunikation. Bern, Stuttgart, Toronto: Huber.

Welt (2020): Das ist Deutschlands chaotischste, störungsanfälligste Bahnstrecke. <https://www.welt.de/reise/deutschland/article201158974/Marschbahn-nach-Sylt-Die-Katastrophenstrecke-ist-ein-Risiko.html>, 16.07.2020.

Williams, D. (2020): Relationships of Horizontalism and Hierarchy: Exploring Divergent Forms of Socio-political Trust. Social Science Quarterly 101 (3), 1150-1164.